

BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT UND DEN NATIONALEN PARLAMENTEN DER EU

DE



JAHRESBERICHT 2022



Europäisches Parlament

DIE PARLAMENTE IN DER EUROPÄISCHEN UNION



Die Arbeitsweise der Europäischen Union beruht auf der repräsentativen Demokratie.



705 Sitze*



Die Bürgerinnen und Bürger sind auf Unionsebene unmittelbar im Europäischen Parlament vertreten.

Die Mitgliedstaaten werden im Europäischen Rat von ihrem jeweiligen Staats- oder Regierungschef und im Rat durch ihre jeweilige Regierung vertreten, die ihrerseits in demokratischer Weise gegenüber ihrem nationalen Parlament oder gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern Rechenschaft ablegen müssen.



Rat der Europäischen Union

Die nationalen Parlamente tragen aktiv zur guten Arbeitsweise der Europäischen Union bei, indem sie...



...von den EU-Organen unterrichtet und ihnen Entwürfe von EU-Rechtsvorschriften übermittelt werden.



...für die Achtung des Subsidiaritätsprinzips sorgen.



...sich an den Bewertungsmechanismen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts beteiligen und in die politische Kontrolle von Europol und die Bewertung von Eurojust einbezogen werden.



...sich an den Verfahren zur Änderung der EU-Verträge beteiligen.



...über Anträge auf Beitritt zur Europäischen Union unterrichtet werden.



...sich an der interparlamentarischen Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und mit dem Europäischen Parlament beteiligen.



Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente legen gemeinsam fest, wie eine effiziente und regelmäßige Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten innerhalb der Europäischen Union gestaltet und gefördert werden kann.



Die Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union (COSAC) kann jeden ihr zweckmäßig erscheinenden Beitrag dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission zur Kenntnis bringen. Diese Konferenz fördert ferner den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament.

* Nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU am 31. Januar 2020 hat das Europäische Parlament seit dem 1. Februar 2020 705 Sitze.

Quellen: Artikel 12 des Vertrags über die Europäische Union und Artikel 9 und 10 des den Verträgen beigefügten Protokolls (Nr. 1) über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente in der Europäischen Union.

**DIREKTION BEZIEHUNGEN
ZU DEN NATIONALEN PARLAMENTEN**

JAHRESBERICHT 2022
**Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament
und den nationalen Parlamenten der EU**

Dieser jährliche Tätigkeitsbericht der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten gibt einen Überblick über die Tätigkeiten und die wichtigsten politischen Entwicklungen hinsichtlich der interparlamentarischen Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten im Jahr 2022 in den Bereichen der institutionellen Zusammenarbeit, des legislativen Dialogs und der gemeinsamen parlamentarischen Kontrolle. An dieser Zusammenarbeit waren 39 nationale Parlamente und Kammern in den 27 Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament beteiligt.

Dieser Bericht ist eine Veröffentlichung der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten des Europäischen Parlaments, die Teil der Generaldirektion Partnerschaften für die parlamentarische Demokratie des Europäischen Parlaments ist.

Katrin RUHRMANN

Direktorin

katrin.ruhrmann@europarl.europa.eu

Jesús GÓMEZ

Referatsleiter, Referat Legislativer Dialog

jesus.gomez@europarl.europa.eu

Ms Anne Louise MCLAUHLAN

Referatsleiterin, Referat Institutionelle Zusammenarbeit

anne.mclauchlan@europarl.europa.eu

Manuskript erstellt von:

Zsuzsanna BALÁZS

Verwaltungsrat, Referat Legislativer Dialog

zsuzsanna.balazs@europarl.europa.eu

Redaktionsschluss: 31. März 2023.

relnatparl@europarl.europa.eu

[Relations with National Parliaments](http://www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/home.html) (<http://www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/home.html>)

Alle Fotos und Abbildungen © Europäische Union, sofern nicht anders angegeben.

INHALT

Vorwort der Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, die für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten der EU zuständig sind	4
WICHTIGE ENTWICKLUNGEN UND THEMEN AUF DER INTERPARLAMENTARISCHEN AGENDA IM JAHR 2022	6
1. INSTITUTIONELLE INTERPARLAMENTARISCHE GREMIEN	14
1.1. Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten (COSAC)	14
1.2. Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU (EU-PPK)	18
2. INTERPARLAMENTARISCHE KONFERENZEN (IPK)	22
2.1. Europäische Parlamentarische Woche (EPW), Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU (IPK SWKS) und Konferenz zum Europäischen Semester	22
2.2. Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPK GASP/GSVP)	27
3. INTERPARLAMENTARISCHE KONTROLLE IM RAUM DER FREIHEIT, DER SICHERHEIT UND DES RECHTS	32
3.1. Gemeinsamer parlamentarischer Kontrollausschuss für Europa	32
3.2. Interparlamentarische Ausschusssitzung zur Bewertung von Eurojust	35
4. INTERPARLAMENTARISCHE AUSSCHUSSSITZUNGEN UND SONSTIGE INTERPARLAMENTARISCHE ZUSAMMENARBEIT	39
4.1. Interparlamentarische Ausschusssitzungen	39
4.2. Treffen der Präsidenten der nationalen Parlamente mit dem Vorsitzenden des Parlaments der Ukraine und Treffen der Präsidentinnen der Parlamente in der Europäischen Union	46
4.3. Interparlamentarische Zusammenarbeit im Bereich des auswärtigen Handelns der EU und multilaterale parlamentarische Versammlungen	48
4.4. Bilaterale Besuche und sonstiger bilateraler Austausch	50
5. LEGISLATIVE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN NATIONALEN PARLAMENTEN DER EU	52
5.1. Frühwarnsystem und Protokoll Nr. 2 zu den Verträgen	52
5.2. Informeller politischer Dialog und Protokoll Nr. 1 zu den Verträgen	58
6. NETZWERKE UND AUSTAUSCH VON INFORMATIONEN	60
6.1. Interparlamentarischer EU-Informationstausch (IPEX)	60
6.2. Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD)	61
6.3. Programm zur Unterstützung des Parlaments des Ratsvorsitzes	67
6.4. Netzwerk der Vertreter der nationalen Parlamente der EU in Brüssel	69
6.5. Seminare für Mitarbeiter	69
7. INSTRUMENTE UND UNTERSTÜTZENDE MASSNAHMEN	72
7.1. Organisation von Treffen und Sitzungen per Videokonferenz	72
7.2. CONNECT – die Datenbank des Europäischen Parlaments der Dokumente nationaler Parlamente	73
7.3. Verzeichnis der entsprechenden Ausschüsse (CorCom)	74
7.4. Submission Tool der nationalen Parlamente (NPS-Tool)	75
7.5. Veröffentlichungen der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten	75
8. DIREKTION BEZIEHUNGEN ZU DEN NATIONALEN PARLAMENTEN	77
ANNEXES	79
ANHANG I – Tagungen der COSAC – Themen und Hauptreferenten 2022	80
ANHANG II – Vom Europäischen Parlament in Brüssel organisierte Interparlamentarische Ausschusssitzungen und Konferenzen Im Jahr 2022	82
ANHANG III – Besuche der nationalen Parlamente der EU im Europäischen Parlament im Jahr 2022 (einschließlich der von der Direktion organisierten Videokonferenzen)	83
ANHANG IV – Daten über das Frühwarnsystem	86
ANHANG V – Gemäß Protokoll Nr. 1 eingereichte Beiträge – informeller politischer Dialog	88
ANHANG VI – Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD))	89
GLOSSAR UND AKRONYME	94

Vorwort der Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, die für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten der EU zuständig sind



Othmar Karas, Erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments, und Dita Charanzová, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments in Straßburg

© EU 2021 – EP/Andrea Adrianii

Der unprovokierte, illegale und ungerechtfertigte Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine war ein zentrales Thema und Anliegen der interparlamentarischen Zusammenarbeit im Jahr 2022. Der furchtbare Krieg, den der Kreml gegen die ukrainische Bevölkerung führt, hat die europäische und weltweite Sicherheitsordnung umgestürzt. In diesen Kriegszeiten hat die gesamte Europäische Union entschlossen die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine unterstützt und die europäischen Werte, Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit verteidigt.

Der Krieg in der Ukraine, der direkt an der Grenze der EU geführt wird, hatte auch erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Erholung der Mitgliedstaaten der Europäischen Union nach COVID-19. Die wachsende Inflation und die steigenden Lebensmittel- und Energiepreise haben das Leben der Bürgerinnen und Bürger in allen Mitgliedstaaten der EU beeinträchtigt. Als Parlamentarier müssen wir Antworten auf diese enormen Herausforderungen und auf die Sorgen der europäischen Bürgerinnen und Bürger finden.

Die interparlamentarischen Treffen im Jahr 2022 boten den Mitgliedern der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments die Gelegenheit zum Austausch von Meinungen, Ideen und bewährten Verfahren zu diesen Themen.

Die COVID-19-Pandemie und ihre Auswirkungen standen ebenfalls auf der Tagesordnung vieler interparlamentarischer Treffen. Die Erörterung und Analyse einer komplexen Situation, angefangen von Gesundheitsfragen über soziale und wirtschaftliche Herausforderungen bis hin zu Wiederaufbauplänen für die Zeit nach der Pandemie, und die Frage, wie mit diesen Herausforderungen umgegangen werden soll, wurden im Rahmen interparlamentarischer Veranstaltungen häufig diskutiert.

Nach den Vorbereitungen in den Jahren 2020–2021 beendete die Konferenz zur Zukunft Europas ihr Mandat im Jahr 2022. Sowohl die nationalen Parlamente als auch das Europäische Parlament haben bei dieser Konferenz Hand in Hand zusammengearbeitet und eine Schlüsselrolle in der Debatte über die Gestaltung der Zukunft Europas übernommen. Gemeinsam haben sie sich für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, die an der Gestaltung der Politik und der Organe der EU mitwirken wollen, sowie für die Rolle der Parlamente als gewählte Vertreter ihrer Bürgerinnen und Bürger, eingesetzt.

Die interparlamentarischen Aktivitäten konnten 2022 endlich wieder in vollem Umfang aufgenommen werden, wobei die meisten Sitzungen nach der Pandemie wieder persönlich stattfanden, auch wenn einige aus praktischen Gründen in einem hybriden Format abgehalten wurden. Bilaterale persönliche Kontakte wurden wieder zu einem wesentlichen Bestandteil der interparlamentarischen Treffen, und der Krieg in der Ukraine hat uns mehr denn je vor Augen geführt, wie wichtig die Rolle der Parlamente bei der Verteidigung unserer gemeinsamen Werte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit als Grundlage für Frieden und Stabilität, sowohl in Europa, als auch in der übrigen Welt ist. Die Parlamente werden auch eine wichtige Rolle beim Wiederaufbau der Ukraine und bei der Unterstützung ihres Weges zum Beitritt zur Europäischen Union spielen.

Als Vizepräsidenten für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten sind wir fest entschlossen, den interparlamentarischen Dialog in diesen schwierigen Zeiten weiter zu intensivieren. Wir sind davon überzeugt, dass das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente der EU weiterhin wichtige Partner bei der Gestaltung der Zukunft Europas, als einem von Frieden und Wohlstand geprägten Ort, für seine Bürgerinnen und Bürger bleiben werden.

Othmar Karas

EP First Vice-President



Dita Charanzová

Vice-President



WICHTIGE ENTWICKLUNGEN UND THEMEN AUF DER INTERPARLAMENTARISCHEN AGENDA IM JAHR 2022

Die Arbeit der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten fand 2022 unter der politischen Führung und der Anleitung von Roberta Metsola, Präsidentin des Europäischen Parlaments, Othmar Karas, Erster Vizepräsident, und Dita Charanzová, Vizepräsidentin, beide mit Zuständigkeit für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten, sowie Antonio Tajani, Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen (AFCO) und der Konferenz der Ausschussvorsitze, statt. Nach seiner Wahl zum Mitglied des italienischen Parlaments und seiner anschließenden Ernennung zum Außenminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten Italiens wurde Antonio Tajani am 17. Oktober 2022 durch den neuen AFCO-Vorsitzenden Salvatore de Meo ersetzt.

Zu den wichtigsten wiederkehrenden Themen, die bei zahlreichen interparlamentarischen Treffen diskutiert wurden, gehörten die Sicherheit und die Außenpolitik der EU als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine, der Wiederaufbau nach COVID-19, der Zustand der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten sowie die EU-Pläne NextGenerationEU und für wirtschaftlichen Aufbau.

Der Krieg in der Ukraine nahm auf den Tagesordnungen der wichtigsten interparlamentarischen Aktivitäten im Jahr 2022 einen zentralen Platz ein. Es fanden außerordentliche Treffen mit dem Parlament der Ukraine und der ukrainischen Regierung statt, und spezifische, die Ukraine betreffende, Punkte wurden in die Tagesordnungen aller relevanten interparlamentarischen Treffen im Laufe des Jahres aufgenommen. Dies schließt ein die Konferenzen der Präsidenten der Parlamente der EU, die Interparlamentarische Konferenz (IPK) für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), die COSAC, der Gemeinsame Parlamentarische Kontrollausschuss (GPKA) für Europol und andere IPK.



Roberta Metsola, Präsidentin des Europäischen Parlaments, zeigt am 24. März 2022 im Plenarsaal des Europäischen Parlaments Solidarität mit der Ukraine, indem sie die ukrainische Flagge und die EU-Flagge zeigt
© European Union 2022 EP/ Daina Le Lardic

Als erstes teilweise Post-COVID-19-Jahr war zu erwarten, dass das Jahr 2022 eine politische Herausforderung darstellen würde. Die Erholung nach der Pandemie und die Frage, wie mit ihren wirtschaftlichen und sozialen Folgen umgegangen werden soll, und gleichzeitig eine grüne, digitale und nachhaltige Erholung zu erreichen und die parlamentarische Kontrolle zu sichern, waren erhebliche politische Herausforderungen in der EU und den Mitgliedstaaten. Im Laufe des Jahres tauschten die Parlamente Ansichten, Erfahrungen und bewährte Verfahren zu sozialen, wirtschaftlichen und gesundheitspolitischen Maßnahmen in der Zeit nach COVID-19 sowie zu den Entwicklungen im Zusammenhang mit den steigenden Lebensmittel- und Energiepreisen und deren schwerwiegenden Folgen für Unternehmen und Verbraucher gleichermaßen aus.

Das Ergebnis und die Schlussfolgerungen der Konferenz zur Zukunft Europas waren ebenfalls wiederkehrende Themen auf den Tagesordnungen der interparlamentarischen Treffen. Die

nationalen Parlamente waren in vollem Umfang an der Konferenz beteiligt und das Thema wurde bei interparlamentarischen Treffen intensiv diskutiert.

Im Jahr 2022 konnten viele, wenn auch nicht alle, interparlamentarischen Treffen zum ersten Mal seit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie wieder persönlich abgehalten werden. Die Pandemie hat jedoch dazu geführt, dass der Einsatz digitaler Instrumente beschleunigt wurde, die natürlich weiterhin zur Verfügung stehen und für die Organisation bestimmter Treffen in hybrider Form oder im Remote-Format weiterhin sehr nützlich sein können. Insgesamt wurde die Rückkehr zu persönlichen Treffen sehr begrüßt und verlieh den interparlamentarischen Aktivitäten im Jahr 2022 eine neue Dynamik.

Die Rückkehr zu Sitzungen mit persönlich anwesenden Teilnehmern ermöglichte auch die Rückkehr zur Verabschiedung politischer Texte, die normalerweise Gegenstand intensiver Verhandlungen im Rahmen der Sitzungen sind. Im Rahmen der COSAC wurden schriftliche Schlussfolgerungen verabschiedet. Die Konferenz der Parlamentspräsidenten fand wieder in persönlicher Anwesenheit statt und die schriftlichen „Schlussfolgerungen des Vorsitizes“ wurden einstimmig angenommen.

Das Europäische Parlament hat seine Beziehungen zu den nationalen Parlamenten im Rahmen eines formellen und informellen Austauschs durch den, für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und für die COSAC zuständigen, Ersten Vizepräsidenten Othmar Karas weiter intensiviert. Der Besuch einer Delegation von COSAC-Vorsitzenden und des Ersten Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments in der Ukraine im September 2022, mit dem sie ihre Unterstützung für das ukrainische Volk nachdrücklich zum Ausdruck brachten, wurde durch die Wiederaufnahme der interparlamentarischen Zusammenarbeit und die Wiederbelebung der persönlichen Kontakte ermöglicht.

Auch die bilateralen Besuche der nationalen EU-Parlamente in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments wurden 2022 mit 29 besuchenden Delegationen wieder voll aufgenommen.

Im Anschluss an die Gesundheitskrise ist die Intensität des Online- und elektronischen (schriftlichen) Informationsaustauschs zwischen den Parlamenten, insbesondere im Rahmen des Europäischen Zentrums für parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD), auf hohem Niveau stabil geblieben. Das EZPWD-Netzwerk konnte auch wieder persönliche Treffen veranstalten. Von den zwölf im Jahr 2022 organisierten Treffen – vier satzungsgemäße Treffen und acht Webinare – wurden zwei persönlich abgehalten, eines fand in hybrider Form statt und die anderen wurden im Remote-Format abgehalten.

2022 war das erste komplette Jahr des Betriebs der neuen Plattform für den Interparlamentarischen EU-Informationsaustausch (IPEX v3), die es den Parlamenten nun ermöglicht, neue Arten von Dokumenten hochzuladen, und nicht nur solche, die mit dem Parameter der Subsidiarität zusammenhängen (begründete Stellungnahmen oder Beiträge im Rahmen des informellen politischen Dialogs). Das IPEX-Netzwerk erzielte einen endgültigen Kompromiss bei der Überarbeitung der IPEX-Leitlinien, schloss die Grundlagen-Folgestudie und den Fragebogen für Nutzer ab und beschloss die Visual Identity Packs.

Nach dem starken Anstieg der Zahl, der im Rahmen des Protokolls Nr. 2 zu den Verträgen eingegangenen Vorlagen im Jahr 2021, nachdem sich die EU-Institutionen und die nationalen Parlamente auf die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie eingestellt hatten und ihre volle gesetzgeberische Kapazität ausschöpften, trat im Jahr 2022 eine vergleichsweise Flaute ein. Dennoch lieferten die nationalen Parlamente im Rahmen des Protokolls Nr. 2 recht viele Beiträge, insbesondere als Reaktion auf eine Reihe von Legislativvorschlägen, vor allem in den Bereichen Umwelt und Justiz und Inneres. Die Statistiken belegen, dass die nationalen Parlamente der EU das Protokoll weiterhin häufig als Mittel genutzt haben, um ihre Standpunkte zum Inhalt der Vorschläge zum Ausdruck zu bringen als zur Subsidiarität. Dies könnte ihren Wunsch widerspiegeln, stärker in den inhaltlichen Gesetzgebungsprozess einbezogen zu werden.

Traditionell liegt der Schwerpunkt der interparlamentarischen Zusammenarbeit auf politischen und institutionellen Fragen und Diskussionen. Das Frühwarnsystem, durch das die nationalen Parlamente im Zuge der Subsidiaritätsprüfung in das Rechtsetzungsverfahren der EU eingebunden sind, hat einen umfassenden legislativen Dialog ausgelöst, der weit über die Subsidiarität hinausgeht.

In den letzten Jahren wurde auch der parlamentarischen Kontrolle und Überwachung der europäischen Exekutivagenturen und -maßnahmen, insbesondere im Bereich Justiz und Inneres, besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die parlamentarische Zusammenarbeit entwickelt sich auch im Bereich der Außenpolitik der EU weiter, hauptsächlich im Rahmen der GASP/GSVP, aber auch in Bezug auf die parlamentarische Diplomatie, die Unterstützung der Demokratie und die Zusammenarbeit in multilateralen und sogar globalen Foren, um die europäischen Werte und Interessen zu fördern.

Die folgenden wiederkehrenden Themen wurden 2022 in mehreren interparlamentarischen Foren und bilateralen Gesprächen behandelt:

i. Der Krieg in der Ukraine – Unterstützung für das Parlament der Ukraine und das ukrainische Volk

Am 24. Februar 2022 startete die Russische Föderation einen militärischen Angriff und eine illegale Invasion in der Ukraine, die mit dem ersten Tag der IPK GASP/GSVP zusammenfiel, die im französischen Senat stattfand. Die Mitorganisatoren reagierten rasch auf diese internationale Situation, indem sie die im Voraus festgelegte Tagesordnung änderten, um verschiedene Aspekte der Ereignisse in der Ukraine zu behandeln. Die Abhaltung einer Sondertagung zur Lage in der Ukraine, an der auch der ukrainische Botschafter in Frankreich teilnahm, und die Verabschiedung einer Erklärung zur Ukraine waren die wichtigsten Entwicklungen dieser IPK.

In der Folge nahm der Krieg in der Ukraine einen bedeutenden Platz auf den Tagesordnungen aller wichtigen interparlamentarischen Veranstaltungen im ersten Halbjahr 2022 ein.

Auf Initiative der Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, und kurz nach Beginn des russischen Angriffs, hielten die Präsidenten der nationalen Parlamente am 4. März 2022 eine Online-Fernkonferenz mit dem Präsidenten des Parlaments der Ukraine, Ruslan Stefantschuk, ab.



Roberta Metsola, Präsidentin des Europäischen Parlaments, während ihres Besuchs in Marseille, anlässlich der Teilnahme an der außerordentlichen Online-Sitzung der Präsidenten der europäischen nationalen Parlamente mit dem Präsidenten des ukrainischen Parlaments, Ruslan Stefantschuk, am 4. März 2022
© European Union 2022 EP/ Daina Le Lardic

Auf der COSAC-Plenartagung vom 3. bis 5. März 2022 in Paris wurde eine Beratung im Dringlichkeitsverfahren zur Ukraine in das Programm aufgenommen und eine Erklärung der Troika angenommen. Auf Ausschussebene brachten die Teilnehmer, der am 3. März 2022 im Europäischen Parlament online abgehaltenen interparlamentarischen Sitzung des Ausschusses für die Rechte der

Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) mit dem Titel „Eine anspruchsvolle Zukunft für Europas Frauen nach COVID-19“, ihre Solidarität mit dem ukrainischen Volk zum Ausdruck und Ivanna Klympush-Tsintsadze, Vorsitzende des Ausschusses des Parlaments der Ukraine für die Integration der Ukraine in die Europäische Union, berichtete über die neuesten Entwicklungen der Situation in der Ukraine.

Auf der Konferenz der Parlamentspräsidenten vom 28. bis 29. März 2022 in Slowenien hielt Ruslan Stefantschuck, der per Videokonferenz aus Kiew zugeschaltet war, eine besondere Rede. In den [Schlussfolgerungen des Vorsitzes](#) verurteilten die Parlamentspräsidenten den Angriffskrieg Russlands gegen den souveränen Staat Ukraine auf das Schärfste und betrachteten ihn als Angriff auf die internationale Ordnung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (AFET) widmete am 27. Juni 2022 eine interparlamentarische Ausschusssitzung dem Thema „EU Enlargement Policy in the Aftermath of Russia's Invasion of Ukraine“ (EU-Erweiterungspolitik nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine).

Am 12. Juli 2022 fand eine gemeinsame interparlamentarische Ausschusssitzung des FEMM, des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) und des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) zu den Rechten ukrainischer Frauen, die sich auf der Flucht vor dem Krieg befinden (The rights of Ukrainian women fleeing the war), statt.

Ivanna Klympush-Tsintsadze, Vorsitzende des Ausschusses des Parlaments der Ukraine für die Integration der Ukraine in die Europäische Union, wurde am 11. Juli zum Treffen der Vorsitzenden der COSAC in Prag eingeladen. Sie bedankte sich für die Unterstützung der Ukraine gegen die russische Aggression und für die Entscheidung des Europäischen Rates, der Ukraine den Status eines Bewerberlandes zu verleihen.



Darüber hinaus lud sie die COSAC-Vorsitzenden zu einem Solidaritätsbesuch in Kiew ein, der am 30. September 2022 mit Othmar Karas, dem Ersten Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, als Delegationsleiter stattfand. Die Teilnehmer verabschiedeten eine [gemeinsame Presseerklärung](#), in der sie ihre unmissverständliche Unterstützung für die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen bekräftigten.



Othmar Karas, Erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments, bei einem Treffen mit dem stellvertretenden ukrainischen Außenminister Jewhen Perebyinis am 30. September 2022 in der Ukraine anlässlich des Besuchs der Vorsitzenden der COSAC in Kiew.

Darüber hinaus lud sie die COSAC-Vorsitzenden zu einem Solidaritätsbesuch in Kiew ein, der am 30. September 2022 mit Othmar Karas, dem Ersten Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, als Delegationsleiter stattfand. Die Teilnehmer verabschiedeten eine [gemeinsame Presseerklärung](#), in der sie ihre unmissverständliche Unterstützung für die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen bekräftigten.

Die IPK GASP/GSVP in Prag vom 4. bis 5. September 2022 widmete eine Sitzung dem Thema Ukraine: Wege der politischen Unterstützung und Wiederaufbau. Ein Schwerpunkt der [gemeinsamen Erklärung der Ko-Vorsitzenden](#) war unter anderem auch der Krieg in der Ukraine.

Auf dem informellen Treffen der Parlamentspräsidentinnen der EU am 12. Oktober 2022 wurde eine Erklärung der Ko-Vorsitzenden zur Lage in der Ukraine angenommen.

Der Gemeinsame parlamentarische Kontrollausschuss für Europol im Rahmen der interparlamentarischen Ausschusssitzung des LIBE in Brüssel führte am 25. Oktober 2022 eine thematische Debatte über die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf den Raum der Sicherheit. Die Sitzung IV der LXVI. COSAC-Plenartagung vom 13. bis 15. November 2022 in Prag stand unter dem Motto „Ukraine - aktueller Stand, Wiederaufbau, Migration“.

Die dritte jährliche interparlamentarische Ausschusssitzung zu den Aktivitäten von Eurojust fand am 30. November 2022 im Europäischen Parlament statt. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Tatsache, dass die Eurojust-Verordnung angesichts der außergewöhnlichen Umstände im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine rasch durch neue Bestimmungen geändert worden war, die das Mandat erweiterten und der Agentur die rechtliche Möglichkeit eröffneten, Beweise für Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord zu sammeln, zu sichern und weiterzugeben. Am selben Tag, dem 30. November 2022, organisierte der AFET in Brüssel eine zweite interparlamentarische Ausschusssitzung mit dem Titel „Europe in the world – Supporting Ukraine“ Europa in der Welt – Unterstützung für die Ukraine).

ii. Die Reaktion der EU auf die Pandemie und die Wiederaufbaupläne nach COVID-19

Im Jahr 2022 debattierten EU-Parlamentarier über die Reaktion der EU auf die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie. Der Schwerpunkt des Meinungsaustauschs lag auf der Frage, wie ein nachhaltiger und grüner Wiederaufbau erreicht werden kann. Dieses Thema

beherrschte die Diskussionen auf der Europäischen Parlamentarischen Woche in Brüssel und auf der 18. Sitzung der interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in Prag. Der Austausch konzentrierte sich auf die Auswirkungen einer definierten Ausstiegsstrategie aus der Krise, die Schaffung neuer Eigenmittel, die Stärkung der wirtschaftlichen Resilienz Europas und die Reaktion auf den Krieg in der Ukraine und seine Nebenwirkungen auf die Volkswirtschaften der EU. Die Kosten der Energieunabhängigkeit, die Einrichtung des Klima-Sozialfonds 2025–2032 und die Vorbereitung auf künftige Krisen standen ebenfalls ganz oben auf der Tagesordnung.



Europäische Parlamentarische Woche - Wirtschaftspolitische Steuerung der EU aus parlamentarischer Sicht, Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union, Grundsatzrede von Antonio Costa, Ministerpräsident von Portugal, am 16. März 2022

© European Union 2022 EP/ Alain Rolland

iii. Der grüne und digitale Wandel, die Inflation und die Auswirkungen des Konflikts auf die Gasversorgung

Der grüne und digitale Wandel war eine der wichtigsten Prioritäten des französischen Ratsvorsitzes und eines der Hauptthemen der Debatten bei den interparlamentarischen Treffen, nicht zuletzt während der Europäischen Parlamentarischen Woche 2022. Als infolge des Krieges in der Ukraine die EU-Sanktionen gegen Russland beschlossen und umgesetzt wurden, wurde die Reduzierung der russischen Gaslieferungen als Gegenmaßnahme benutzt. Die EU musste sich im Jahr 2022 schnell und effizient anpassen, um ihre Versorgung aus alternativen Quellen und von alternativen Lieferanten zu sichern und Maßnahmen zur Senkung des Gasverbrauchs einzuführen, um eine Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland zu erreichen.

Die größte negative Auswirkung auf die EU-Wirtschaft war der Anstieg der Inflation und der Energiepreise, der eine Rezession in der EU-Wirtschaft befürchten ließ. Die REPowerEU-Initiative war eine Reaktion, um den Entwicklungen auf den globalen Energiemärkten und deren Störungen zu begegnen. Sie wurde sowohl auf der Europäischen Parlamentarischen Woche 2022 als auch auf der interparlamentarischen Konferenz nach Artikel 13 in Prag eingehend diskutiert. Das Hauptziel bestand darin, REPowerEU in die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) einzubinden. Sie wurde dazu konzipiert, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen durch Reformen und Investitionen in den grünen Wandel und die Schaffung eines resilienteren Energiesystems zu verringern.

iv. Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Grundrechte in der EU

Da die Achtung der Rechtsstaatlichkeit zu einer bereichsübergreifenden Priorität in allen EU-Politikbereichen wurde, spiegelte sich dies auch in verschiedenen interparlamentarischen Debatten wider, wobei die entscheidende Rolle der nationalen Parlamente beim Schutz und der Durchsetzung der Werte und Gesetze der EU berücksichtigt wurde.

Bei den Treffen der Vorsitzenden der COSAC stand dieses Thema ebenfalls weit oben auf der Tagesordnung. Bei ihrem Treffen in Prag am 10. und 11. Juli 2022 hatte die zweite Sitzung das Thema „Media and Democracy: Current Challenges“ (Medien und Demokratie: Aktuelle Herausforderungen.) Außerdem hielten sie am 27. Oktober 2022 eine Videokonferenz zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit und den Rechtsakt zur Medienfreiheit mit Věra Jourová, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Kommissarin für Werte und Transparenz, ab.



Der Vorsitzende des LIBE-Ausschusses, Juan Fernando López Aguilar, und der Kommissar für Justiz, Didier Reynders, bei der interparlamentarischen Sitzung des LIBE-Ausschusses zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in der EU

© European Union 2022 EP/ Philippe Buissin

Vor diesem Hintergrund veranstaltete der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des Europäischen Parlaments am 1. Dezember 2022 die zweite jährliche interparlamentarische Ausschusssitzung zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in der EU. Die Sitzung, die seit 2020 einen regelmäßigen Austausch zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament ermöglicht, hat zum Ziel, die gemeinsamen Werte der EU zu fördern und zu schützen, um die Debatte über die Rolle der EU, der Mitgliedstaaten und der nationalen Parlamente in dieser Hinsicht voranzubringen.

v. Die Rolle der EU in der Welt

Da sich die schwerwiegenden wirtschaftlichen, sozialen, politischen und geopolitischen Folgen des Kriegs in der Ukraine und der Pandemie weiterhin auf wesentliche Aspekte der GASP und GSVP der EU auswirkten, verschlechterte sich auch das Sicherheitsumfeld der EU im Jahr 2022 weiter und war eines der am heftigsten diskutierten Themen in den interparlamentarischen Foren zu außenpolitischen Fragen.

Im Rahmen der IPK GASP/GSVP konzentrierte sich der Austausch auf die strategische Autonomie der EU. Die Mitglieder betonten die grundlegende Bedeutung der internen Widerstandsfähigkeit der EU, der Entwicklung neuer Partnerschaften und der Stärkung der multilateralen Vision der EU weltweit. Ihre Hauptforderung bestand darin, die autonome Energieversorgungs- und Verteidigungsstruktur der EU zu beschleunigen und unverzüglich aufzubauen. Die Mitglieder sprachen sich für den Beschluss und die Umsetzung strenger Sanktionen gegen Russland aus, insbesondere gezielter Sanktionen gegen die wichtigsten Führungskräfte des Landes.

Sie forderten die Mitgliedstaaten auf, echten politischen Willen zu zeigen, um die außenpolitischen Ziele der EU voranzutreiben und den Versuchen von Nicht-EU-Ländern, die EU zu spalten, entgegenzuwirken. In den meisten Sitzungen forderten die Mitglieder die EU auf, ihre Rolle in ihrer Nachbarschaft, insbesondere auf dem Westbalkan, zu stärken, und sprachen sich für einen klaren Fahrplan zur Gewährung der EU-Mitgliedschaft für die Länder des westlichen Balkans aus. Im Jahr 2022 wurden Vertreter der Parlamente der Ukraine und der Republik Moldau als Beobachter zu mehreren interparlamentarischen Treffen eingeladen, da diesen Ländern am 23. Juni 2022 vom Europäischen Rat der Status eines Bewerberlandes zuerkannt wurde.

vi. Die Konferenz zur Zukunft Europas

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente setzten ihre Überlegungen über die Zukunft Europas im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas, die ihre Arbeit im Jahr 2022 abgeschlossen hat, fort. Die Entwicklung eines Gefühls der Zugehörigkeit zu den europäischen Werten mit dem Abschluss der Konferenz zur Zukunft Europas war eine wichtige Priorität des französischen Ratsvorsitzes, die sowohl auf dem Treffen der Vorsitzenden der COSAC als auch auf der COSAC-Plenartagung in Paris diskutiert wurde. Věra Jourová, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Kommissarin für Werte und Transparenz, ergriff auf der COSAC-Plenartagung am 14. November 2022 in Prag während der Sitzung zur „Zukunft der EU“ ebenfalls das Wort.



Rede von Guy Verhofstadt, EP-Ko-Vorsitzender des Exekutivausschusses der Konferenz zur Zukunft Europas bei der [interparlamentarischen Sitzung des AFCO-Ausschusses](#) am 26. Oktober 2022 zu den Schlussfolgerungen der Konferenz zur Zukunft Europas und die Rolle der nationalen Parlamente in der EU (Conclusions of the Conference on the Future of Europe and the Role of National Parliaments in the EU)

© EU 2022 EP/ Eric Vidal

Der AFCO-Ausschuss hat am 17. Mai 2022 eine erste, speziell der Konferenz zur Zukunft Europas gewidmete, interparlamentarische Ausschusssitzung zu den ersten Ergebnissen der Konferenz zur Zukunft der Europäischen Union im Remote-Format abgehalten. Am 26. Oktober 2022 folgte eine zweite interparlamentarische Ausschusssitzung des AFCO zu den Schlussfolgerungen der Konferenz zur Zukunft Europas und der Rolle der nationalen Parlamente. Bei beiden interparlamentarischen Ausschusssitzungen diskutierten die Mitglieder über die Folgemaßnahmen und die Umsetzung der Vorschläge der Konferenz. Während der interparlamentarischen Ausschusssitzung im Oktober einigten sich die Mitglieder des Europäischen Parlaments mit Mitgliedern der nationalen Parlamente und den drei Ko-Vorsitzenden des Exekutivausschusses der Konferenz zur Zukunft Europas auf die wichtige Rolle der nationalen Parlamente in der EU sowie auf die Förderung der Bürgerbeteiligung durch die Einbeziehung der Bürger in den politischen Entscheidungsprozess der EU.

1. INSTITUTIONELLE INTERPARLAMENTARISCHE GREMIEN

1.1. Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten (COSAC)

Die COSAC, die Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union, wurde im November 1989 in Paris gegründet. Sie ist insofern einzigartig, als sie als einziges interparlamentarisches Forum in den Verträgen (Protokoll Nr. 1 über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente in der Europäischen Union) verankert ist. Das nationale Parlament des Mitgliedstaats, das den rotierenden Ratsvorsitz innehat, spielt bei der Festlegung der Ausrichtung und der Arbeit der COSAC eine führende Rolle. Unterstützt wird sie von einer Vorsitz-Troika, deren ständiges Mitglied das Europäische Parlament ist. Der Vorsitz wird organisatorisch von einem kleinen Sekretariat unterstützt, das im Europäischen Parlament untergebracht ist und von einem von einem nationalen Parlament abgeordneten Beamten geleitet wird („Ständiges Mitglied“). Siehe www.ipex.eu.

1.1.1. Nach zwei Jahren, in denen Sitzungen vollständig im Remote-Format als Videokonferenz stattgefunden hatten, wurde die [Sitzung der COSAC-Vorsitzenden](#) während des französischen EU-Ratsvorsitzes am 13. und 14. Januar 2022 in Paris in einem hybriden Format abgehalten. Das hybride Format wurde aufgrund der durch die COVID-19-Pandemie verursachten Gesundheitskrise gewählt, die Anfang 2022 noch andauerte. Die Sitzung wurde in den Räumlichkeiten des französischen Senats abgehalten. Die Sitzung begann mit einem Gedenken an den am 11. Januar 2022 verstorbenen Präsidenten David Sassoli, gefolgt von einer Ansprache von Clément Beaune, Staatssekretär beim französischen Minister für Europa und Auswärtige Angelegenheiten, zuständig für europäische Angelegenheiten. Er konzentrierte sich in dieser Ansprache auf die Prioritäten des französischen Ratsvorsitzes, wie die Stärkung der Souveränität Europas; das europäische Modell des grünen, sozialen und digitalen Wandels und das Gefühl der Zugehörigkeit zu den europäischen Werten mit dem Abschluss der Konferenz zur Zukunft Europas. Christine Lagarde, die Präsidentin der Europäischen Zentralbank, war ebenfalls zu dem Treffen eingeladen, und hielt eine Rede zum Thema „Zwanzigster Jahrestag des Euro: Errungenschaften und Zukunft des Euro“. Unter anderem kündigte sie an, dass als Reaktion auf die zunehmende Dematerialisierung von Zahlungen und die starke Zunahme von Kryptowährungen eine Arbeitsphase im Hinblick auf die Einführung des digitalen Euro innerhalb von fünf Jahren eingeleitet werde.



[Sitzung der COSAC-Vorsitzenden, Paris, Frankreich, 13-14. Januar 2022](#)

© French Presidency

Anlässlich der Sitzung der Vorsitzenden im Januar 2022 schlug der französische Ratsvorsitz außerdem die Einrichtung von zwei Arbeitsgruppen vor, um die Arbeit der COSAC sichtbarer zu machen, was einstimmig angenommen wurde. Zwar wurde vereinbart, dass diese Arbeitsgruppen keine

Verpflichtungen für den anstehenden tschechischen oder folgende Ratsvorsitze mit sich bringen würden, doch wurde jedes nationale Parlament und das Europäische Parlament aufgefordert, bis zu zwei Mitglieder zu benennen, die sie auf freiwilliger Basis in jeder Arbeitsgruppe vertreten. Die erste Arbeitsgruppe befasste sich mit der Rolle der nationalen Parlamente in der EU („The role of national Parliaments in the EU“) und die zweite mit dem Platz der europäischen Werte im Herzen des Zugehörigkeitsgefühls („The place of European values at the heart of the feeling of belonging“). Die Arbeiten begannen im Februar 2022 und wurden im Juni 2022 abgeschlossen. In beiden Fällen wurden Berichte und Schlussfolgerungen angenommen, in denen der Austausch aus dem ersten Halbjahr 2022 zusammengefasst wurde.

1.1.2. [Die LXVII. COSAC-Plenartagung in Paris](#), Frankreich, vom 3. bis 5. März 2022, fand in den Räumlichkeiten der Assemblée Nationale (Französische Nationalversammlung) statt. Die Tagung wurde aufgrund der französischen Präsidentschaftswahlen am 10. und 24. April 2022 zu einem relativ frühen Zeitpunkt während des Semesters des französischen Ratsvorsitzes angesetzt. Die Atmosphäre und die Diskussionen waren stark durch den Einmarsch Russlands in die Ukraine geprägt, der in der Woche zuvor stattgefunden hatte. Es wurde eine Dringlichkeitsdebatte zur Ukraine in das Programm aufgenommen und eine Erklärung der Troika angenommen, die von den anderen Delegationen unterstützt wurde. Alle parlamentarischen Delegationen verurteilten den russischen Angriff und bekundeten ihre Solidarität mit den demokratisch gewählten Staatsorganen der Ukraine und mit dem ukrainischen Volk. Der Rest des Programms konzentrierte sich auf die Erstbewertung des französischen Ratsvorsitzes mit einem Beitrag von Premierminister Jean Castex zum Aufbauplan für Europa und zur Überwindung der Krise, auf den Klimawandel und die Energiewende sowie auf die Konferenz zur Zukunft Europas. In einer weiteren kurzen Sitzung wurde ein erster Fortschrittsbericht über die Ergebnisse der beiden von den COSAC-Vorsitzenden eingerichteten Arbeitsgruppen vorgelegt.



Eröffnungssitzung der [Sitzung der COSAC-Vorsitzenden in Prag](#), Tschechien, im Senat der Tschechischen Republik am 11. Juli 2022

© Czech Presidency

1.1.3. Die parlamentarische Dimension des tschechischen EU-Ratsvorsitzes begann mit der [Sitzung der COSAC-Vorsitzenden in Prag](#), Tschechien, am 11. Juli 2022, die vom tschechischen Senat ausgerichtet wurde. Der tschechische Außenminister Jan Lipavsky stellte die Prioritäten des tschechischen Ratsvorsitzes unter dem Motto „Europa als Aufgabe: Rethink, Rebuild, Repower“, inspiriert durch den ehemaligen Präsidenten Václav Havel, vor. Věra Jourová, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Kommissarin für Werte und Transparenz, leitete die zweite Sitzung zum Thema „Media and Democracy: Current Challenges“ mit einer Videobotschaft ein, während der Erste Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Othmar Karas, zusammen mit Michal Klíma, dem Kommissar für Medien und Bekämpfung von Desinformation der tschechischen Regierung, die Grundsatzrede hielt.



Beitrag von Ivanna Klymush-Tsintsadze, Vorsitzende des Ausschusses des Parlaments der Ukraine für die Integration der Ukraine in die Europäische Union, bei der Sitzung der COSAC-Vorsitzenden am 11. Juli 2022 in Prag, im Senat der Tschechischen Republik

© Czech Presidency

Ivanna Klymush-Tsintsadze, Vorsitzende des Ausschusses des Parlaments der Ukraine für die Integration der Ukraine in die Europäische Union, und Adrian Băluțel, Mitglied des Ständigen Ausschusses für Außenpolitik und Europäische Integration des Parlaments der Republik Moldau, wurden als Vertreter der Parlamente der Länder, denen der Europäische Rat am 23. Juni 2022 den Status eines Bewerberlandes zuerkannt hat, ebenfalls zum ersten Mal zu dem Treffen eingeladen. Sie bedankten sich für die Unterstützung ihrer Länder gegen den russischen Angriff und für die Entscheidung des Europäischen Rates, jedem von ihnen den Status eines Bewerberlandes zu verleihen. Darüber hinaus lud Ivanna Klymush-Tsintsadze die COSAC-Vorsitzenden zu einem Solidaritätsbesuch in den kommenden Wochen nach Kiew ein.



Begrüßungsansprache auf der LXVIII. COSAC-Plenartagung von Markéta Pekarová Adamová, Präsidentin des Abgeordnetenhauses, Parlament der Tschechischen Republik, am 14. November 2022 in Prag

© Czech Presidency



Die vierte Plenarsitzung der LXVIII. COSAC-Plenartagung zum Thema „Ukraine – aktueller Stand, Wiederaufbau, Migration“ am 15. November 2022

© Czech Presidency

1.1.4. Die [LXVIII.COSAC-Plenartagung](#) in Prag, 13.-15. November 2022 fand in vollständiger persönlicher Anwesenheit statt. Mikuláš Bek vom tschechischen Ministerium für europäische Angelegenheiten stellte die Ergebnisse des tschechischen EU-Ratsvorsitzes vor. In einer Sitzung über die Zukunft der EU betonten sowohl der Erste Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Othmar Karas, als auch die Vizepräsidentin der Kommission, Věra Jourová, dass es wichtig sei, die Konferenz zur Zukunft Europas weiterzuverfolgen. Ferner hatten die Parlamentarier Gelegenheit, über die strategische Autonomie der EU, den aktuellen Stand in der Ukraine und die europäische Perspektive für den Westbalkan und die Länder der Östlichen Partnerschaft zu diskutieren. Zum ersten Mal seit Ausbruch der Pandemie nahm die Plenartagung auch einen Beitrag und Schlussfolgerungen an.



Othmar Karas, Erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments, und Ruslan Stefantschuk, Vorsitzender des Parlaments der Ukraine, während eines Treffens mit den Vorsitzenden mehrerer Ausschüsse des Parlaments der Ukraine am 30. September 2022.

© European Union 2022 / EP Sergei Chuzavkov

Als wichtiges Zeichen der Unterstützung statteten die Vorsitzenden der Ausschüsse für europäische Angelegenheiten der nationalen Parlamente der EU und die Erste Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments der Ukraine am 30. September 2022 einen [Solidaritätsbesuch](#) ab. Die Teilnehmer verabschiedeten eine [gemeinsame Presseerklärung](#), in der sie ihre unmissverständliche Unterstützung für die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen bekräftigten. Der Besuch wurde von ukrainischer Seite sehr begrüßt, da er ein klares Zeichen dafür setzte, dass die COSAC entschlossen ist, für Freiheit und Demokratie in Europa einzutreten, und zwar im Einklang mit dem Ziel der interparlamentarischen Zusammenarbeit.



Othmar Karas, Erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments und die Delegation der COSAC-Vorsitzenden während eines Treffens mit Vitali Klitschko, Bürgermeister von Kiew, rechts, in der Ukraine am 30. September 2022.

© European Union 2022 / EP Sergei Chuzavkov

Außerdem wurden die traditionellen informellen Videokonferenzen zwischen COSAC-Delegierten und Mitgliedern der Kommission, die während der Pandemie begonnen hatten, auch 2022 fortgesetzt und boten eine Gelegenheit für zeitnahe und ausführliche Diskussionen über konkrete europäische Initiativen und die Förderung des politischen Dialogs sowie der interparlamentarischen

Zusammenarbeit. Es wurde vereinbart, diese Praxis fortzusetzen, was in den auf der LXVIII. COSAC-Plenartagung angenommenen Schlussfolgerungen bestätigt wurde.

Siehe Anhang I für die detaillierte Liste der COSAC-Veranstaltungen und -Tagungen.

Die wichtigsten Entwicklungen im Jahr 2022:

- Die COSAC-Tagungen im Jahr 2022 begannen in einem hybriden Format und kehrten während des Semesters des tschechischen Ratsvorsitzes zu ihrem traditionellen Format bei vollständiger persönlicher Anwesenheit zurück.
- Politische Texte, wie zum Beispiel ein Beitrag und Schlussfolgerungen, wurden zum ersten Mal seit drei Jahren von der LXVIII. COSAC-Plenartagung angenommen.
- Der erste Besuch einer Gruppe von Vorsitzenden der COSAC und des Europäischen Parlaments in einem Nicht-EU-Land überhaupt fand im September 2022 in Kiew, in der Ukraine, statt.
- Im ersten Halbjahr 2022 wurden auf Initiative des französischen Ratsvorsitzes zwei COSAC-Arbeitsgruppen eingerichtet.
- Der Austausch im Rahmen der COSAC hat im Jahr 2022 weiter zugenommen: Der informelle Gedankenaustausch mit hochrangigen Rednern (der Kommission) wurde fortgesetzt, und im Rahmen der beiden COSAC-Arbeitsgruppen fand ein weiterer Austausch statt.
- Das Europäische Parlament war bei den COSAC-Tagungen durchgängig und angemessen vertreten.

1.2. Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU (EU-PPK)

Die Leitlinien von Stockholm für die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU (EU-PPK) wurden 2010 angenommen. Darin ist ein jährliches Treffen der Präsidenten vorgesehen, das von dem Mitgliedstaat zu organisieren ist, der in der zweiten Hälfte des jeweiligen Jahres den Ratsvorsitz innehat, und das während des Frühjahrsvorsitzes des Folgejahrs stattfinden soll. Auf dieser Konferenz werden unverbindliche Schlussfolgerungen des Ratsvorsitzes verabschiedet. Ihr obliegt außerdem die Beaufsichtigung der Koordinierung von interparlamentarischen EU-Aktivitäten.

Die Tagesordnung der EU-PPK wird von der Sitzung der Generalsekretäre der nationalen Parlamente der EU vorbereitet. Siehe www.ipex.eu



Gruppenfoto der [Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU](#), Slowenien, 28.-29. März 2022

© Slovenian Presidency /Nebojša Tejić/STA

Nach der Absage der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU im Jahr 2020 und einer verkürzten halbtägigen Konferenz im Jahr 2021, in beiden Fällen aufgrund der COVID-19-Pandemie, wurde im Jahr 2022 zur Normalität zurückgekehrt und am 28. und 29. März 2022 eine vollständige [Konferenz der Präsidenten](#) unter persönlicher Anwesenheit in Brdo pri Kranju, Slowenien, organisiert.

Die Konferenz wurde mit einer Begrüßungsansprache von Igor Zorčič, Präsident der slowenischen Nationalversammlung, und Alojz Kovšca, Präsident des Nationalrats der Republik Slowenien, eröffnet. Das Europäische Parlament wurde durch die Präsidentin Roberta Metsola vertreten, die in der Eröffnungssitzung eine Grundsatzrede hielt, auf die eine Ansprache des Staatspräsidenten von Slowenien, Borut Pahor, folgte.

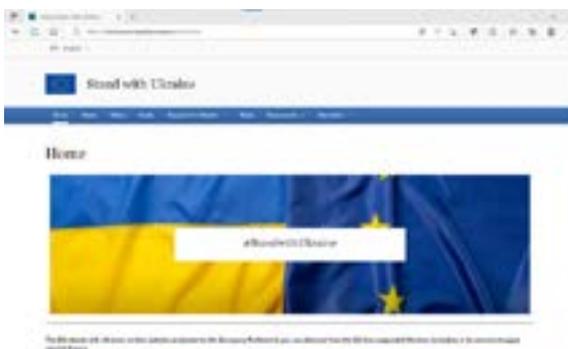
In ihrer Grundsatzrede bestätigte Präsidentin Metsola die Unterstützung des Europäischen Parlaments für die Ukraine angesichts des russischen Angriffs, die in einer EntschlieÙung formalisiert wurde und auch durch praktische Maßnahmen der Solidarität mit dem ukrainischen Parlament zum Ausdruck gebracht wurde, indem die im Jahr 2014 begonnene Zusammenarbeit intensiviert wurde.



Roberta Metsola, Präsidentin des Europäischen Parlaments, bei der Konferenz der Präsidenten der Parlamente in Slowenien am 29. März 2022

© Slovenian Presidency /Matija Sušnik

Neben anderen Formen der Unterstützung hat das Europäische Parlament die Website [Stand with Ukraine](https://ukraine.europarl.europa.eu) in englischer und ukrainischer Sprache eingerichtet, die Nachrichten und Podcasts sowie Rechtsvorschriften und EntschlieÙungen enthält und es dem ukrainischen Parlament ermöglicht, Inhalte zu teilen. Sie betonte, dass es wichtig sei, entschlossen zu handeln, um Klarheit und Hoffnung innerhalb der Europäischen Union und darüber hinaus zu bewahren, insbesondere in Krisenzeiten, in denen die parlamentarische Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit geschützt werden müssten. Präsidentin Metsola kündigte auch an, dass sie bereit sei, Kiew zu besuchen, um das Ausmaß der Unterstützung des Europäischen Parlaments für den demokratischen Prozess in der Ukraine zu demonstrieren. Ihr Besuch fand kurz nach der Konferenz der Präsidenten der Parlamente statt, nämlich am 1. April 2022.



Das Europäische Parlament hat zur Unterstützung die Website „[Stand with Ukraine](https://ukraine.europarl.europa.eu)“ eingerichtet: <https://ukraine.europarl.europa.eu>

Nach der Eröffnungssitzung gingen die Parlamentspräsidenten zur Sitzung I mit dem Thema „The Role of Parliaments in Emergency Politics – Building Resilience for Democratic Governance“ (Die Rolle der Parlamente im Rahmen der Notfallpolitik – Aufbau von Resilienz für demokratische Staatsführung) über, die sich auf die jüngste COVID-19-Pandemie und den anhaltenden

Krieg in der Ukraine konzentrierte. Die Hauptrednerin Meritxell Batet Lamaña, Präsidentin des spanischen Abgeordnetenkongresses, vertrat die Ansicht, dass die persönliche Anwesenheit der gesetzgebenden Organe von entscheidender Bedeutung sei, um die verschiedenen politischen Perspektiven zu koordinieren, die Kontrolle der Exekutive zu ermöglichen und Einigkeit zu erzielen. Roberto Fico, Präsident der italienischen Abgeordnetenkammer, unterstrich die Fähigkeit der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments, in Notfällen angemessen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger zu reagieren. Der dritte Hauptredner, Tomasz Grodzki, Marschall des Senats der Republik Polen, betonte schließlich die Aufgabe der Parlamente, einen ordnungsgemäßen Gesetzgebungsprozess sicherzustellen und als Hüter gemeinsamer Werte wie der Rechtsstaatlichkeit und der Medienfreiheit zu fungieren. In der anschließenden Debatte wurde hervorgehoben, dass die Rolle der Parlamente als Hüter sie dazu verpflichtet, in Notsituationen wie der COVID-19-Pandemie oder dem Krieg in der Ukraine Resilienz und Wirksamkeit zu beweisen.



Rede von Ruslan Stefantschuck, Vorsitzender des Parlaments der Ukraine, per Videokonferenz auf der zweiten Sitzung der [Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU, Slowenien](#), 29. März 2022.

© Slovenian Presidency /Matija Sušnik

Die zweite Debatte der Konferenz hatte die Europäische Union als Garant für Stabilität, Sicherheit und Wohlstand in der Region (und darüber hinaus) zum Thema. In dieser Sitzung tauschten die Parlamentspräsidenten ihre Ansichten über die von der Union zu verfolgende Sicherheitsstrategie aus und verurteilten gleichzeitig den Angriff Russlands und brachten ihre Unterstützung für die Ukraine zum Ausdruck. Nach einer Eröffnungsrede von Gastredner Talat Xhaferi, Präsident der Sobranie (Parlament) von Nordmazedonien, richtete Ruslan Stefantschuck, Vorsitzender des Parlaments der Ukraine, der per Videokonferenz aus Kiew zugeschaltet war, eine besondere Rede an die Konferenz der Präsidenten der Parlamente. Er bezeichnete den russischen Angriff als einen Krieg gegen Europa und die demokratische Welt und gedachte der Menschen, die ihr Leben verloren hatten, sowie der 44 % der ukrainischen Bevölkerung, die vertrieben wurden und ihre Familienangehörigen zurücklassen mussten. Er charakterisierte den Beschuss ziviler Ziele, darunter auch Schulen, als Kriegsverbrechen und Völkermord an der ukrainischen Nation und forderte schärfere Sanktionen und die Bereitstellung von Kriegsmaterial.

Weitere Grundsatzreden hielten der Präsident des Senats der Tschechischen Republik, Miloš Vystrčil, sowie Konstantin An. Tassoulas, Präsident des Griechischen Parlaments, sowie Wolfgang Sobotka, Präsident des Nationalrates von Österreich. In der anschließenden Debatte verurteilten die Parlamentspräsidenten nicht nur die Verletzung des internationalen Kriegsrechts durch Russland sowie die Verhinderung von humanitärer Hilfe und die Verletzung von Waffenstillstandsvereinbarungen durch Russland, sondern sprachen dem ukrainischen Volk und den zivilen und militärischen Opfern des Angriffs auch ihr Beileid aus. Im Hinblick auf den sich wandelnden geopolitischen Kontext wurde eine starke Europäische Nachbarschaftspolitik in der südlichen Nachbarschaft der EU als Schlüssel zur Bewältigung der Herausforderungen in den Bereichen Staatsführung, Sicherheit, Wirtschaft, Soziales und Umwelt im Mittelmeerraum, einschließlich Nordafrika und dem Nahen Osten, angesehen. Es wurde ein Aufruf für ehrgeizigere EU-Maßnahmen sowohl im Osten als auch in den südlichen Nachbarländern ausgesprochen, um für Sicherheit, Stabilität und Frieden auf dem europäischen Kontinent zu sorgen.

Weil die Konferenz der Präsidenten der Parlamente im Jahr 2021 im Remote-Format stattgefunden hatte, konnten keine Schlussfolgerungen angenommen werden, so dass die Konferenz im Jahr 2022 die erste seit 2019 war, auf der ein Text angenommen wurde.

In den [Schlussfolgerungen des Vorsitzes](#), die im allgemeinen Konsens angenommen wurden, verurteilten die Parlamentspräsidenten den Angriffskrieg Russlands gegen den souveränen Staat Ukraine auf das Schärfste und betrachteten ihn als Angriff auf die internationale Ordnung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte. Sie riefen dazu auf, Europa müsse seine Rolle in seiner Nachbarschaft, insbesondere auf dem Westbalkan, stärken, und sprachen sich für einen klaren Fahrplan zur Gewährung der EU-Mitgliedschaft für die Länder des westlichen Balkans sowie für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen der EU und der Türkei aus.

Die Schlussfolgerungen wiesen auch darauf hin, dass die Parlamente in Notsituationen wie der COVID-19-Pandemie wichtig sind, wenn insbesondere außergewöhnliche Maßnahmen eine demokratische Kontrolle erfordern. Die Parlamentspräsidenten begrüßten das enorme Maß an Engagement und Innovation, das die Parlamente bei der Anpassung ihrer Arbeit an die außergewöhnlichen Umstände im Zusammenhang mit der Pandemie gezeigt hatten. Schließlich verabschiedeten die Parlamentspräsidenten einige Absätze über den Interparlamentarischer Austausch von EU-bezogenen Informationen (IPEX) und riefen die Parlamente dazu auf, die Texte ihrer Entschlüsse zur Ukraine hochzuladen.

Die wichtigsten Entwicklungen im Jahr 2022:

- Die Konferenz der Präsidenten der Parlamente wurde zum ersten Mal seit 2019 wieder persönlich abgehalten (die Konferenz im Jahr 2020 wurde abgesagt und die Konferenz im Jahr 2021 wurde im Remote-Format abgehalten).
- Zum ersten Mal seit 2019 wurden vollständige Schlussfolgerungen angenommen (die Konferenz von 2020 nahm die „Schlussfolgerungen des Vorsitzes“ an, da das Remote-Format keine Verhandlungen über einen Text erlaubte).
- Die Konferenz befasste sich eingehend mit dem anhaltenden Konflikt in der Ukraine, unter anderem unter Zuschaltung von Ruslan Stefantschuck, dem Vorsitzenden des Parlaments der Ukraine.

2. INTERPARLAMENTARISCHE KONFERENZEN (IPK)

2.1. Europäische Parlamentarische Woche (EPW), Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU (IPK SWKS) und Konferenz zum Europäischen Semester

Die Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU (die gemäß Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion [Fiskalpakt] eingerichtet wurde) bietet einen Rahmen für Diskussionen und den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren bei der Umsetzung der einschlägigen Bestimmungen sowie für die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten der EU und dem Europäischen Parlament.

Die Konferenz zum Europäischen Semester bietet Gelegenheit zum Austausch von Informationen über bewährte Verfahren bei der Umsetzung der Zyklen des Europäischen Semesters. Darüber hinaus eröffnen sich dort Möglichkeiten für eine verstärkte Zusammenarbeit im Hinblick auf eine gründliche Prüfung der Maßnahmen der Exekutive auf nationaler und europäischer Ebene.

Gemeinsam bilden diese beiden Konferenzen die Europäische Parlamentarische Woche (EPW), bei der Abgeordnete aus allen Mitgliedstaaten der EU zusammenkommen, um wirtschaftliche, haushaltsbezogene und soziale Fragen zu erörtern. Die beiden Konferenzen haben einen festen Platz im Kalender der interparlamentarischen Aktivitäten und sind konsolidierte Foren für interparlamentarische Debatten in diesen wichtigen Politikbereichen.



Poster der Europäischen Parlamentarischen Woche, 2022

© EU_EP

Das Europäische Parlament hat gemeinsam mit dem französischen Parlament zum zweiten Mal in Folge die [Europäische Parlamentarische Woche 2022](#) organisiert. Aufgrund der COVID-19-Krise wurde die Sitzung am 15. und 16. März 2022 per Videokonferenz aus den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments in Brüssel abgehalten.

Es war das 11. Mal, dass die Europäische Parlamentarische Woche veranstaltet wurde, und rund 90 Parlamentarier aus den 24 EU-Mitgliedstaaten sowie zwei Bewerber- und Beobachterländern nahmen daran teil, um über wirtschaftliche, haushaltspolitische, ökologische und soziale Fragen zu diskutieren. Das Europäische Parlament war mit mehr als 60 Mitgliedern vertreten. Die große Teilnehmerzahl ist ein Beweis für den Erfolg, die Relevanz und die Notwendigkeit des parlamentarischen Austauschs zu den vorgeschlagenen Themen in den heutigen schwierigen Zeiten.

Das Programm umfasste Grundsatzreden von Roberta Metsola, Präsidentin des Europäischen Parlaments, Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, und Antonio Costa, Ministerpräsident von Portugal. Im Mittelpunkt der diesjährigen Debatten standen der Krieg in der Ukraine und die Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die Volkswirtschaften der EU, der Wiederaufbau und die nächsten Schritte



Europäische Parlamentarische Woche – Wirtschaftspolitische Steuerung der EU aus parlamentarischer Sicht, Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union, 15.–16. März 2022
© European Union 2022 EP/ Alain Rolland

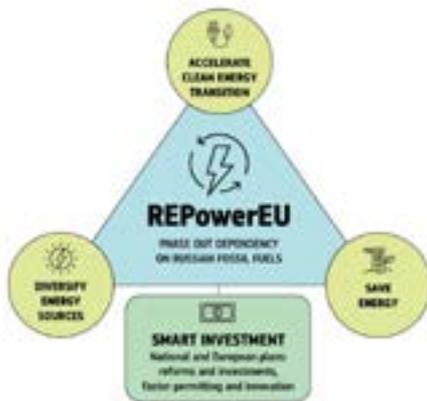
Die erste Plenarsitzung war den **EU-Eigenmitteln** gewidmet. Im Rahmen der Debatte betonten die Mitglieder der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments, dass die Einführung des Aufbauplans „[NextGenerationEU](#)“ einen Wendepunkt darstelle. In ihren Beiträgen zur Debatte hoben die Teilnehmer hervor, dass das umfangreiche Hilfspaket für die Mitgliedstaaten, das hauptsächlich durch Anleihen auf den Finanzmärkten finanziert wird und letztendlich zurückgezahlt werden muss, einen Anstoß für die Schaffung neuer Einnahmequellen für die EU geliefert habe. Sie wiesen daher darauf hin, dass das Fehlen neuer Eigenmittel ab 2027 eine Kürzung des Haushalts um durchschnittlich 15 Mrd. EUR pro Jahr bedeuten würde, um die im Rahmen des Aufbauplans aufgelaufenen Schulden zurückzuzahlen. Die wichtigsten Schlussfolgerungen lauteten, dass dies nicht akzeptabel wäre und den Interessen künftiger Generationen zuwiderlaufen würde.



Das Motto von NextGenerationEU, dem mit 800 Mrd. EUR ausgestatteten befristeten Aufbauinstrument der EU zur Unterstützung des wirtschaftlichen Aufbaus nach der Coronavirus-Pandemie und zum Aufbau einer grüneren, digitaleren und resilienteren Zukunft.

Die zweite Plenarsitzung war **der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts** gewidmet. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments und die Abgeordneten der nationalen Parlamente diskutierten über die bevorstehende Überprüfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts und hörten die einleitenden Bemerkungen der zuständigen EU-Kommissare Valdis Dombrovskis (Handel) und Paolo Gentiloni (Wirtschaft). Durch den Gedankenaustausch zwischen den europäischen

und nationalen Parlamentariern wurde einmal mehr bestätigt, dass der russische Einmarsch in der Ukraine ein koordiniertes Vorgehen der EU-Länder angesichts der künftig zu erwartenden veränderten Umstände noch wichtiger macht. Die Mitglieder der Parlamente wiesen darauf hin, dass es bei der Überprüfung des Paktes wichtig sei, ein Gleichgewicht zwischen der Verabschiedung von Regeln, die für stabile Haushalte sorgen, und der gleichzeitigen Ermöglichung der notwendigen Übergangsphasen zu finden. Während der Sitzung wurde hervorgehoben, dass die Überprüfung des makroökonomischen Rechtsrahmens auf den aus NextGenerationEU gezogenen Lehren aufbauen muss und dass die Deaktivierung der allgemeinen Ausweichklausel sorgfältig überdacht werden sollte, da neue Investitionsprogramme, wie der [REPowerEU-Plan](#), als Ergänzung zu den bereits vereinbarten Investitionsprogrammen in Vorbereitung sind.



Hauptziele von [REPowerEU](#), einem Plan zur raschen Reduzierung der Abhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen bis 2027 und zur Beschleunigung des grünen Wandels

Die dritte Plenarsitzung mit dem Titel „**Hochrangige Konferenz über die Aufbau- und Resilienzfähigkeit: Lehren für die Zukunft**“ (High-Level Conference on Recovery and Resilience Facility: Lessons for the future) fand am zweiten Tag statt. Die Ko-Vorsitzenden des Europäischen Parlaments und des französischen Parlaments erklärten beide, dass die Ukraine-Krise die wirtschaftlichen und sozialen Aussichten der EU verschlechtert und zahlreiche neue Herausforderungen mit sich gebracht habe, darunter Inflation und verzerrte Lieferketten. Sie wiesen erneut auf die Notwendigkeit eines effizienten und koordinierten Einsatzes der ARF hin, da diese eine koordinierte, schnelle und mutige Reaktion auf die Krise darstelle und zu einer wirtschaftlichen Erholung der EU und einer niedrigen Arbeitslosigkeit geführt habe. Die Podiumsredner vertraten die Ansicht, dass der russische Einmarsch zusammen mit den steigenden Energiepreisen und den verzerrten Lieferketten die richtigen Entscheidungen für die Zukunft erfordere. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass sichergestellt werden müsse, dass der Abbau von Defiziten und Schulden auf eine politisch und sozial nachhaltige Weise erfolge.



Das Banner der [Aufbau- und Resilienzfähigkeit \(ARF\)](#), die das zentrale Instrument im Rahmen von NextGenerationEU darstellt, um der EU zu helfen, gestärkt und resilienter aus der aktuellen Krise hervorzugehen

Im Rahmen des anschließenden Austauschs mit Mitgliedern der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments sowie mit Podiumsrednern aus der Privatwirtschaft, die Energieunternehmen und unabhängige Finanzinstitute vertraten, wurde betont, dass das gesamte Geld aus diesem revolutionären Instrument gut angelegt ist. Sie betonten, dass eine starke und

resiliente Wirtschaft wichtig ist, die dazu beitragen kann, die wirtschaftlichen Folgen des Krieges in der Ukraine zu minimieren. Es wurde betont, dass im Rahmen der ARF Projekte zur Energiesicherheit und zum Wandel hin zu einer grüneren Wirtschaft sowie der Bedeutung der strategischen Autonomie der EU ein hoher Stellenwert eingeräumt wurde.

Wie in der zweiten Jahreshälfte üblich, fand am 10. und 11. Oktober 2022 die [18. Sitzung der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU](#) in Prag, der Hauptstadt des Landes der Ratspräsidentschaft, statt. Es war die erste Konferenz in diesem Format mit persönlicher Anwesenheit seit dem Ausbruch von COVID-19. Während der Konferenz diskutierten Mitglieder der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments gemeinsam mit Vertretern der Europäischen Kommission, der Europäischen Investitionsbank und des Ratsvorsitzes aktuelle Finanz- und Wirtschaftsfragen vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine und seiner Auswirkungen auf die europäischen Volkswirtschaften. .

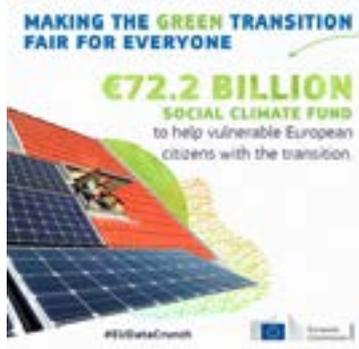


Eröffnungsrede von Markéta Pekarová Adamová, Präsidentin der Abgeordnetenkammer des Parlaments der Tschechischen Republik, anlässlich der 18. IPK über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU am 10. Oktober 2022 in Prag © Czech Presidency

© Czech Presidency

In der ersten Sitzung ging es um den aktuellen **Stand der Umsetzung und den neuen Herausforderungen** der [Aufbau- und Resilienzfazilität \(ARF\)](#). Die Teilnehmer betonten, dass die Erholung von der COVID-19-Krise durch den Konflikt in der Ukraine beeinträchtigt worden sei. Die Mitglieder warfen die Frage nach den Auswirkungen des ungerechtfertigten Krieges an den Grenzen der EU auf, durch welchen die negativen Auswirkungen auf die EU-Wirtschaft, die mit steigender Inflation und steigenden Energiepreisen konfrontiert ist, noch verschärft wurden. Im Laufe der Sitzung wurde die REPowerEU-Initiative erörtert, mit der die Europäische Kommission den Entwicklungen auf den globalen Energiemärkten und deren Störungen begegnen will. Es wurde festgestellt, dass die Einbeziehung von REPowerEU in die ARF den EU-Mitgliedstaaten einen noch größeren Anreiz bieten würde; darüber hinaus könnte mit seiner Ausgestaltung dazu beigetragen werden, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen durch Reformen und Investitionen in den grünen Wandel und die Schaffung eines resilienteren Energiesystems zu verringern. Es wurde betont, dass die Aufstockung der ARF um 20 Mrd. EUR es den EU-Mitgliedstaaten ermöglichen würde, diese neuen Ziele zu erreichen und ihre Umstellung auf saubere Energien zu beschleunigen. Dies werde durch die Aktualisierung ihrer nationalen Aufbau- und Resilienzpläne im Hinblick auf die neuen REPowerEU-Kapitel geschehen. Die größte Sorge der Mitglieder war die wachsende Inflation und die Angst vor einer Rezession der EU-Wirtschaft aufgrund der Energiekrise. Einige Punkte, die während des Gedankenaustauschs angesprochen wurden, waren das Problem der schwachen Energieinfrastruktur und der Mangel an ausgebildeten Spezialisten im Energiebereich. Die Mitglieder wiesen auch darauf hin, dass mehr Nachdruck auf die Fertigstellung der neuen Eigenmittel gelegt werden sollte, die zur Rückzahlung der im Rahmen von NextGenerationEU aufgelaufenen Schulden beitragen würden.

Die zweite Sitzung befasste sich mit den **Kosten der Energieunabhängigkeit und der Finanzierung von Energie- und Klimamaßnahmen**. Alle Podiumsredner wiesen auf den Anstieg der Energiepreise hin. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass die Energiepreise im ersten Quartal 2021 leicht zu steigen begonnen hatten und in der zweiten Jahreshälfte ein noch schnellerer Anstieg beobachtet werden konnte. Der Anstieg der Energiepreise sei in erster Linie auf die COVID-19-Krise und einen, mit der wirtschaftlichen Erholung verbundenen, Verbrauchsanstieg zurückzuführen. Sie betonten, dass infolge des Ausbruchs des Krieges in der Ukraine die Unsicherheit in Bezug auf die Gas- und Erdölversorgung den Anstieg der Energiepreise noch verstärkt habe. Während der Sitzung wurden die Vorteile des [Klima-Sozialfonds 2025–2032](#) erörtert, insbesondere die Tatsache, dass die Einrichtung des Fonds dazu beitragen würde, die Veränderungen abzufedern, insbesondere für die am stärksten gefährdeten Bürgerinnen und Bürger und Branchen. Es wurde hervorgehoben, dass der Fonds durch die Eigenmittel der Union und ab 2026 durch Einnahmen aus dem Emissionshandel in den Bereichen Gebäude und Straßenverkehr (25 % der erwarteten Einnahmen) finanziert werden soll. In vielen Beiträgen zur Debatte wurde der von der EU-Energieplattform vorgeschlagene gemeinsame Energieeinkauf unterstützt. Es wurde auch betont, dass eine beschleunigte Diversifizierung der Ressourcen und der Versorgung sowie die Rückkehr zur Kernenergie und deren verstärkte Nutzung einen großen Einfluss auf die Lösung der Energiekrise haben könnten, mit der die EU derzeit zu kämpfen hat.



Erläuterung des Klima-Sozialfonds 2025–2032, der den Mitgliedstaaten Finanzmittel zur Verfügung stellen wird, um die am stärksten gefährdeten Haushalte, Verkehrsnutzer und Kleinunternehmen zu unterstützen, die mit den höheren Energie- und Transportkosten konfrontiert sind, die sich aus der Ausweitung des Emissionshandelssystems (EHS) auf zwei neue Bereiche, nämlich Gebäude und Straßenverkehr, ergeben werden.

Die dritte Sitzung befasste sich mit der **Stärkung der wirtschaftlichen Resilienz Europas und seiner Vorbereitung auf künftige Krisen**. Die Redner wiesen darauf hin, dass sich Europa kaum von den Auswirkungen der Finanz- und Schuldenkrise erholt hatte, als es im Jahr 2019 von der COVID-19-Krise getroffen wurde. Die wirtschaftliche Erholung nach der Pandemie habe die negative Folge steigender Preise mit sich gebracht. Die Mitglieder wiesen darauf hin, dass man erwartet habe, dass der negative Druck im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Erholung im Jahr 2021 nachlassen würde. Die positive Entwicklung sei jedoch durch den Einmarsch Russlands in der Ukraine gestoppt worden. Die Teilnehmer sprachen das Problem an, dass der Krieg in der Ukraine die bestehenden negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft verstärke und das BIP-Wachstum verlangsamen. Inflation und steigende Energiepreise seien die größten Herausforderungen, mit denen die EU heute konfrontiert sei. Die Teilnehmer vertraten die Ansicht, dass die Ungewissheit die Investitionen behindere und dass Resilienz der Impfstoff gegen die nächste Krise sei. Die wichtigsten Schlussfolgerungen lauteten, dass die EU solidarisch handeln und eine solide EU-Zukunft unter Einsatz aller klassischen und befristeten Instrumente (MFR, ARF, Strukturfonds, REPowerEU, Klima-Sozialfonds usw.) aufbauen müsse. Andererseits müsse die EU das Potenzial der Europäischen Investitionsbank (EIB) nutzen, die Mittel für Projekte bereitstellt, um die von der EU gesetzten Ziele zu erreichen. Zusammen mit dem Europäischen Investitionsfonds, an dem die EIB eine Mehrheitsbeteiligung hält, sei sie eine der wichtigsten Säulen für den Aufbau eines resilienteren

Europas. In der Debatte wurde hervorgehoben, dass die EIB nicht nur Innovationen, Infrastrukturen oder KMU finanziert, sondern auch eine Vorreiterrolle bei grünen Finanzierungen spielt.

Diese Diskussionen sollen auf der nächsten Europäischen Parlamentarischen Woche, die am 27. und 28. Februar 2023 in Brüssel stattfinden wird, fortgesetzt werden.

Die wichtigsten Entwicklungen im Jahr 2022:

- Der Austausch bei beiden Tagungen konzentrierte sich auf die Auswirkungen der Ausstiegsstrategie aus der Krise, die Schaffung neuer Eigenmittel, die Stärkung der wirtschaftlichen Resilienz Europas und die Reaktion auf den Krieg in der Ukraine und seine Auswirkungen auf die Volkswirtschaften der EU. Die Relevanz der Themen ermöglichte es hochrangigen Rednern und Parlamentariern, über mögliche Lösungen für die derzeitige komplizierte Situation zu diskutieren, mit der die EU intern (hohe Inflation, hohe Energiepreise) und extern (Krieg in der Ukraine) konfrontiert ist. Die 18. Sitzung der IPK über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in Prag war die erste bei persönlicher Anwesenheit durchgeführte Sitzung seit dem Ausbruch von COVID-19. Die nationalen und europäischen Mitglieder begrüßten dieses Format einer Rückkehr zur Normalität sehr.

2.2. Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPK GASP/GSVP)

Die Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPK GASP/GSVP), die 2012 mit einem Beschluss der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU geschaffen wurde, ist die interparlamentarische Plattform für Debatten über die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Die Konferenz wird in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament zweimal im Jahr von dem Parlament desjenigen EU-Mitgliedstaats ausgerichtet, der den rotierenden Ratsvorsitz innehat, und wird regelmäßig von Abgeordneten aus der gesamten EU besucht. Darüber hinaus lädt der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (AFET) des Europäischen Parlaments häufig nationale Parlamente zu seinen Sitzungen in Brüssel ein, wodurch der interparlamentarische Dialog in diesem entscheidenden Politikbereich ergänzt wird.



Conférence interparlementaire pour la politique étrangère et de sécurité commune (IPK) et le partenariat de sécurité et de défense commune (PSDC)
Séjour - Paris du Luxembourg
24 et 25 février 2022

[Gruppenfoto der Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, 24.–25. Februar 2022, Paris](#)

© European Parliament

Im Jahr 2022 fand die 20. Tagung der IPK GASP/GSVP in Paris (24./25. Februar) und die 21. Tagung in Prag (4./5. September) statt, beide mit persönlicher Anwesenheit. Nach zwei Jahren der Sitzungen im Remote-Format setzten sich die Delegationen des Europäischen Parlaments bei beiden Sitzungen

aus Mitgliedern des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und seines Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung zusammen, wobei David McAllister, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, den Vorsitz führte.

2.2.1. Die 20. Tagung der IPK GASP/GSVP vom 24.–25. Februar 2022 in Paris fand im französischen Senat statt und nahm im Konsens eine „Erklärung“ zur Ukraine an. Die Tagesordnung der IPK wurde am ersten Tag der IPK in letzter Minute geändert, da die Russische Föderation am selben Tag einen militärischen Angriff auf und eine illegale Invasion in die Ukraine gestartet hatte.

Die Konferenz war in drei Tagungen unterteilt, die sich alle mit verschiedenen Aspekten der Lage in der Ukraine befassten: „Sondertagung zur Lage in der Ukraine“, „The European Union's response to the crisis in Ukraine“ (Die Reaktion der Europäischen Union auf die Krise in der Ukraine) und „The European Union's action in support of Ukraine's sovereignty and territorial integrity“ (Die Maßnahmen der Europäischen Union zur Unterstützung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine). Die Abhaltung einer Sondertagung zur Lage in der Ukraine, an der auch der ukrainische Botschafter in Frankreich teilnahm, war eine der wichtigsten Entwicklungen im Rahmen dieser IPK. Die Erklärung und Teilnahme von Sviatlana Tsikhanouskaya, der Führerin der demokratischen Opposition in Belarus und Trägerin des Sacharow-Preises 2020, anlässlich der dritten Tagung war ein wichtiger Beitrag zur IPK.

144 Parlamentarier aus allen 27 nationalen Parlamenten der EU nahmen an der IPK GASP/GSVP in Paris teil, zusammen mit einer Delegation des Europäischen Parlaments, die aus 15 Mitgliedern des Europäischen Parlaments bestand, sowie Mitgliedern der Parlamente von zwei Bewerberländern (Montenegro und Serbien) und von vier NATO-Mitgliedstaaten (Island, Norwegen, Vereinigtes Königreich und Türkei).



Eröffnungsrede von David McAllister, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, bei der IPK GASP/GSVP im französischen Senat am 25. Februar 2022 in Paris

© EU 2022 EP/ Jesús Gomez

Zum ersten Mal in der Geschichte der IPK wurde eine gemeinsame [Erklärung](#) einstimmig und ohne Änderungsanträge angenommen, und zwar zum Krieg in der Ukraine, weshalb weder Schlussfolgerungen, noch eine Erklärung der Ko-Vorsitzenden angenommen wurden. Die ausführlichen [Protokolle der Debatten](#) sind online verfügbar.

Die intensiven Debatten eröffneten den Abgeordneten der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments die Möglichkeit, das Wort zu ergreifen und den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine zu verurteilen; sie forderten die russischen Streitkräfte auf, ihre militärischen Aktivitäten einzustellen, einen Waffenstillstand zu schließen und verlangten, dass Russland seine Streitkräfte abzieht. Die Redner brachten auch ihre Solidarität mit dem ukrainischen Volk zum Ausdruck und forderten die EU und ihre eigenen Regierungen auf, das ukrainische Volk zu unterstützen.

Die wichtigsten Schlussfolgerungen lauteten, dass dies ein historischer Moment in Europa sei,

der sofortiges und entschlossenes Handeln erfordere; dass die Verteidigungsstrukturen der EU geändert und die Verteidigungshaushalte aufgestockt werden müssen, um besser auf solche Herausforderungen vorbereitet zu sein. Es wurde betont, dass die strategische Autonomie der EU und die autonome Energieversorgungs- und Verteidigungsstruktur der EU beschleunigt und unverzüglich aufgebaut werden sollten. Es wurden strenge Sanktionen gegen Russland und insbesondere gezielte Sanktionen gegen seine führenden Politiker gefordert, darunter der Ausschluss Russlands aus dem SWIFT-Bankensystem und die Einstellung der Verhandlungen über die Nord-Stream-Gaspipeline. Darüber hinaus wurde die Verhängung eines EU-weiten Verbots für russische Finanz- und Wirtschaftsinteressen gefordert.



Gruppenfoto der [Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik](#), 4.–5. September 2022, Prag

© Czech Presidency

Die 21. Tagung der [IPK GASP/GSVP](#) fand vom 4.–5. September 2022 im Prager Kongresszentrum statt. An der Konferenz nahmen Vertreter der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments sowie Vertreter der Parlamente der Bewerberländer (Albanien, Montenegro, Türkei, Ukraine) und als Gäste Vertreter der Parlamente von Island, Kosovo¹, Norwegen und dem Vereinigten Königreich teil. Insgesamt nahmen 135 Parlamentarier aus 35 Delegationen, darunter 11 Mitglieder des Europäischen Parlaments, an der Konferenz teil.

Obwohl das Format etwas kürzer war als bei früheren IPK, wurden alle relevanten und aktuellen Themen in vier Tagungen mit einer Dauer von jeweils 90 Minuten erfolgreich behandelt:

1. GASP/GSVP-Prioritäten, mit besonderem Schwerpunkt auf dem Strategischen Kompass der EU;
2. 2. Ukraine: Modelle der politischen Unterstützung und des Wiederaufbaus;
3. 3. EU-Erweiterungspolitik vor dem Hintergrund der russischen Invasion in der Ukraine - Westbalkan und Östliche Partnerschaft: Beschleunigte Heranführungshilfe der EU, und
4. 4. Desinformation und hybride Bedrohungen, Cyberabwehr.

Die IPK nahm auch eine [gemeinsame Erklärung](#) der Ko-Vorsitzenden an, die sich mit dem Krieg in der Ukraine, der EU-Erweiterung und der Stärkung der EU-Verteidigungspolitik befasst.

¹ Diese Bezeichnung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244 (1999) des VN-Sicherheitsrates und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovos



David McAllister, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, als Moderator der ersten Tagung zum Thema „GASP/GSVP-Prioritäten und aktuelle Themen mit besonderem Schwerpunkt auf dem Strategischen Kompass der EU“ (CFSP/CSDP priorities and current issues, with special emphasis on the EU's Strategic Compass) am 5. September 2022 in Prag

© Czech Presidency

Die erste Tagung, eine Diskussion mit Josep Borrell, Vizepräsident der Kommission/Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, wurde von David McAllister, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, moderiert. Die Mitglieder betonten, dass es erforderlich sei, den Strategiekompass umzusetzen und die strategische Autonomie der EU zu stärken, und unterstrichen, dass es wichtig sei, die Außen- und Verteidigungspolitik und die Fähigkeiten der EU zu verbessern sowie die Einheit und Partnerschaft mit der NATO zu stärken.

Im Rahmen der beiden folgenden Tagungen brachten die Delegationen ihre anhaltende Unterstützung für die Ukraine zum Ausdruck, wobei einige Mitglieder erneut ein vollständiges Visumverbot für russische Staatsbürger forderten und sich für schärfere Sanktionen gegen Russland aussprachen. Außerdem forderten sie die EU auf, den Ländern des westlichen Balkans klare Signale zu geben und wiesen auf die strategische Bedeutung der Region hin.



Karel Řehka, Generalstabschef der tschechischen Streitkräfte, anlässlich der vierten Tagung zum Thema „Disinformation and hybrid threats, cyber defence“ (Desinformation und hybride Bedrohungen, Cyberverteidigung) am 5. September 2022 in Prag

© Czech Presidency

In the fourth and final session, some Members suggested among other things the creation of a cyber-Schengen, the repatriation of stolen data to Ukraine, the need to protect the European underwater cables, the need to develop common cyber defence scenarios, and the need to fight against the disinformation campaigns in Africa and to ensure global access to accurate and reliable information.

Die wichtigsten Entwicklungen im Jahr 2022:

- Die Wiederaufnahme interparlamentarischer Treffen mit persönlicher Beteiligung fand nach den Einschränkungen durch die COVID-19-Pandemie zum ersten Mal anlässlich der IPK GASP/

GSVP in Paris statt.

- Die IPK bewies, dass sie sich an die Herausforderungen der internationalen Beziehungen anpassen und schnell reagieren kann. Sie machte den Schritt vom Informationsaustausch, der Erörterung und Prüfung der europäischen Außen- und Verteidigungspolitik zur aktiven Teilnahme an dieser Politik durch eine sehr schnelle Reaktion auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, einschließlich der erstmaligen Annahme einer gemeinsamen Erklärung im Konsens, mit welcher der Krieg in der Ukraine verurteilt wurde.

3. INTERPARLAMENTARISCHE KONTROLLE IM RAUM DER FREIHEIT, DER SICHERHEIT UND DES RECHTS

3.1. Gemeinsamer parlamentarischer Kontrollausschuss für Europol



Artikel 88 AEUV erlaubt es den nationalen Parlamenten erstmals, gemeinsam mit dem Europäischen Parlament eine EU-Agentur zu kontrollieren, die im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts tätig ist. Auf der Grundlage der Europol-Verordnung² wurde 2017 der Gemeinsame parlamentarische Kontrollausschuss (GPKA) für Europol eingerichtet, um sicherzustellen, dass Europol uneingeschränkt rechenschaftspflichtig und transparent ist. Die Hauptaufgaben des GPKA sind in Artikel 51 der [Europol-Verordnung](#) festgelegt, in dem seine Rolle bei der politischen Überwachung der Tätigkeiten von Europol unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen dieser Tätigkeiten auf die Grundrechte und Grundfreiheiten natürlicher Personen definiert ist.

Die Europol-Verordnung wurde in der Folge geändert³, und das abgeänderte Mandat von Europol, das am 28. Juni 2022 in Kraft trat, gibt den Mitgliedstaaten die Instrumente an die Hand, die sie für die Bekämpfung der schweren und organisierten Kriminalität sowie des Terrorismus benötigen. Mit diesem gestärkten Mandat entstand die Notwendigkeit, das richtige Gleichgewicht zu finden, um für wirksame Garantien der Grundrechte, einschließlich des Datenschutzes, zu sorgen. Eine Reihe von neuen Governance-Bestimmungen betreffen den GPKA und werden sich auf seine künftige Arbeit auswirken.

Der GPKA ist ein innovativer institutioneller Rahmen für die parlamentarische Kontrolle. Er hält zwei Sitzungen pro Jahr ab: in der ersten Jahreshälfte beim Parlament des Landes, das den rotierenden Vorsitz im Rat der EU innehat, und in der zweiten Jahreshälfte beim Europäischen Parlament.

Die 10. Sitzung des [Gemeinsamen parlamentarischen Kontrollausschusses](#) (GPKA) fand am 28. Februar 2022 auf dem Wege der Fernteilnahme statt. Den gemeinsamen Vorsitz hatten das französische Parlament und das Europäische Parlament, Gastgeber war die französische Nationalversammlung (Assemblée nationale) in Paris. Trotz der Durchführung im Remote-Format und des kompakteren Formats konnten die traditionelle Struktur der Sitzung, die für die Debatte zur Verfügung stehende Zeit und die Teilnahme hochrangiger Redner sichergestellt werden.

² [Verordnung \(EU\) 2016/794](#) des Europäischen Parlaments und des Rates über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol).

³ [Verordnung \(EU\) 2022/991](#) zur Änderung der Verordnung (EU) 2016/794 in Bezug auf die Zusammenarbeit von Europol mit privaten Parteien, die Verarbeitung personenbezogener Daten durch Europol zur Unterstützung strafrechtlicher Ermittlungen und die Rolle von Europol in Forschung und Innovation.



Präsentation von Catherine De Bolle, Exekutivdirektorin von Europol, per Fernübertragung auf der 10. Sitzung des GPKA zu Europol, 28. Februar 2022

© French Presidency

Die Tagesordnung umfasste Beiträge der Exekutivdirektorin von Europol, Catherine De Bolle, und eine Grundsatzrede des französischen Innenministers Gérald Darmanin. Der GPKA hörte auch eine Präsentation des Europäischen Datenschutzbeauftragten, Wojciech Wiewiórowski. Zwei thematische Debatten mit Experten der EU und der nationalen Ebene befassten sich mit den Themen „Europol's contribution in the fight against migrant smugglers“ (Der Beitrag von Europol zur Bekämpfung von Schleusern) und „Risks and opportunities of artificial intelligence for Europol“ (Risiken und Möglichkeiten künstlicher Intelligenz für Europol).

Wie auch bei anderen interparlamentarischen Treffen wurden der russische Einmarsch in die Ukraine und seine Folgen durch den GPKA diskutiert. Die Delegierten legten eine Schweigeminute ein, bekundeten ihre Solidarität mit dem und Unterstützung für das ukrainische Volk und erkundigten sich nach den konkreten Maßnahmen, die Europol ergreifen kann. Die EU-Kommissarin für Inneres, Ylva Johansson, die an jeder Sitzung des GPKA teilnimmt, musste ihre Teilnahme aufgrund eines dringenden Besuchs in den Nachbarländern der Ukraine absagen und wurde durch einen hohen Beamten der Europäischen Kommission ersetzt. [Die vollständige Videoaufzeichnung der Sitzung ist online verfügbar.](#)

Die [11. Sitzung des Gemeinsamen parlamentarischen Kontrollausschusses \(GPKA\) für Europol](#) vom 24.–25. Oktober 2022 fand im Europäischen Parlament in Brüssel statt. Sie wurde gemeinsam vom Europäischen Parlament und dem Parlament der Tschechischen Republik organisiert, die auch gemeinsam den Vorsitz innehatten, und es war die erste Sitzung bei vollständiger persönlicher Anwesenheit seit 2019.



Poster der 11. Sitzung des Gemeinsamen parlamentarischen Kontrollausschusses (GPKA) für Europol vom 24.–25. Oktober 2022 im Europäischen Parlament in Brüssel

© European Union 2022 EP

Die Sitzung befasste sich mit einer Reihe von Fragen, die sich unmittelbar aus den Befugnissen des GPKA gemäß Artikel 51 der Europol-Verordnung ergeben, und umfasste Vorträge von Catherine De Bolle, Exekutivdirektorin von Europol, Jérôme Bonet, Vorsitzender des Verwaltungsrats von Europol,

und Wojciech Wiewiórowski, dem Europäischen Datenschutzbeauftragten.

Es gab auch eine thematische Debatte über die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf den Raum der Sicherheit mit Radek Kaňa, stellvertretender Innenminister der Tschechischen Republik, und Experten von Europol und der Europäischen Kommission. Aufgrund früherer Verpflichtungen sprachen der Innenminister der Tschechischen Republik, Vít Rakušan, und die EU-Kommissarin für Inneres, Ylva Johansson, per Videobotschaft zum GPKA.



Eröffnungsansprache von Juan Fernando López Aguilar, Ko-Vorsitzender des GPKA und Leiter der Delegation des Europäischen Parlaments im GPKA, auf der [11. Sitzung des GPKA zu Europol, in Brüssel](#) am 24. Oktober 2022 © European Union 2022 EP

© European Union 2022 EP

Der GPKA wurde zum mehrjährigen Programmplanungsdokument 2023–2025 von Europol konsultiert und die Exekutivdirektorin von Europol wurde im Rahmen ihrer Rede gebeten, auf die eingegangenen schriftlichen Kommentare zu reagieren. Diese Fragen und die Antworten sind auf der [IPEX-Website für den GPKA abrufbar](#).

Eine Tagung der 11. Sitzung war speziell der Umsetzung der überarbeiteten Europol-Verordnung zu Fragen im Zusammenhang mit dem GPKA gewidmet. Im Rahmen des abgeänderten Mandats von Europol, das seit dem 28. Juni 2022 in Kraft ist, wurde eine Reihe von Änderungen an den allgemeinen Fähigkeiten von Europol vorgenommen, so zum Beispiel an der Zusammenarbeit mit privaten Parteien und Nicht-EU-Ländern, sowie an den für Europol geltenden Datenschutz- und Grundrechtsbestimmungen.

Darüber hinaus gibt es eine Reihe neuer Governance-Bestimmungen im Zusammenhang mit dem GPKA:

- Zwei Vertreter des GPKA werden als Beobachter zu mindestens zwei Sitzungen des Verwaltungsrats von Europol eingeladen;
- die Berichterstattungspflichten von Europol gegenüber dem GPKA wurden verschärft, zum Beispiel falls der Verwaltungsrat von Europol die Stellungnahme des GPKA zu ihrem mehrjährigen Programmplanungsdokument nicht berücksichtigt;
- ein dem GPKA angegliedertes Konsultationsforum für Grundrechte muss durch den GPKA eingerichtet werden, um ihm auf Anfrage unabhängige Beratung in Grundrechtsfragen anzubieten. Der Gemeinsame Parlamentarische Untersuchungsausschuss und der Exekutivdirektor können das Konsultationsforum zu allen Fragen im Zusammenhang mit den Grundrechten konsultieren. Es obliegt dem GPKA, über die Zusammensetzung des Konsultationsforums und seine Arbeitsmethoden zu entscheiden.

Die Umsetzung der Bestimmungen über das Konsultationsforum für Grundrechte erfordert eine Änderung der Geschäftsordnung des GPKA, und im Anschluss an die Entscheidung der Vorsitz-Troika des GPKA forderten die Ko-Vorsitzenden die Delegierten des GPKA auf, Vorschläge für die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Einrichtung des Konsultationsforums zu unterbreiten.

Die wichtigsten Entwicklungen im Jahr 2022:

- Die Änderung des Mandats von Europol und neue Governance-Bestimmungen, die den Umfang der Kontrolle erweitern.
- Der Beschluss zur Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Überarbeitung der Geschäftsordnung des GPKA, um die ordnungsgemäße Umsetzung der vorgenannten Bestimmungen sicherzustellen.
- Die Wiederaufnahme von Sitzungen mit persönlicher Teilnahme, die nicht durch technische Beschränkungen beeinträchtigt werden und einen intensiveren Austausch (Fragestunde mit der Exekutivdirektorin von Europol, Blickkontakt während der Frage- und Antwortrunden) und Networking ermöglichen.

3.2. Interparlamentarische Ausschusssitzung zur Bewertung von Eurojust

Seit der Einrichtung von Eurojust im Jahr 2002 wurde die Agentur zu einem wichtigen Akteur bei der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen. Gemäß Artikel 85 AEUV müssen durch die EU-Verordnungen zur Regelung von Eurojust „die Einzelheiten für die Beteiligung des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente an der Bewertung der Tätigkeit von Eurojust festgelegt“ werden. 2018 haben das Europäische Parlament und der Rat eine neue Verordnung über Eurojust⁴ angenommen, um einen einheitlichen und erneuerten Rechtsrahmen für eine neue vollwertige Agentur für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) zu schaffen.

Um die Transparenz und die demokratische Kontrolle von Eurojust zu verbessern, sieht die Verordnung einen Mechanismus für die gemeinsame Bewertung der Tätigkeiten von Eurojust durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente der EU vor⁵. Die Bewertung sollte in einer interparlamentarischen Ausschusssitzung erfolgen, die vom Europäischen Parlament in seinen Räumlichkeiten in Brüssel veranstaltet wird und an der die Mitglieder der zuständigen Ausschüsse des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente der EU teilnehmen.

Die erste interparlamentarische Ausschusssitzung zur Bewertung der Tätigkeit von Eurojust wurde am 1. Dezember 2020 beim LIBE-Ausschuss des Europäischen Parlament in Brüssel in Zusammenarbeit mit dem deutschen Bundestag abgehalten.

3.2.1. Die [zweite jährliche interparlamentarische Ausschusssitzung zur Bewertung der Tätigkeiten von Eurojust](#) sollte Ende 2021 stattfinden, musste aber aus administrativen und logistischen Gründen um einige Wochen auf den 1. Februar 2022 verschoben werden. Infolge der Beschränkungen durch COVID-19 wurde die Sitzung im Europäischen Parlament in Brüssel und per Videokonferenz abgehalten. Den Vorsitz führte Juan Fernando López Aguilar (LIBE-Vorsitzender), und rund 48 Abgeordnete nationaler Parlamente aus 20 Mitgliedstaaten und 26 Kammern sowie etwa 20 Mitglieder des Europäischen Parlaments nahmen an der Veranstaltung teil.

Juan Fernando López Aguilar, Vorsitzender des EP-Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE), Yaël Braun-Pivet, Vorsitzende des Rechtsausschusses der französischen Nationalversammlung, und François-Noël Buffet, Vorsitzender des Ausschusses für Verfassungsrecht, Gesetzgebung, allgemeines Wahlrecht, Geschäftsordnung und allgemeine Verwaltung des französischen Senats, eröffneten die Sitzung.

⁴ Verordnung (EU) 2018/1727 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 betreffend die Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) und zur Ersetzung und Aufhebung des Beschlusses 2002/187/JI des Rates (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 138).

⁵ Diese Vorkehrungen werden in Erwägungsgrund 62 und in Artikel 67 der Verordnung (EU) 2018/1727 zur Sprache gebracht.



Poster der zweiten interparlamentarischen Ausschusssitzung zu den Aktivitäten von Eurojust am 1. Februar

© European Union 2022 EP

Auf die beiden Sitzungen folgten Präsentationen sowie Frage- und Antwortrunden. Die erste Sitzung zum Thema „Eurojust current and future activities, especially in the current pandemic“ (Aktuelle und künftige Aktivitäten von Eurojust, insbesondere angesichts der aktuellen Pandemie) wurde mit einer Präsentation des Präsidenten von Eurojust, Ladislav Hamran, eröffnet. Er berichtete, dass die Fallarbeit von Eurojust in den letzten 10 Jahren enorm zugenommen habe. Er nannte drei Kernbereiche für die künftigen Aktivitäten von Eurojust: Modernisierung des Fallverwaltungssystems, Einrichtung sicherer Kommunikationskanäle zwischen den nationalen Behörden und weiterer Ausbau des globalen Netzwerks über die Grenzen der EU hinaus. Im Anschluss an seinen Vortrag fand ein reger Meinungs austausch zwischen den nationalen Parlamentariern und den Mitgliedern des Europäischen Parlaments statt.

Die zweite Sitzung zum Thema der Zusammenarbeit zwischen Eurojust, der Europäischen Staatsanwaltschaft und den nationalen Behörden wurde von José de la Mata, Nationales Mitglied für Spanien und Eurojust-Kontaktstelle für die Europäische Staatsanwaltschaft (EUStA), eröffnet, der die unterschiedlichen Zuständigkeiten und Rollen von Eurojust und der EUStA verglich. Der nächste Podiumsredner, Frédéric Baab, der französische Europäische Staatsanwalt, gab einen Überblick über die mit Eurojust unterzeichneten Arbeitsvereinbarungen. Schließlich sprach Nils Behrndt, stellvertretender Generaldirektor der Generaldirektion Justiz und Verbraucher der Kommission, über zwei Themen im Zusammenhang mit Eurojust: die Digitalisierung und die Zusammenarbeit zwischen Eurojust und der EUStA. An die zweite Sitzung schloss sich erneut eine lebhafte Debatte zwischen den Mitgliedern des Europäischen Parlaments und den Mitgliedern der nationalen Parlamente an. [Die vollständige Videoaufzeichnung der Sitzung ist online verfügbar.](#)

3.2.2. Die [dritte jährliche interparlamentarische Ausschusssitzung zu den Aktivitäten von Eurojust](#) fand am 30. November 2022 in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments in Brüssel als Sitzung mit persönlicher Anwesenheit statt.

Aufgrund der außergewöhnlichen Umstände im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine war die Eurojust-Verordnung rasch durch neue Bestimmungen ergänzt worden⁶. Dieses erweiterte Mandat trat am 1. Juni 2022 in Kraft und eröffnete der Agentur die rechtliche Möglichkeit, Beweise für Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord zu sammeln, zu sichern und weiterzugeben. Dies war ein weiterer zwingender Grund, einen Austausch zwischen Eurojust und dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten zu veranstalten, um diese Entwicklungen zu diskutieren.

⁶ [Verordnung \(EU\) 2022/838 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2022](#)



[Interparlamentarische Sitzung des LIBE-Ausschusses zur Bewertung der Tätigkeiten von Eurojust am 30 November 2022](#)

© European Union 2022 EP/ Philippe Buisson

Die Sitzung wurde vom Vorsitzenden des LIBE-Ausschusses und von einem Mitglied des Ausschusses für konstitutionelle Fragen und Rechtsangelegenheiten der Abgeordnetenkommer des Parlaments der Tschechischen Republik eröffnet. In seiner Grundsatzrede würdigte der Kommissar für Justiz, Didier Reynders, die Leistungen von Eurojust und beschrieb die jüngsten Maßnahmen der Kommission zur Unterstützung der Agentur.

In der ersten Sitzung, die dem Rückblick auf die Aktivitäten von Eurojust und den Zukunftsaussichten gewidmet war, bot Ladislav Hamran, der Präsident von Eurojust, eine umfassende Präsentation der Arbeit von Eurojust, einer Agentur, die im Mittelpunkt der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den Justizbehörden in den Mitgliedstaaten steht. Er ging auf die steigende Zahl der Fälle, die Herausforderungen für die künftige grenzüberschreitende justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen und die Notwendigkeit ein, das Justizielle Terrorismusregister und die Kooperationsplattform für Gemeinsame Ermittlungsgruppen voranzubringen. An die Präsentation schloss sich eine Fragerunde an, in der Fragen von Menschenhandel und Umweltkriminalität bis hin zu Cyberkriminalität und den Haushalts- und logistischen Zwängen, denen die Agentur ausgesetzt ist, gestellt wurden.

Die zweite Sitzung befasste sich mit dem erweiterten Mandat von Eurojust in Bezug auf die wichtigsten internationalen Straftaten. In ihren Beiträgen berichteten der Präsident und die beiden Vizepräsidenten von Eurojust, Margarita Šniutyte-Daugeliene und Boštjan Škrlec, ausführlich über die in diesem Jahr vollzogene Stärkung des Eurojust-Mandats, einschließlich der beispiellosen Mobilisierung und der umgehend durchgeführten Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine zur Unterstützung der Sammlung und des Austauschs von Beweismaterial zu den wichtigsten internationalen Verbrechen. In der anschließenden Debatte warfen die Parlamentarier die Frage nach einer effizienteren Zusammenarbeit der Justizsysteme im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine auf und der Notwendigkeit einer wirksameren Reaktion im Kampf gegen die Straflosigkeit bei schweren Menschenrechtsverletzungen.

Die Abschlusssitzung bot einen Rückblick auf die 20-jährige Erfahrung der Agentur und einen breiteren Ausblick auf die Zukunft der justiziellen Zusammenarbeit in der EU. [Die vollständige Videoaufzeichnung der Sitzung ist online verfügbar.](#)

Die wichtigsten Entwicklungen im Jahr 2022:

- Das Jahr 2022 war ein sehr außergewöhnliches Jahr für Eurojust, da die Parlamentarier zwei Sitzungen abhielten, um ihr Mandat zur gemeinsamen Bewertung der Aktivitäten von Eurojust zu erfüllen, von denen eine zum ersten Mal seit der Organisation dieser Art von interparlamentarischer Ausschusssitzung vollständig persönlich abgehalten wurde.
- Die Stärkung des Mandats der Agentur durch eine Änderung der Eurojust-Verordnung war vor dem Hintergrund des russischen Angriffs auf die Ukraine symbolisch, da sie die

grenzüberschreitende Dimension der justiziellen Zusammenarbeit stärkte, die nun über die Grenzen der EU hinausreicht;

- Da die Agentur ihr 20-jähriges Bestehen feierte, bot die dritte interparlamentarische Ausschusssitzung zu Eurojust die Gelegenheit, gemeinsam über die Erfahrungen der letzten 20 Jahre nachzudenken, in denen Eurojust gewachsen ist.

4. INTERPARLAMENTARISCHE AUSSCHUSSSITZUNGEN UND SONSTIGE INTERPARLAMENTARISCHE ZUSAMMENARBEIT

4.1. Interparlamentarische Ausschusssitzungen

Interparlamentarische Ausschusssitzungen sind die vom Europäischen Parlament normalerweise genutzte Art von Sitzungen für einen gezielten Austausch zwischen Fachausschüssen zu wichtigen rechtlichen und politischen Fragen gemäß Artikel 9 und 10 des den Verträgen beigefügten Protokolls Nr. 1. Der Präsident des Europäischen Parlaments übermittelt den Präsidenten aller nationalen Parlamente jedes Semester den Kalender der interparlamentarischen Ausschusssitzungen.

Die Ausschüsse des Europäischen Parlaments organisieren jährlich bis zu 20 interparlamentarische Ausschusssitzungen, zu denen sie die entsprechenden Ausschüsse der nationalen Parlamente der EU einladen, um gezielte Aussprachen zu führen. Interparlamentarische Ausschusssitzungen haben sich als geschätztes Mittel für die Mitglieder des Europäischen Parlaments erwiesen, um einen Meinungsaustausch mit ihren nationalen Kollegen zu führen. Interparlamentarische Ausschusssitzungen sind nicht nur ein Forum für den Austausch über legislative Fragen und tragen damit zu einer besseren Rechtsetzung bei; sie sind vielmehr auch eine Plattform für die Erörterung politischer Fragen von gemeinsamem Interesse und für Treffen mit Kommissionsmitgliedern und dem HR/VP. Interparlamentarische Ausschusssitzungen werden auf Initiative eines oder mehrerer Ausschüsse des Europäischen Parlaments mit Unterstützung der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten gemeinsam organisiert.

Im Jahr 2022 wurden 17 interparlamentarische Ausschusssitzungen von 12 verschiedenen parlamentarischen Ausschüssen^{7,8}, (11 ständige Ausschüsse und 1 Sonderausschuss) mitorganisiert, so dass Debatten zwischen 720 Mitgliedern der nationalen Parlamente und 463 Mitgliedern des Europäischen Parlaments stattfinden konnten. Die höhere Zahl der interparlamentarischen Ausschusssitzungen im Jahr 2022 ist auf die Zeit nach der COVID-19-Pandemie zurückzuführen, da mehrere Ausschüsse beschlossen hatten, ihre ursprünglich für 2020 oder 2021 geplanten Sitzungen auf 2022 zu verschieben.

Die meisten interparlamentarischen Ausschusssitzungen im Jahr 2022 fanden persönlich statt; aber auch Hybrid- und Remote-Formate kamen zum Einsatz. Im hybriden Format nahmen einige der Mitglieder des Europäischen Parlaments und Redner von den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments in Brüssel aus teil, während die Abgeordneten der nationalen Parlamente und anderen Gastredner online teilnahmen.

Der Sonderausschuss zu Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation (INGE), lud Abgeordnete der nationalen Parlamente der drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen zur Teilnahme an seiner Ausschusssitzung am 1. Februar 2022 im Europäischen Parlament in Brüssel ein. Dabei ging es um einen Meinungsaustausch mit den baltischen Staaten über ausländische Einmischung. Die Sensibilisierung für die chinesische und insbesondere die russische Einmischung, welche die baltischen Länder seit vielen Jahren erfahren hatten, könnte zu konkreten Maßnahmen in der EU führen. Es wurde hervorgehoben, dass die EU auf der Grundlage eines gemeinsamen Ansatzes und der Zusammenarbeit auf allen Ebenen in der Lage sein würde, wirksam gegen ausländische Einmischung und feindliche Desinformation vorzugehen.

⁷ [Kalender der interparlamentarischen Aktivitäten mit nationalen Parlamenten im Jahr 2022: Erstes Halbjahr](https://www.europarl.europa.eu/cmsdata/249389/Revised%20calendar%201st%20semester%202022_06.2022.pdf) (https://www.europarl.europa.eu/cmsdata/249389/Revised%20calendar%201st%20semester%202022_06.2022.pdf)

⁸ [Kalender der interparlamentarischen Aktivitäten mit nationalen Parlamenten im Jahr 2022: Zweites Halbjahr](https://www.europarl.europa.eu/cmsdata/254760/Final%20calendar%20second%20semester%202022_updated0102022%20.pdf) (https://www.europarl.europa.eu/cmsdata/254760/Final%20calendar%20second%20semester%202022_updated0102022%20.pdf)

Am **1. Februar 2022** organisierte der **LIBE-Ausschuss** die erste [Interparlamentarische Ausschusssitzung zur „Bewertung von Eurojust“](#), wobei es sich gleichzeitig um die zweite jährliche Sitzung zur Bewertung von Eurojust handelte. Ein ausführlicher Bericht über das Treffen und seine Ergebnisse findet sich in Kapitel 3.2.



[Interparlamentarische Ausschusssitzung des FEMM-Ausschusses](#) anlässlich des Internationalen Frauentags am 3. März 2022 – *Eine anspruchsvolle Zukunft für Europas Frauen nach COVID-19: Psychische Belastung, Gleichstellung der Geschlechter bei der Telearbeit und unbezahlte Pflegearbeit nach der Pandemie (An ambitious future for Europe’s women after COVID-19: Mental load, gender equality in teleworking and unpaid care work after the pandemic)* – Eröffnungsrede von Roberta Metsola, Präsidentin des Europäischen Parlaments

© EU 2022 EP/ Jesús Gomez.

Die [interparlamentarische Ausschusssitzung des FEMM-Ausschusses mit dem Titel „Eine anspruchsvolle Zukunft für Europas Frauen nach COVID-19“, mit dem Untertitel „Psychische Belastung, Gleichstellung der Geschlechter bei der Telearbeit und unbezahlte Pflegearbeit nach der Pandemie“](#) fand am 3. März 2022 im Europäischen Parlament in Brüssel statt. Hauptzweck der Sitzung war es, die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern zu erörtern, insbesondere die mangelnde Lohntransparenz und die ungleiche Verteilung der Pflegearbeit angesichts der Pandemie. Die Krise in der Ukraine, die erst kürzlich begonnen hatte, wirkte sich auf die interparlamentarische Ausschusssitzung aus, da viele der Teilnehmer ihre Solidarität mit dem ukrainischen Volk zum Ausdruck brachten. Roberta Metsola, Präsidentin des Europäischen Parlaments, eröffnete die Sitzung. Élisabeth Moreno, französische Ministerin für Geschlechtergleichstellung, Vielfalt und Chancengleichheit, und Věra Jourová, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission für Werte und Transparenz, nahmen ebenfalls teil. Nach der Grundsatzrede der Premierministerin von Island, Katrín Jakobsdóttir, informierte die Vorsitzende des Ausschusses des Parlaments der Ukraine für die Integration der Ukraine in die Europäische Union, Ivanna Klympush-Tsintsadze, über die neuesten Nachrichten zur Lage in der Ukraine.



[Europäische Parlamentarische Woche](#) – *Wirtschaftspolitische Steuerung der EU aus parlamentarischer Sicht, Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union*

© European Union 2022 EP/ Alain Rolland

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (**ECON**), der Haushaltsausschuss (**BUDG**) und der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (**EMPL**) organisierten drei interparlamentarische Ausschusssitzungen im Rahmen der [Europäischen Parlamentarischen Woche](#) (EPW) vom 15.–16. März 2022. Sie bilden die Konferenz zum Europäischen Semester und boten Gelegenheit zum Austausch von Informationen über bewährte Verfahren bei der Umsetzung der Zyklen des Europäischen Semesters. Darüber hinaus eröffnen sich dort Möglichkeiten für eine verstärkte Zusammenarbeit im Hinblick auf eine gründliche Prüfung der Maßnahmen der Exekutive auf nationaler und europäischer Ebene. Mehr Informationen zur EPW finden sich in Kapitel 2.1.

Eine [Interparlamentarische Ausschusssitzung des Unterausschusses Menschenrechte und des Rechtsausschusses über „Corporate responsibility for serious human rights abuses in third countries“](#) (soziale Verantwortung der Unternehmen für schwere Menschenrechtsverletzungen in Drittländern) fand am **21. April 2022** im Remote-Format statt. Anlässlich dieser Sitzung wurde der Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen im Bereich der Nachhaltigkeit und ihre Auswirkungen auf die Verantwortung von Unternehmen für schwere Menschenrechtsverletzungen in Nicht-EU-Ländern erörtert. Die Mitglieder der nationalen Parlamente wurden gebeten, ihre Ansichten und Erfahrungen mit den in ihrem Land verabschiedeten oder geplanten Rechtsvorschriften im Bereich der Sorgfaltspflicht mitzuteilen.



[Interparlamentarische Ausschusssitzung des Rechtsausschusses – Der Subsidiaritätsmechanismus der EU \(The EU's Subsidiarity mechanism\)](#)

© European Union 2022 EP/ Emilie Gomez

Die [Interparlamentarische Ausschusssitzung des Rechtsausschusses mit Titel „The EU's Subsidiarity mechanism“](#) (der Subsidiaritätsmechanismus der EU) fand am 25. April 2022 im Europäischen Parlament in Brüssel per Videokonferenz statt (Fernbeteiligung). Zweck der Sitzung war es, die Effizienz des Subsidiaritätsmechanismus in der EU mit den wichtigsten beteiligten Akteuren zu diskutieren: Parlamentarier, Vertreter der Europäischen Kommission und des Europäischen Ausschusses der Regionen, Experten und Juristen. Die Tagesordnung umfasste Präsentationen und den Meinungsaustausch mit folgenden Schwerpunkten: effizientere begründete Stellungnahmen und Verbesserung des politischen Dialogs; die Rolle des Europäischen Ausschusses der Regionen bei der Subsidiaritätsprüfung; die Bewertung der Verhältnismäßigkeit des EU-Rechts; und bewährte Verfahren zur Verhinderung von „Gold Plating“ bei der Umsetzung des EU-Rechts.

Eine [interparlamentarische Ausschusssitzung des AFCO-Ausschusses zu den ersten Ergebnissen der Konferenz zur Zukunft der Europäischen Union](#) („First results of the Conference on the Future of the European Union“) fand am 17. Mai 2022 im Remote-Format per Videokonferenz statt.. Zweck der Sitzung war es, die Folgemaßnahmen und die Umsetzung der Vorschläge der Konferenz zu erörtern. Dubravka Šuica, EU-Kommissarin für Demokratie und Demografie und Ko-Vorsitzende des Exekutivausschusses der Konferenz zur Zukunft Europas, betonte, dass das Europäische Parlament die Lücke fülle um das Ökosystem der Demokratie zu stärken, und sie zeigte ihr Engagement, diese Praxis mit den Bürgerinnen und Bürgern, lokalen und regionalen Gemeinschaften und nationalen

Institutionen fortzusetzen.

Am 14. Juni 2022 fand [eine interparlamentarische Ausschusssitzung des DEVE-Ausschusses über „The debt crisis in developing countries“](#) (Die Schuldenkrise in Entwicklungsländern) statt, und zwar im Europäischen Parlament in Brüssel per Videokonferenz. Hauptziel der Sitzung war es, die Schuldenkrise in den Entwicklungsländern zu thematisieren und einen Raum zu schaffen, um das Thema mit Experten und den beteiligten Akteuren zu diskutieren. Der Entwicklungsausschuss (DEVE) lud die Mitglieder der nationalen Parlamente ein, ihre Ansichten und Erfahrungen mitzuteilen und damit einen wesentlichen Beitrag zur Diskussion zu leisten. Auf der Tagesordnung standen Präsentationen und der Meinungsaustausch über die Probleme und Lösungen im Zusammenhang mit der Verschuldung der Entwicklungsländer sowie eine Fallstudie zu Sambia.



Interparlamentarische Ausschusssitzung des CONT-Ausschusses über „Common experiences and challenges in exercising budgetary control functions“ (Gemeinsame Erfahrungen und Herausforderungen bei der Wahrnehmung von Haushaltskontrollfunktionen)

© European Union 2022 EP/ Alain Rolland

Eine [Interparlamentarische Ausschusssitzung des CONT-Ausschusses „Common Experiences and Challenges in Exercising Budgetary Control Functions“](#) (gemeinsame Erfahrungen und Herausforderungen bei der Wahrnehmung von Haushaltskontrollfunktionen) fand am 16. Juni 2022 statt. Zu dieser interparlamentarischen Ausschusssitzung wurde eine ausgewählte Anzahl von nationalen Parlamenten eingeladen. Die Sitzung bot ein ausgezeichnetes Forum für eine Debatte und einen Austausch von Informationen und bewährten Verfahren darüber, wie verschiedene EU-Länder Haushaltskontrollfunktionen ausüben. Die Sitzung bot Gelegenheit zum Gedankenaustausch darüber, wie sichergestellt werden kann, dass öffentliche Gelder effizient und wirksam ausgegeben werden und dass potenzieller Betrug verhindert oder aufgedeckt wird.

Am 27. Juni 2022 fand eine [interparlamentarische Ausschusssitzung des AFET-Ausschusses zur EU-Erweiterungspolitik nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine statt](#). Zweck der Sitzung war die Erörterung und der Austausch von Informationen, um die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die Europäische Union und die derzeitigen und potenziellen Bewerberländer der EU zu bewerten. Der Austausch war besonders wichtig, da er im Anschluss an die Tagung des Europäischen Rates vom 23. und 24. Juni 2022 stattfand, bei der die EU-Beitrittsanträge der Ukraine, der Republik Moldau und Georgiens erörtert wurden. Die Debatte über die Sichtweise der nationalen Parlamente zur Zukunft der EU-Erweiterungspolitik war besonders relevant und aktuell.

Drei Ausschüsse, [FEMM-LIBE-EMPL haben am 12 July 2022 eine gemeinsame interparlamentarische Ausschusssitzung über „The rights of Ukrainian women fleeing the war“](#) (die Rechte ukrainischer Frauen, die sich auf der Flucht vor dem Krieg befinden) veranstaltet. Diese interparlamentarische Ausschusssitzung erwies sich als ein ausgezeichnetes Forum für die Mitglieder des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente, um die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die Frauen, die sich auf Flucht vor dem Krieg befinden, und auf die politischen Maßnahmen der EU zu diskutieren, diesbezüglich Informationen auszutauschen und diese zu bewerten. Die

Sitzung bestand aus zwei Podiumsdiskussionen: Die erste Podiumsdiskussion wurde gemeinsam vom FEMM- und vom LIBE-Ausschuss organisiert und befasste sich mit der Situation der ukrainischen Flüchtlingsfrauen im Hinblick auf Aufnahmebedingungen, Schutzmaßnahmen und Sicherheitsrisiken. Die zweite Podiumsdiskussion wurde gemeinsam vom FEMM- und vom EMPL-Ausschuss organisiert und befasste sich mit dem Zugang der Frauen zum Sozialschutz und zum Arbeitsmarkt, zu Wohnraum, Kinderbetreuungseinrichtungen und Bildung.



Interparlamentarische Sitzung des AFCO-Ausschusses – Erste Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas

© European Union 2022 EP/ Philippe Buissin

Eine [Interparlamentarische Ausschusssitzung des AFCO-Ausschusses](#) zu den Schlussfolgerungen der Konferenz zur Zukunft Europas und die Rolle der nationalen Parlamente fand am **26. Oktober 2022** statt. Während dieser zweiten Sitzung diskutierten Mitglieder des Europäischen Parlaments, Abgeordnete der nationalen Parlamente und die drei Ko-Vorsitzenden des Exekutivausschusses der Konferenz zur Zukunft Europas über die Folgemaßnahmen und die Umsetzung der Vorschläge der Konferenz, einschließlich möglicher Vertragsänderungen und der Aufgabe der nationalen Parlamente in der EU. Sie waren sich darin einig, dass es wichtig ist, die Bürgerbeteiligung zu fördern und die Bürgerinnen und Bürger in den politischen Entscheidungsprozess der EU einzubinden.



Interparlamentarische Sitzung des AFCO-Ausschusses – Schlussfolgerungen der Konferenz zur Zukunft Europas und die Rolle der nationalen Parlamente in der EU

© European Union 2022 EP/ Eric Vidal

Die [Interparlamentarische Ausschusssitzung des Unterausschusses Menschenrechte und des Rechtsausschusses über „Universal jurisdiction – improving accountability for serious international crimes“](#) (Universelle Gerichtsbarkeit – Verbesserung der Rechenschaftspflicht bei schweren internationalen Verbrechen) fand am 28. November 2022 in einem hybriden Format statt. Zweck der Sitzung war es, zu erörtern, inwieweit die universelle Gerichtsbarkeit als Teil einer umfassenderen Strategie zur Rechenschaftspflicht eine Rolle spielen kann, die internationale Gerichte und die Strafverfolgung auf anderen Rechtsgrundlagen ergänzt.

Am 30. November 2022 veranstaltete der [AFET-Ausschuss eine zweite interparlamentarische Ausschusssitzung in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments in Brüssel mit dem Titel „Europe in the world – Supporting Ukraine“](#) (Europa in der Welt – Unterstützung für die Ukraine). Die Sitzung bestand aus zwei Diskussionsrunden: die erste war dem Thema „Europe in the world - reinvigorating our global alliances and partnerships“ (Europa in der Welt – die Stärkung unserer globalen Bündnisse und Partnerschaften) gewidmet; die zweite dem Thema „Supporting Ukraine – European resilience, commitment and unity for the challenges ahead“ (Unterstützung für die Ukraine – europäische Resilienz, Engagement und Einheit für die kommenden Herausforderungen).

Die Dritte [interparlamentarische Ausschusssitzung des LIBE-Ausschusses zu „Evaluating Eurojust’s activities“](#) (Bewertung der Tätigkeiten von Eurojust) fand am 30. November 2022, als bei vollständiger persönlicher Anwesenheit statt. Ein ausführlicher Bericht über das Treffen und seine Ergebnisse findet sich in Kapitel 3.2.



Interparlamentarische Sitzung des LIBE-Ausschusses – zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in der EU.

© European Union 2022 EP/ Philippe Buissin

Am folgenden Tag, dem 1. Dezember 2022, organisierte [der LIBE-Ausschuss eine weitere interparlamentarische Ausschusssitzung zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in der EU](#). Die Sitzung, die seit 2020 ein regelmäßiger jährlicher Austausch zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament ist, hat zum Ziel, die gemeinsamen Werte der EU zu fördern und zu schützen, um die Debatte über die Rolle der Union, der Mitgliedstaaten und der nationalen Parlamente in dieser Hinsicht voranzubringen. Die interparlamentarische Ausschusssitzung war in zwei Diskussionsrunden aufgeteilt: die erste konzentrierte sich auf die Resilienz der demokratischen Institutionen und die zweite auf Medienfreiheit und Transparenz als Grundpfeiler der Demokratie. Didier Reynders, EU-Kommissar für Justiz, stellte den Jahresbericht der Kommission zur Rechtsstaatlichkeit vor und Mikuláš Bek, tschechischer Minister für europäische Angelegenheiten, präsentierte die Arbeit des tschechischen Ratsvorsitzes im Bereich Rechtsstaatlichkeit.

Der Sonderausschuss INGE 2 organisierte am **1. Dezember 2022** eine in einem hybriden Format abgehaltene [interparlamentarische Ausschusssitzung über „Legislative Resilience, Electoral Laws and Information Manipulation Campaigns“](#) (Resilienz der Legislative, Wahlgesetze und Informationsmanipulationskampagnen). Es wurden Versuche staatlicher und nichtstaatlicher Akteure erörtert, sich im letzten Jahrzehnt in das demokratische und politische Leben in der EU und ihren Mitgliedstaaten einzumischen. Ein weiteres Thema war die Frage, wie ausländische Akteure versuchen, die Schwachstellen unserer offenen Gesellschaften auszunutzen und das Vertrauen in unsere Institutionen und in die Demokratie im Zusammenhang mit Parlaments- und/oder Präsidentschaftswahlen zu untergraben. Teil der Debatte war auch die Art und Weise, wie böswillige ausländische Akteure mit Hilfe von Informationsmanipulation und anderen Taktiken in demokratische Prozesse eingreifen und wie sie versuchen, die demokratische Staatsführung in den Zielländern zu schwächen. Die Sitzung bot ein gutes Forum für Diskussionen und den Austausch

von Informationen und bewährten Praktiken im Zusammenhang mit ausländischer Einmischung auf EU-, nationaler und internationaler Ebene und vermittelte weitere Erkenntnisse und Fachwissen darüber, wie die Herausforderungen, die sich aus diesen Eingriffen ergeben, angegangen werden können und wie resiliente Demokratien aufgebaut werden können; außerdem wurden mögliche Reaktionen auf ausländische Eingriffe untersucht.



[Interparlamentarische Ausschusssitzung des FEMM-Ausschusses zur durchgängige Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung.](#)

© European Union 2022 EP

Die letzte Sitzung des Jahres war eine, im Remote-Format abgehaltene, interparlamentarische Ausschusssitzung des FEMM-Ausschusses zum „Gender-Mainstreaming“, die am 8 Dezember 2022 stattfand. Dieses Treffen bot den Mitgliedern des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente ein Forum für Diskussionen, den Austausch von Informationen und die Bewertung der Auswirkungen der durchgängigen Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung, insbesondere im Zusammenhang mit dem parlamentarischen Leben. Der Austausch fand in zwei Podiumsdiskussionen statt: über Protokolle zur Bekämpfung von Belästigung, deren Umsetzung und Sanktionen sowie über Aktionspläne zur Gleichstellung der Geschlechter.

Im Jahr 2022 war bei der Teilnahme der Mitglieder des Europäischen Parlaments ein Anstieg (+36 %) zu verzeichnen – von 340 im Jahr 2021 auf 463. Gleichzeitig ging die Beteiligung der Mitglieder der nationalen Parlamente an den interparlamentarischen Ausschusssitzungen zurück (-12 %), von 816 Parlamentariern im Jahr 2021 auf 720 im Jahr 2022. Ein möglicher Grund hierfür könnte die Konzentration von interparlamentarischen Ausschusssitzungen innerhalb eines kurzen Zeitraums sein, was insbesondere für kleinere Kammern eine Herausforderung darstellen könnte.

Die Jahre der COVID-19-Pandemie haben zur Beschleunigung der Nutzung digitaler Instrumente geführt; die Rückkehr zur persönlichen Teilnahme bedeutete jedoch, dass die Teilnehmer von dem Mehrwert persönlicher Kontakte und dem persönlichen Gedankenaustausch profitieren konnten. Während mit Fernsitzungen die Teilnahme an interparlamentarischen Ausschusssitzungen erleichtert wird, ohne dass man dafür reisen muss, wird durch das persönliche Format eine wesentlich stärkere Interaktion zwischen den Mitgliedern ermöglicht. Die Debatten und der Meinungsaustausch sind lebhafter, und es gibt mehr informelle Diskussionen, bilaterale Treffen und Vernetzungsmöglichkeiten bei Kaffeepausen, Abendessen oder Mittagessen.

Eine Liste aller interparlamentarischen Ausschusssitzungen, die die Ausschüsse des Europäischen Parlaments 2022 organisiert haben, sowie detailliertere Statistiken finden Sie in Anhang II.

Die wichtigsten Entwicklungen im Jahr 2022:

- Eine mögliche Erklärung für die große Anzahl von interparlamentarischen Ausschusssitzungen im Jahr 2022 ist die Verschiebung zahlreicher Sitzungen aus dem Jahr 2021.
- Die drei Sitzungsformate – Präsenz-, Hybrid- und Remote-Sitzung– wurden parallel durchgeführt, was zusätzliche Herausforderungen für die Organisation und die administrativen

Aspekte der interparlamentarischen Ausschusssitzungen bedeutete.

- Mit der Rückkehr zu persönlichen Treffen erhöhte sich die Zahl der teilnehmenden MdEP, jedoch verringerte sich die Zahl der teilnehmenden Mitglieder der nationalen Parlamente, insbesondere in Fällen, in denen innerhalb eines kurzen Zeitraums eine große Zahl interparlamentarischer Ausschusssitzungen stattfand.

4.2. Treffen der Präsidenten der nationalen Parlamente mit dem Vorsitzenden des Parlaments der Ukraine und Treffen der Präsidentinnen der Parlamente in der Europäischen Union

Treffen der Präsidenten der nationalen Parlamente mit dem Vorsitzenden des Parlaments der Ukraine am 4. März 2022

Wenige Tage nach dem (völker)rechtswidrigen Einmarsch Russlands in die Ukraine und auf Initiative der Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, trafen sich die Präsidenten der nationalen Parlamente der EU am 4. März 2022 zu einer Online-Fernsitzung mit Ruslan Stefantschuk, dem Vorsitzenden des Parlaments der Ukraine.



Online-Beitrag von Ruslan Stefantschuk, Vorsitzender des Parlaments der Ukraine, am 4. März 2022 während der Online-Fernsitzung mit den Präsidenten der nationalen Parlamente im Sitzungssaal des Europäischen Parlaments.

© European Union 2022 EP/ Jesús Gomez

Mehrere nationale Parlamente und Mitgliedstaaten hatten nach der (völker)rechtswidrigen , unprovokierten und groß angelegten Invasion der Russischen Föderation in die Ukraine, die am 24. Februar 2022 begonnen hatte, erste großzügige Zeichen der Solidarität mit dem Parlament der Ukraine gesetzt. (Für weitere Informationen siehe Abschnitt 4.3. über das Netzwerk zur Unterstützung der Demokratie und IPEX). Eine Woche nach Beginn des Krieges lud die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, die Präsidenten aller nationalen Parlamente der EU zu einer außerordentlichen Sitzung mit dem Vorsitzenden des Parlaments der Ukraine, Ruslan Stefantschuk, ein.

Die außerordentliche Sitzung fand am 4. März 2022 statt. An ihr nahmen über 30 Parlamentspräsidenten und stellvertretende Parlamentspräsidenten teil. Die Veranstaltung wurde in kürzester Zeit organisiert und durchgeführt. Es wurde eine greifbare Demonstration der Unterstützung der nationalen EU-Parlamente und des Europäischen Parlaments für den ukrainischen Kampf für Freiheit in Europa und für die EU-Mitgliedschaft der Ukraine dargestellt. Gleichzeitig wurde die gemeinsame Auffassung gezeigt, dass die parlamentarische Demokratie ein grundlegendes Instrument zur Förderung der gemeinsamen demokratischen Werte ist. Die Veranstaltung hat gezeigt, wie viel durch ihre Förderung und durch die Konsolidierung der Partnerschaft zwischen den Parlamenten erreicht werden kann.

Treffen der Präsidentinnen der Parlamente in der Europäischen Union am 12. Oktober 2022.

Auf Veranlassung des polnischen Sejm und auf Initiative seiner Präsidentin Elżbieta Witek trafen sich die Präsidentinnen der Parlamente der Europäischen Union im April und Mai 2022, um über die Notlage der ukrainischen Flüchtlingsfrauen zu diskutieren. Der Einmarsch der Russischen Föderation in der Ukraine führte dazu, dass viele Menschen aus Angst um ihr Leben aus dem Land flohen. Dabei handelte es sich bei den meisten um Frauen und Kinder.

Auf Initiative der polnischen und tschechischen Parlamentspräsidenten veranstaltete das Europäische Parlament am 12. Oktober 2022 ein Folgetreffen. Den Vorsitz führten die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, und die Präsidentin der Abgeordnetenkammer der Tschechischen Republik, Markéta Pekarová Adamová, als Vertreterin des tschechischen Ratsvorsitzes. An der Veranstaltung nahmen die Präsidenten des polnischen Sejm, des Repräsentantenhauses von Zypern, des litauischen Seimas, des rumänischen Senats sowie die stellvertretenden Präsidenten der lettischen Saeima und der slowenischen Nationalversammlung (Državni Zbor) teil. Die stellvertretende Vorsitzende des Parlaments der Ukraine, Olena Kondratiuk, nahm ebenfalls an der Veranstaltung teil.



Treffen der Parlamentspräsidentinnen in der Europäischen Union: Meinungsaustausch mit Roberta Metsola, Präsidentin des Europäischen Parlaments, Familienfoto © European Parliament

© European Parliament

Bei diesem Treffen hatten die Parlamentspräsidentinnen Gelegenheit, Fragen im Zusammenhang mit der Bewältigung der Ankunft von Frauen, Kindern und älteren Menschen aus der vom Krieg zerrütteten Ukraine und ihrer Integration sowie mit der Bewältigung sozialer Fragen wie dem Zugang zum Sozialschutz, zum Arbeitsmarkt und zum Bildungs- und Gesundheitssystem zu erörtern. Darüber hinaus bot das Treffen den Parlamentspräsidentinnen die Gelegenheit, über die barbarischen Raketenangriffe Russlands auf Spielplätze, Fußgängerbrücken, Energieanlagen, Museen und belebte Straßen in ukrainischen Städten zu sprechen, die unmittelbar vor und während des Treffens stattgefunden hatten. Die Teilnehmer hatten während ihres Besuchs auch Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch mit Sviatlana Tsikhanouskaya, der Führerin der demokratischen Kräfte von Belarus und Sacharow-Preisträgerin 2020.

Die Ko-Vorsitzenden gaben eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie die russischen Angriffe auf zivile Ziele in der Ukraine unmissverständlich verurteilten, die Einrichtung eines internationalen Sondertribunals unterstützten, um die Täter für ihre Kriegsverbrechen zur Rechenschaft zu ziehen, und zu kontinuierlicher Unterstützung der Ukrainerinnen und Ukrainer in der Ukraine und in anderen Ländern aufriefen. Die gemeinsame Erklärung wurde von allen Parlamentspräsidentinnen einstimmig unterstützt.

4.3. Interparlamentarische Zusammenarbeit im Bereich des auswärtigen Handelns der EU und multilaterale parlamentarische Versammlungen

In den letzten paar Jahren haben die parlamentarische Demokratie, die Unterstützung des Kapazitätsaufbaus und Maßnahmen im Bereich der Grundrechte strategische Bedeutung erlangt und sind zu einem Schwerpunkt von gemeinsamem Interesse für die Parlamente in der EU geworden. Die zufriedenstellenden Ergebnisse des interparlamentarischen Austauschs in diesen Bereichen haben die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten ermutigt, die strategische Zusammenarbeit zwischen den EU-Parlamenten und dem Europäischen Parlament auf dem Gebiet der parlamentarischen Demokratie zu fördern. In Zusammenarbeit mit der Generaldirektion Externe Politikbereiche ist das Ziel dieses dreijährigen Projekts die Schaffung eines Netzwerks von Kollegen aus EU-Parlamenten, die sich mit Programmen mit Parlamenten von Nicht-EU-Ländern befassen, welche die Demokratie in ihren verschiedenen Aspekten stärken sollen. Durch die Verbesserung und Konsolidierung informeller Kontakte und Kanäle, den Austausch von Dokumenten und Informationen sowie die Vorbereitung von parlamentarischen Treffen mit den nationalen Parlamentsdiensten soll letztlich ein Beitrag zur verstärkten Förderung der grundlegenden EU-Werte durch die externen Maßnahmen der Union geleistet werden.

Der Austausch zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten in den Bereichen des auswärtigen Handelns der EU hat im Laufe der Jahre sowohl in Bezug auf die Häufigkeit als auch auf die Vielfalt der Veranstaltungen zugenommen. Als Reaktion auf das wachsende gemeinsame Interesse und unter Berücksichtigung der vielversprechenden Ergebnisse des Abschnitts der IPEX-Plattform, der der Unterstützung der Demokratie gewidmet ist, hat die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten zusammen mit der Generaldirektion Externe Politikbereiche (GD EXPO) beschlossen, für den Zeitraum 2022–2024 ein strategisches Projekt ins Leben zu rufen, das die Einrichtung eines ständigen Austauschs zwischen den Parlamenten in den folgenden Bereichen fördern soll:

- Multilaterale parlamentarische Versammlungen und Foren
- Unterstützung der Demokratie und Heranführungshilfe
- Wahlbeobachtungsdelegationen
- Maßnahmen im Bereich Menschenrechte
- Vermittlung

Das gemeinsame Ziel dieses strategischen Austauschs zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten besteht darin, die Synergien zu verbessern und Überschneidungen in der Arbeit der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments in diesem Bereich zu vermeiden sowie eine bessere parlamentarische Kontrolle und Überprüfung der EU im Hinblick auf ihre externe Dimension zu ermöglichen.

Im Jahr 2022, das mit dem russischen Angriff auf die Ukraine begann, hat sich gezeigt, wie nützlich die bestehenden Formen des Austauschs sind. Unmittelbar nach dem Einmarsch in die Ukraine richteten sowohl das Europäische Parlament als auch die nationalen Parlamente mehrere Austauschformate ein, um alle institutionellen Maßnahmen und die Verabschiedung von Dokumenten im Zusammenhang mit dem Krieg und der Unterstützung der Ukraine zu überwachen und zu verfolgen. Auf der IPEX-Plattform wurde sofort eine der Ukraine gewidmete Rubrik eingerichtet. Da die Invasion auch als eine Kriegserklärung gegen die Grundwerte der EU und ihrer Bewerberländer betrachtet werden könnte, führte sie zu einer weiteren Stärkung des bereits starken Bewusstseins für die Notwendigkeit eines strukturierten parlamentarischen Austauschs.

[Netzwerk zur Unterstützung der Demokratie](#)

Die nationalen Parlamente in der EU und das Europäische Parlament haben mehrere Aktivitäten zur Unterstützung der Demokratie mit den Parlamenten von Nicht-EU-Ländern eingeleitet, die sich in Bezug auf Engagement, Instrumente und Prioritäten unterscheiden. Ziel dieses Netzwerks zwischen den Mitarbeitern des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente in der EU ist es, das gegenseitige Verständnis durch Wissensaustausch und den Austausch bewährter Verfahren zu verbessern.

IPEX ermöglicht es den am Netzwerk zur Unterstützung der Demokratie beteiligten Mitarbeitern der Parlamente, ihre Aktivitäten zu teilen. Ziel ist es, die Zusammenarbeit auf administrativer und politischer Ebene zu erleichtern, indem allen Akteuren ein umfassender Überblick über die in Vorbereitung befindlichen, laufenden oder abgeschlossenen Aktivitäten in einem bestimmten Partnerparlament ermöglicht wird. Jedes nationale Parlament in der EU hat eine Person ausgewählt, die in jeder Kammer für das Netzwerk verantwortlich ist.



Eine spezielle [Webseite auf der IPEX-Website ist den demokratieunterstützenden Aktivitäten](#) des Netzwerks zur Unterstützung der Demokratie der nationalen Parlamente in der EU und des Europäischen Parlaments gewidmet.

Im Laufe des Jahres 2022 fanden mehrere Sitzungen statt, darunter die erste persönliche [Sitzung des Netzwerks zur Unterstützung der Demokratie, die am 1. Dezember 2022 in Brüssel abgehalten wurde.](#)

Das Treffen wurde in Zusammenarbeit mit dem Referat Unterstützung der Parlamente und Kapazitätsaufbau der Direktion Demokratieförderung der GD EXPO organisiert. An ihr nahmen Vertreter von 22 nationalen Parlamenten/Kammern auf Mitarbeitererebene teil.

Sie war in drei Podiumsdiskussionen unterteilt, und im Anschluss an die Eröffnungsansprache fand ein Meinungsaustausch über Aktivitäten auf dem Westbalkan statt, an dem ausgewählte nationale Parlamente teilnahmen: Tschechien, Schweden, Ungarn, Österreich, Kroatien und Deutschland, die im Bereich der Demokratieförderung in den Ländern des westlichen Balkans besonders aktiv sind, stellten ihre Arbeitserfahrungen vor. Eine sehr ausführliche und fruchtbare Diskussion unter den Teilnehmern führte zu einer erneuten Bereitschaft zur weiteren Zusammenarbeit im Rahmen des Netzwerks zur Unterstützung der Demokratie auf der Grundlage eines gemeinsamen und pragmatischen Verständnisses, das künftig zu konkreten Ergebnissen führen dürfte.

Die neue institutionelle Realität, die durch die Schaffung der Generaldirektion Partnerschaften für die parlamentarische Demokratie im Europäischen Parlament zum Ausdruck kommt, wird die Entwicklung des multilateralen parlamentarischen Strukturaustauschs positiv beeinflussen.

Die Ziele für 2023 bestehen darin, die Chancen und Herausforderungen der bestehenden Instrumente und Netzwerke für die interparlamentarische Zusammenarbeit im Bereich der parlamentarischen Demokratie zu bewerten und anzugehen; zur Erstellung eines gemeinsamen

Kalenders interparlamentarischer Veranstaltungen im Zusammenhang mit den ausgewählten spezifischen Bereichen beizutragen und einen kontinuierlichen regelmäßigen Austausch innerhalb des Netzwerks zur Unterstützung der Demokratie zu fördern, insbesondere durch Unterstützung der Organisation jährlicher persönlicher Treffen, die von einem der beteiligten Parlamente ausgerichtet werden.

Die wichtigsten Entwicklungen im Jahr 2022:

- Das erste persönliche Treffen des Netzwerks zur Unterstützung der Demokratie fand am 1. Dezember 2022 in Brüssel statt und dabei wurde die Bereitschaft aller Teilnehmer deutlich, die Zusammenarbeit auf der Grundlage eines konkreten, pragmatischen Ansatzes weiterzuentwickeln und zu stärken.

4.4. Bilaterale Besuche und sonstiger bilateraler Austausch

Bilaterale Besuche von nationalen Parlamenten der EU beim Europäischen Parlament sind ein sich ständig fortentwickelndes Instrument sowie ein Format für den interparlamentarischen Dialog. Dieses Format bietet einen sehr zielgerichteten, maßgeschneiderten, flexiblen und kosten- und zeitsparenden Rahmen. Es ermöglicht die Erörterung von Fragen, die für die einzelnen nationalen Parlamente von Belang sind.

Außerdem können andere bilaterale Austauschmaßnahmen eine nützliche Form der interparlamentarischen Zusammenarbeit in kleinerem Rahmen sein, wenn Mitglieder der Parlamente die Zusammenarbeit ins Leben rufen, sich auf bestimmte Themen fokussieren oder die Zusammenarbeit in konkreten Bereichen von gegenseitigem Interesse vertiefen wollen.

Bilaterale Besuche sind traditionell ein wichtiges Element der interparlamentarischen Zusammenarbeit. Die Treffen können auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Formaten stattfinden, von politischen Erörterungen auf höchster Ebene bis hin zu Studienbesuchen auf der Ebene fachspezifischer Mitarbeiter.

Nach einer langen Pause wurden 2022 die persönlichen bilateralen Besuche und der Austausch wieder aufgenommen, so fanden 26 Besuche von nationalen Parlamenten statt. Auch wenn ihre Zahl deutlich unter dem Niveau vor der Pandemie lag, war dies dennoch eine äußerst positive Entwicklung. Im Vergleich dazu fanden aufgrund der COVID-19-Situation und der im Europäischen Parlament herrschenden Bedingungen im Jahr 2021 praktisch keine Besuchsdelegationen oder persönlichen Besuche statt.

Die Besuche waren sowohl politischer Natur, einschließlich hochrangiger Besuche (Parlamentspräsidenten oder Minister) und Besuche von Mitgliedern des Europäischen Parlaments, als auch administrativer Natur. Nationale Parlamentarier tauschten sich mit ihren Kollegen aus den entsprechenden Fachausschüssen des Europäischen Parlaments aus, insbesondere im Bereich der internen Politikbereiche. Bei den Besuchen von Mitarbeitern kamen Beamte aus verschiedenen Dienststellen zusammen, unter anderem auch aus den Sekretariaten der Ausschüsse. Das schwedische und das spanische Parlament nahmen an Studienbesuchen teil, welche die optimale Vorbereitung der parlamentarischen Dimension der kommenden Ratsvorsitze zum Ziel hatten.

Im Gegensatz zu 2021 wurde 2022 kein bilateraler Austausch zwischen Mitgliedern des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente im Remote-Format organisiert; allerdings wurde bei COSAG-Veranstaltungen und interparlamentarischen Ausschusssitzungen häufig auf Videokonferenzen zurückgegriffen.

Eine umfassende Liste der bilateralen Besuche und des Austausches findet sich in Anhang III.

Die wichtigsten Entwicklungen im Jahr 2022:

- Dank der Verbesserung der epidemiologischen Situation und der Lockerung der Zugangsbeschränkungen zum Europäischen Parlament konnten die bilateralen Besuche der nationalen Parlamente der EU in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments endlich wieder aufgenommen werden, auch wenn ihre Zahl geringer ausfiel als in den Jahren vor der Pandemie.
- Videokonferenzen, die im Jahr 2021 das wichtigste Format für den bilateralen Austausch waren, wurden nicht mehr eingesetzt, auch wenn sie weiterhin ein wichtiges Kommunikationsmittel für den direkten und gezielten bilateralen Austausch darstellen.

5. LEGISLATIVE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN NATIONALEN PARLAMENTEN DER EU

5.1. Frühwarnsystem und Protokoll Nr. 2 zu den Verträgen

Gemäß dem (in Artikel 5 EUV verankerten) Subsidiaritätsprinzip darf die Union in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig werden, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden können und daher auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind. Nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit dürfen die Maßnahmen der Union inhaltlich wie formal nicht über das zur Erreichung der Ziele der Verträge erforderliche Maß hinausgehen.

Die nationalen Parlamente stellen die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips nach dem Verfahren sicher, das in Protokoll Nr. 2 zum Vertrag über die Europäische Union und zum Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union zur Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit festgelegt ist. In diesem Protokoll ist ein Überprüfungsmechanismus festgelegt, und zwar das Frühwarnsystem (FWS). Gemäß diesem Mechanismus können die nationalen Parlamente oder die Kammern eines dieser Parlamente binnen acht Wochen nach dem Zeitpunkt der Übermittlung eines Entwurfs eines Gesetzgebungsakts in einer begründeten Stellungnahme an die Präsidenten der Organe darlegen, weshalb der Entwurf ihres Erachtens nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist.

5.1.1 Frühwarnsystem

Im Rahmen des FWS werden Ausführungen der nationalen Parlamente der EU entsprechend den folgenden Kategorien geprüft⁹:

1. Begründete Stellungnahme: wenn das Dokument unter dieser Bezeichnung eingereicht wurde, innerhalb der in Artikel 6 des Protokolls Nr. 2 zu den Verträgen¹⁰ genannten Frist von acht Wochen eingegangen ist und die Nichteinhaltung des Subsidiaritätsprinzips betrifft;
2. Beitrag: wenn das Dokument die oben genannten Kriterien nicht erfüllt.

Erreicht die Anzahl begründeter Stellungnahmen mindestens ein Drittel der Gesamtzahl der den nationalen Parlamenten zugewiesenen Stimmen, so muss der Entwurf überprüft werden (gelbe Karte). Das Organ, das den Entwurf des Gesetzgebungsaktes verfasst hat, kann beschließen, an dem Entwurf festzuhalten, ihn zu ändern oder ihn zurückzuziehen, wobei dieser Beschluss zu begründen ist. Bei Vorschriften im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen liegt die Schwelle niedriger (ein Viertel der Stimmen).

Stellen die nationalen Parlamente die Vereinbarkeit eines Gesetzgebungsakts mit dem Subsidiaritätsprinzip im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens mit mindestens einfacher Stimmenmehrheit in Frage, muss die Kommission ihren Vorschlag überprüfen und

⁹ Siehe Dokument der Konferenz der Ausschussvorsitze vom 15. Dezember 2010: „Gemeinsames Konzept für die Behandlung begründeter Stellungnahmen und aller sonstigen Beiträge nationaler Parlamente auf Ausschussebene“.

¹⁰ Artikel 6 des Protokolls Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit: „Die nationalen Parlamente oder die Kammern eines dieser Parlamente können binnen acht Wochen nach dem Zeitpunkt der Übermittlung eines Entwurfs eines Gesetzgebungsakts in den Amtssprachen der Union in einer begründeten Stellungnahme an die Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission darlegen, weshalb der Entwurf ihres Erachtens nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist. Dabei obliegt es dem jeweiligen nationalen Parlament oder der jeweiligen Kammer eines nationalen Parlaments, gegebenenfalls die regionalen Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen zu konsultieren.“

entscheiden, ob sie ihn beibehält, ändert oder zurückzieht. Beschließt sie, ihren Vorschlag beizubehalten, wird die Angelegenheit an den Gesetzgeber (das Europäische Parlament und den Rat) verwiesen, und die Kommission muss ihren Beschluss begründen (orangene Karte). Ist der Gesetzgeber der Ansicht, dass der Legislativvorschlag nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip im Einklang steht, kann er ihn mit der Mehrheit von 55 % der Mitglieder des Rates oder einer einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen im Europäischen Parlament ablehnen. Das Verfahren der „gelben Karte“ wurde bislang dreimal ausgelöst¹¹, während das Verfahren der „orangefarbenen Karte“ noch nie zum Einsatz gekommen ist.

Innerhalb des Europäischen Parlaments ist der Rechtsausschuss (JURI) für die Überwachung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips im Zusammenhang mit begründeten Stellungnahmen zuständig¹². Alle sechs Monate wird ein Mitglied des Ausschusses auf der Grundlage eines Rotationsverfahrens zwischen den Fraktionen zum ständigen Berichterstatter für Subsidiaritätsfragen ernannt.

Nacho Sánchez Amor (S&D) MdEP und Karen Melchior (Renew)¹³ MdEP übernahmen im Jahr 2022 die Aufgabe der ständigen Berichterstatter für Subsidiaritätsfragen. In diesem Zusammenhang erstellt der JURI-Ausschuss regelmäßig einen Bericht über den von der Kommission verfassten Jahresbericht über Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit.

5.1.2 Ausführungen der nationalen Parlamente der EU

2022 erhielt das Europäische Parlament offiziell 265 Anträge von den nationalen Parlamenten gemäß Protokoll Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit. Von diesen 265 Anträgen waren 34 (13 %) begründete Stellungnahmen und 231 (87 %) Beiträge (Anträge, in denen keine Bedenken hinsichtlich der Subsidiarität geäußert wurden).

Zum Vergleich: Im Jahr 2021 waren es 227 Anträge, von denen 24 begründete Stellungnahmen und 203 Beiträge waren.

Im Jahr 2022 reichten 13 von 39 Parlamenten/Kammern begründete Stellungnahmen sowie 19 Beiträge ein.

¹¹ Das Verfahren der „gelben Karte“ kam 2012 bei einem Vorschlag der Kommission für eine Verordnung betreffend die Ausübung des Rechts auf Durchführung kollektiver Maßnahmen im Kontext der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit („Monti II“) zum Einsatz. Die Kommission zog schließlich ihren Vorschlag zurück, war aber dennoch der Ansicht, dass kein Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip vorlag. Das Verfahren wurde erneut 2013 nach der Vorlage des Vorschlags für eine Verordnung zur Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft angewendet. Die Kommission beschloss, [an dem Vorschlag festzuhalten](#), und führte an, dass er mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar sei. Schließlich wurde es im Jahr 2016 gegen den [Vorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern](#) erneut angewendet. Die Kommission legte für die Aufrechterhaltung ihres Vorschlags eine ausführliche [Begründung](#) vor, in der sie geltend machte, dass es sich bei der Entsendung von Arbeitnehmern definitionsgemäß um einen grenzüberschreitenden Sachverhalt handle und daher nicht gegen das Subsidiaritätsprinzip verstoßen werde.

¹² Anhang VI Abschnitt XVI der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments besagt, dass der Rechtsausschuss zuständig ist für: „die Auslegung, Anwendung und Überwachung des Unionsrechts, die Übereinstimmung der Rechtsakte der Union mit dem Primärrecht, insbesondere die Wahl der Rechtsgrundlagen und die Einhaltung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit“.

¹³ Socialists and Democrats“ (S&D) und „Renew Europe Group“ (Renew) sind politische Fraktionen im Europäischen Parlament.

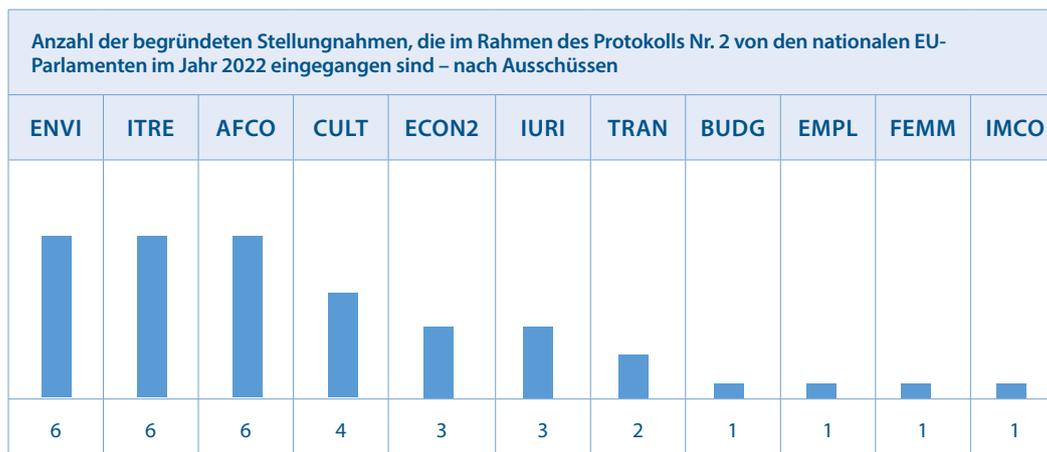
Anzahl der begründeten Stellungnahmen, die im Rahmen des Protokolls Nr. 2 von den nationalen EU-Parlamenten im Jahr 2022 eingegangen sind – nach Kammern

SE Riksdag	CZ Poslanecká sněmovna	FR Sénat	CZ Senát	DK Folketinget	BG Narodno Sabranie	DE Bundesrat	FI Eduskunta	HU Országgyűlés	IE Dal Eireann	IE Seanad Éireann	NL Tweede Kamer	NL Eerste Kamer
13	5	4	2	2	1	1	1	1	1	1	1	1

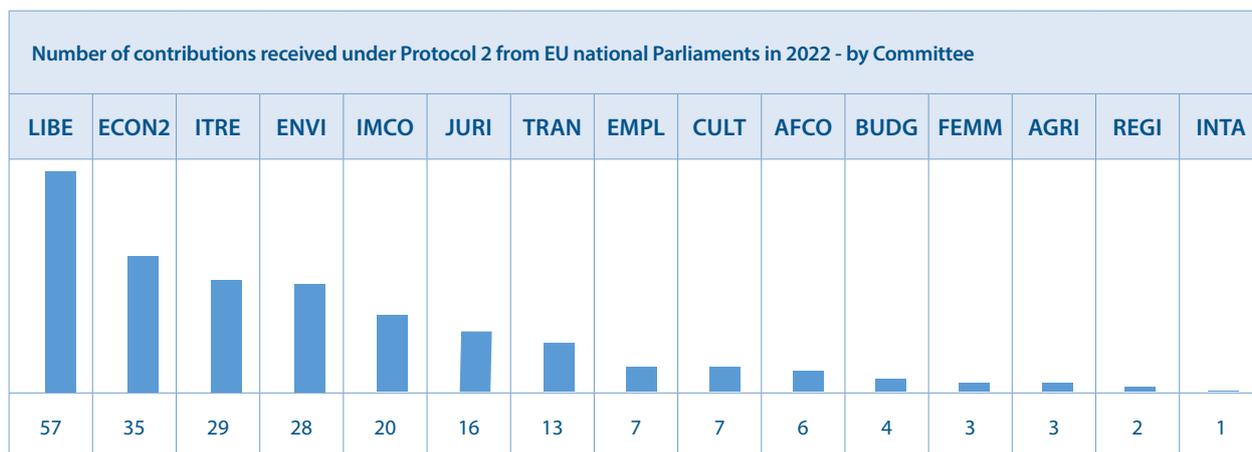
Die aktivsten Parlamente bei der Übermittlung von begründeten Stellungnahmen waren der schwedische Riksdag mit 13 begründeten Stellungnahmen, das tschechische Abgeordnetenhaus mit 5 und der französische Senat mit 4.

Anzahl der Beiträge, die im Rahmen des Protokolls Nr. 2 von den nationalen EU-Parlamenten im Jahr 2022 eingegangen sind – nach Kammern			
Country	Parliaments/Chambers	Contributions	
ES	Cortes	58	
CZ	Senát	55	
CZ	Poslanecká snemovna	21	
DE	Bundesrat	17	
PT	Assembleia da Republica	16	
NL	Eerste Kamer	13	
RO	Senat	11	
IT	Camera dei deputati	9	
IT	Senato	6	
FR	Sénat	6	
IE	Houses of Oireachtas	5	
AT	Bundesrat	3	
RO	Camera deputatilor	2	
FR	Assemblée nationale	2	
DK	Folketinget	2	
HU	Országgyűlés	1	
FI	Eduskunta	1	
BG	Narodno Sabranie	1	
BE	Sénat	1	
SE	Riksdag	1	

Bei den Beiträgen waren die aktivsten Parlamente/Kammern jeweils das spanische Parlament mit 58 eingereichten Beiträgen, der tschechische Senat mit 55 und das tschechische Abgeordnetenhaus mit 21. Eine ausführlichere Statistik für 2022 findet sich in Anhang IV.



Die Ausschüsse, welche die **meisten begründeten Stellungnahmen** erhielten (mit jeweils sechs begründeten Stellungnahmen) waren der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, der Ausschuss für konstitutionelle Fragen und der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie.



Die Ausschüsse, bei denen die meisten Beiträge eingingen, waren der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (57 Beiträge), der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (35 Beiträge) und der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (29 Beiträge).

Seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Jahr 2009 wurden den nationalen Parlamenten zur Prüfung gemäß Protokoll Nr. 2 zum Vertrag von Lissabon insgesamt **1 176** Entwürfe von Rechtsakten übermittelt. Als Reaktion erhielt das Europäische Parlament **3 946 Dokumente** nationaler Parlamente. **545 (14 %) davon sind begründete Stellungnahmen**, die restlichen **3 401 (86 %) sind Beiträge**.

Diese Statistiken belegen, dass die nationalen Parlamente der EU das Protokoll Nr. 2 häufiger als Mittel genutzt haben, um ihre Standpunkte zum Inhalt der Vorschläge zum Ausdruck zu bringen als zur Subsidiarität. Dies könnte ihren Wunsch widerspiegeln, stärker in den inhaltlichen Gesetzgebungsprozess einbezogen zu werden.

Die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten stellt sicher, dass alle von den nationalen Parlamenten übermittelten Dokumente den Mitgliedern, politischen Gremien und den Dienststellen des Europäischen Parlaments zur Verfügung gestellt werden. Die Direktion stellt ihnen, insbesondere den Berichterstattern, während des gesamten Gesetzgebungszyklus spezifisches Fachwissen und Informationen über die Ausführungen der nationalen Parlamente der EU zur Verfügung, die als Grundlage für die Ausarbeitung von Ausschussberichten und für Trilog-Verhandlungen mit dem

Rat verwendet wurden. Die Direktion stellt monatlich im Rahmen der Aufzeichnung zum aktuellen Stand gemäß Protokoll Nr. 2 des Vertrags von Lissabon Fakten, Zahlen und Statistiken über die Zahl und Art dieser Dokumente zur Verfügung und verwaltet die CONNECT-Datenbank¹⁴, in der alle begründeten Stellungnahmen und Beiträge der nationalen Parlamente enthalten sind.

Die wichtigsten Entwicklungen im Jahr 2022:

- Die Zahl der Dokumente von nationalen Parlamenten stieg um 16 % von 227 im Jahr 2021 auf 265 im Jahr 2022.
- Bei der Mehrheit dieser Dokumente (86 %) handelte es sich um Beiträge, in denen keine Bedenken hinsichtlich der Subsidiarität geäußert wurden. Diese Zahl beweist die Bereitschaft der nationalen Parlamente, ihre Bedenken und Meinungen zum Inhalt der Vorschläge zu äußern. Dieser Frühwarnmechanismus wird in erster Linie als Instrument für den legislativen Dialog mit den Mitgesetzgebern der EU genutzt.

5.1.3 Monatliche Aufzeichnung zum aktuellen Stand

Die Direktion Beziehungen mit den nationalen Parlamenten erstellt auch eine monatliche Aufzeichnung über die begründeten Stellungnahmen und Beiträge, die gemäß Protokoll Nr. 2 eingereicht wurden (State of Play Note). Diese Aufzeichnung, die den Mitgliedern und den zuständigen Dienststellen des Europäischen Parlaments sowie den nationalen Parlamenten übermittelt wird, liefert einen Überblick über alle seit der letzten Aufzeichnung eingegangenen Dokumente und enthält Verweise auf alle Gesetzgebungsakte, die bei der kommenden Plenarsitzung des Europäischen Parlaments auf der Tagesordnung stehen. Die Aufzeichnung ist auch den Sitzungsunterlagen der Konferenz der Ausschussvorsitze des Europäischen Parlaments beigelegt. Die Aufzeichnung zum aktuellen Stand wird ferner schon im Vorfeld einer jeden Plenarsitzung des Europäischen Parlaments auf der Website der Direktion veröffentlicht.

The screenshot shows a document titled 'State of Play Note' with a table summarizing legislative acts. The table has the following columns: 'EU legislative instrument', 'Proposals', 'Repealed decisions', 'Amendments', and 'Subsidiarity principle and proportionality principle'. The table lists various acts such as '2022/0100', '2022/0101', '2022/0102', etc., with corresponding counts in each column. A QR code is visible on the right side of the document.

EU legislative instrument	Proposals	Repealed decisions	Amendments	Subsidiarity principle and proportionality principle
2022/0100	1	0	1	1
2022/0101	1	0	0	1
2022/0102	1	0	1	1
2022/0103	1	0	1	1
2022/0104	1	0	1	1
2022/0105	1	0	1	1
2022/0106	1	0	1	1
2022/0107	1	0	1	1
2022/0108	1	0	1	1
2022/0109	1	0	1	1
2022/0110	1	0	1	1
2022/0111	1	0	1	1
2022/0112	1	0	1	1
2022/0113	1	0	1	1
2022/0114	1	0	1	1
2022/0115	1	0	1	1
2022/0116	1	0	1	1
2022/0117	1	0	1	1
2022/0118	1	0	1	1
2022/0119	1	0	1	1
2022/0120	1	0	1	1
2022/0121	1	0	1	1
2022/0122	1	0	1	1
2022/0123	1	0	1	1
2022/0124	1	0	1	1
2022/0125	1	0	1	1
2022/0126	1	0	1	1
2022/0127	1	0	1	1
2022/0128	1	0	1	1
2022/0129	1	0	1	1
2022/0130	1	0	1	1
2022/0131	1	0	1	1
2022/0132	1	0	1	1
2022/0133	1	0	1	1
2022/0134	1	0	1	1
2022/0135	1	0	1	1
2022/0136	1	0	1	1
2022/0137	1	0	1	1
2022/0138	1	0	1	1
2022/0139	1	0	1	1
2022/0140	1	0	1	1
2022/0141	1	0	1	1
2022/0142	1	0	1	1
2022/0143	1	0	1	1
2022/0144	1	0	1	1
2022/0145	1	0	1	1
2022/0146	1	0	1	1
2022/0147	1	0	1	1
2022/0148	1	0	1	1
2022/0149	1	0	1	1
2022/0150	1	0	1	1
2022/0151	1	0	1	1
2022/0152	1	0	1	1
2022/0153	1	0	1	1
2022/0154	1	0	1	1
2022/0155	1	0	1	1
2022/0156	1	0	1	1
2022/0157	1	0	1	1
2022/0158	1	0	1	1
2022/0159	1	0	1	1
2022/0160	1	0	1	1
2022/0161	1	0	1	1
2022/0162	1	0	1	1
2022/0163	1	0	1	1
2022/0164	1	0	1	1
2022/0165	1	0	1	1
2022/0166	1	0	1	1
2022/0167	1	0	1	1
2022/0168	1	0	1	1
2022/0169	1	0	1	1
2022/0170	1	0	1	1
2022/0171	1	0	1	1
2022/0172	1	0	1	1
2022/0173	1	0	1	1
2022/0174	1	0	1	1
2022/0175	1	0	1	1
2022/0176	1	0	1	1
2022/0177	1	0	1	1
2022/0178	1	0	1	1
2022/0179	1	0	1	1
2022/0180	1	0	1	1
2022/0181	1	0	1	1
2022/0182	1	0	1	1
2022/0183	1	0	1	1
2022/0184	1	0	1	1
2022/0185	1	0	1	1
2022/0186	1	0	1	1
2022/0187	1	0	1	1
2022/0188	1	0	1	1
2022/0189	1	0	1	1
2022/0190	1	0	1	1
2022/0191	1	0	1	1
2022/0192	1	0	1	1
2022/0193	1	0	1	1
2022/0194	1	0	1	1
2022/0195	1	0	1	1
2022/0196	1	0	1	1
2022/0197	1	0	1	1
2022/0198	1	0	1	1
2022/0199	1	0	1	1
2022/0200	1	0	1	1
2022/0201	1	0	1	1
2022/0202	1	0	1	1
2022/0203	1	0	1	1
2022/0204	1	0	1	1
2022/0205	1	0	1	1
2022/0206	1	0	1	1
2022/0207	1	0	1	1
2022/0208	1	0	1	1
2022/0209	1	0	1	1
2022/0210	1	0	1	1
2022/0211	1	0	1	1
2022/0212	1	0	1	1
2022/0213	1	0	1	1
2022/0214	1	0	1	1
2022/0215	1	0	1	1
2022/0216	1	0	1	1
2022/0217	1	0	1	1
2022/0218	1	0	1	1
2022/0219	1	0	1	1
2022/0220	1	0	1	1
2022/0221	1	0	1	1
2022/0222	1	0	1	1
2022/0223	1	0	1	1
2022/0224	1	0	1	1
2022/0225	1	0	1	1
2022/0226	1	0	1	1
2022/0227	1	0	1	1
2022/0228	1	0	1	1
2022/0229	1	0	1	1
2022/0230	1	0	1	1
2022/0231	1	0	1	1
2022/0232	1	0	1	1
2022/0233	1	0	1	1
2022/0234	1	0	1	1
2022/0235	1	0	1	1
2022/0236	1	0	1	1
2022/0237	1	0	1	1
2022/0238	1	0	1	1
2022/0239	1	0	1	1
2022/0240	1	0	1	1
2022/0241	1	0	1	1
2022/0242	1	0	1	1
2022/0243	1	0	1	1
2022/0244	1	0	1	1
2022/0245	1	0	1	1
2022/0246	1	0	1	1
2022/0247	1	0	1	1
2022/0248	1	0	1	1
2022/0249	1	0	1	1
2022/0250	1	0	1	1
2022/0251	1	0	1	1
2022/0252	1	0	1	1
2022/0253	1	0	1	1
2022/0254	1	0	1	1
2022/0255	1	0	1	1
2022/0256	1	0	1	1
2022/0257	1	0	1	1
2022/0258	1	0	1	1
2022/0259	1	0	1	1
2022/0260	1	0	1	1
2022/0261	1	0	1	1
2022/0262	1	0	1	1
2022/0263	1	0	1	1
2022/0264	1	0	1	1
2022/0265	1	0	1	1

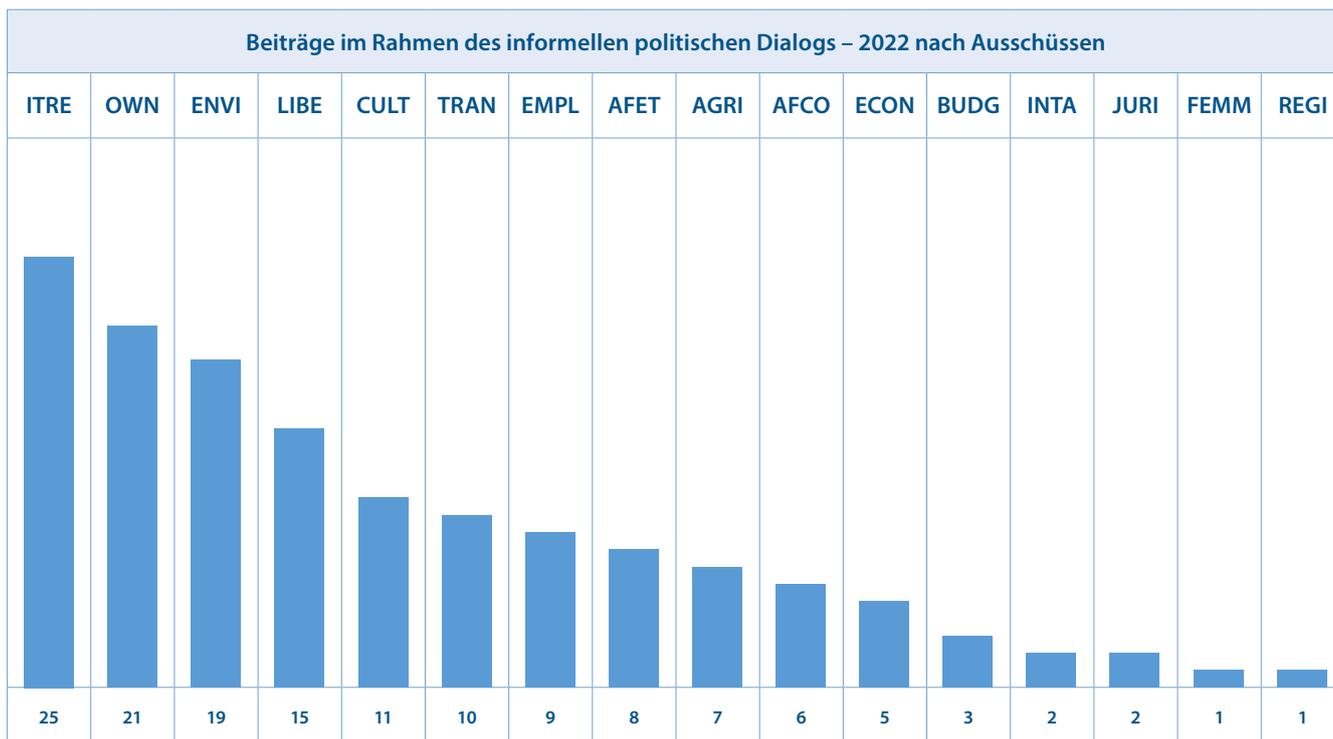
¹⁴Weitere Informationen sind Kapitel 7.2 zu entnehmen

5.2. Informeller politischer Dialog und Protokoll Nr. 1 zu den Verträgen

Im Protokoll Nr. 1 zum Vertrag über die Europäische Union und zum Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist vorgesehen, dass die nationalen Parlamente der EU zu Gesetzgebungsakten, die in die ausschließliche Zuständigkeit der EU fallen, sowie zu Dokumenten nichtlegislativer Art Stellung nehmen können, z. B. zu laufenden Erörterungen auf europäischer Ebene, zu Grün-/Weißbüchern der Kommission oder zu Mitteilungen der Kommission. Diese Beiträge werden im Rahmen des informellen politischen Dialogs (IPD) behandelt.

Contributions under Informal Political Dialogue in 2022 - by Chamber			
Country	Parliaments/Chambers	Contributions	
CZ	Sénat	35	
RO	Camera Deputatilor	34	
CZ	Poslanecká snemovna	17	
DE	Bundesrat	12	
FR	Sénat	8	
FR	Assemblée Nationale	6	
RO	Senat	6	
BE	Sénat	5	
PT	Assembleia de República	4	
IT	Camera dei deputati	3	
NL	Tweede Kamer	3	
AT	Nationalrat	2	
HU	Országgyűlés	2	
NL	Erste Kamer	2	
PL	Senat	2	
DE	Bundestag	1	
LT	Seimas	1	
LU	Chambre des Députés	1	
PL	Sejm	1	
SK	Národná rada	1	

Die nationalen Parlamente der EU haben dieses Instrument im Jahr 2022 weiterhin aktiv genutzt und 144 Beiträge im Rahmen des informellen politischen Dialogs eingereicht. Hierbei waren 2022 die drei aktivsten Parlamente/Kammern der tschechische Senat (35), das rumänische Abgeordnetenhaus (34) und das tschechische Abgeordnetenhaus (17).



Die vier Ausschüsse, die die meisten Beiträge im Rahmen des informellen politischen Dialogs erhielten, waren der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) mit 23, der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) mit 19, und der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) mit 15. „OWN“ bedeutet, dass diese Art von Dokument, die von einem nationalen Parlament übermittelt wurde, keinem bestimmten Ausschuss des Europäischen Parlaments zugewiesen wurde.

Seit 2009 hat das Europäische Parlament rund 2 810 Beiträge im Rahmen des Protokolls Nr. 1 von nationalen Parlamenten der EU erhalten, die auch in der CONNECT-Datenbank veröffentlicht wurden. Detaillierte Statistiken über die Beiträge, die 2022 im Rahmen der IPD eingegangen sind, finden Sie in Anhang V.

Die wichtigsten Entwicklungen im Jahr 2022:

- Die Zahl der im Rahmen des informellen politischen Dialogs eingereichten Beiträge sank um 36 % von 222 im Jahr 2021 auf 143 im Jahr 2022. Der Grund dafür ist höchstwahrscheinlich darin zu sehen, dass die Kommission im Jahr 2021 als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie sehr aktiv war, was die Vorschläge für neue Rechtsvorschriften anbelangt, dass aber der Bedarf an neuen Rechtsvorschriften parallel zum Abklingen der Pandemie abgenommen hat.
- Die nationalen Parlamente legten mehr Zusammenfassungen in englischer Sprache mit ihren Ausführungen sowohl zu Protokoll Nr. 2 als auch zu Protokoll Nr. 1 vor, was die Arbeit der Gesetzgeber erleichterte.

6. NETZWERKE UND AUSTAUSCH VON INFORMATIONEN

6.1. Interparlamentarischer EU-Informationstausch (IPEX)

Der EU-Informationstausch (IPEX) unterstützt die Förderung der interparlamentarischen Zusammenarbeit durch die Bereitstellung einer Plattform und eines Netzwerks für den elektronischen Austausch von EU-bezogenen Informationen zwischen Parlamenten in der EU. IPEX wurde als eine Initiative der nationalen Parlamente der EU ins Leben gerufen und mit technischer Unterstützung des Europäischen Parlaments entwickelt. Heutzutage verwenden 39 Kammern von 27 nationalen Parlamenten sowie das Europäische Parlament IPEX bei ihrer täglichen Arbeit. IPEX wird kontinuierlich verbessert, um den sich ändernden Anforderungen der Nutzer gerecht zu werden. Das oberste Ziel ist es, IPEX zur „zentralen Anlaufstelle“ für interparlamentarische Tätigkeiten zu machen.

IPEX wurde mitunter als „Instrument“, „Plattform“ und „Netzwerk“ bezeichnet. Diese drei Definitionen sind Ausdruck der Weiterentwicklung des Instruments. Die Entwicklung von einem Werkzeug zu einem Netzwerk verlief schleppend, erreicht jedoch jetzt ihr Ziel.



2022 war das erste ganze Jahr des Betriebs der neuen IPEX-Plattform (IPEX v3). Im Laufe des Jahres wurden fünf Hauptversionen veröffentlicht, um die Zuverlässigkeit und Zugänglichkeit der Plattform zu verbessern. Diese Veröffentlichungen wurden von der Lenkungsgruppe unter dem Vorsitz des slowenischen Parlaments überwacht. Die Hauptaufgabe der Lenkungsgruppe war es, Anpassungen vorzunehmen und alle technischen Fehler zu überprüfen, die während der Entwicklungs- und Testphase auftreten könnten.

Neben der Auseinandersetzung mit den technischen Aspekten der Plattform widmete sich das IPEX-Netzwerk, einschließlich seiner Korrespondenten, der Arbeitsgruppen und des Vorstands, der Umsetzung der im fortlaufenden IPEX-Arbeitsprogramm 2021–2023 festgelegten Aufgaben. Als Ergebnis dieser Bemühungen schloss die *Arbeitsgruppe für Inhalte* bis Ende des Jahres die Folgemaßnahmen zur Grundlagenstudie ab, wobei der Schwerpunkt auf neuen Erkenntnissen zur Nutzung von IPEX und zur Stärkung der interparlamentarischen Netzwerke lag.

Parallel dazu arbeitete die *Arbeitsgruppe für Öffentlichkeitsarbeit und soziale Medien* an einer Nutzeranalyse, mit dem Ziel, die Bedürfnisse der Nutzer besser zu verstehen und neue, noch zu entwickelnde IPEX-Funktionen zu ermitteln. Durch die Kombination der Ansätze dieser beiden Arbeitsgruppen wurden die verschiedenen Kapitel des Fragebogenentwurfs und der Zeitplan für die Folgestudie mit dem Vorstand erörtert, der das weitere Vorgehen genehmigte. Entsprechend dem von den Generalsekretären auf ihrer Sitzung in Ljubljana geäußerten Wunsch wurde ein spezieller Teil des Fragebogens für die Grundlagenstudie der wissenschaftlichen Gemeinschaft gewidmet, um von den Studien über die Aktivitäten der nationalen Parlamente auf EU-Ebene im Bereich der Forschungsarbeit zu profitieren.

Die *Arbeitsgruppe für Schulung* konzentrierte sich vor allem auf die Unterstützung der nationalen Korrespondenten, die Aktualisierung des vorhandenen Schulungsmaterials, um es benutzerfreundlicher zu gestalten, und die Erörterung der besten Methode zur Bewertung des Schulungsbedarfs der Korrespondenten. Die Arbeitsgruppe arbeitete an Schulungsmaterial

zu eigenen neuen Inhalten und begann, sich mit einem Problem zu befassen, durch das [der Bereich des Netzwerks zur Unterstützung der Demokratie zu IPEX](#) beeinträchtigt wurde, wo das unvollständige und nicht rechtzeitige Hochladen durch einige Korrespondenten einen besonderen Schulungsbedarf aufzuzeigen schien.

Erwähnenswert unter den im Jahr 2022 erzielten Ergebnissen ist auch die Annahme von Visual Identity Packs, die von IPEX-Korrespondenten, IPEX-Vorsitzenden, dem IPEX-Informationsbeauftragten, den Organisatoren des IPEX-Korrespondententreffens und der Nutzerkonferenz sowie dem EU-Ratsvorsitz verwendet werden sollen. Gleichzeitig wurden auf Twitter Kampagnen zu verschiedenen interparlamentarischen Treffen (COSAC, GASP/GSVP) und zum Europatag gestartet.

Einer der wichtigsten Erfolge des Jahres war die Annahme eines endgültigen Kompromisses zur Überarbeitung der IPEX-Leitlinien. Die Einführung der neuen IPEX-Plattform (v3) machte die Verabschiedung neuer Leitlinien erforderlich, die den neuen Funktionalitäten der Plattform entsprechen. Die positiven Ergebnisse dieses heiklen und schwierigen Prozesses waren an sich schon ein Erfolg hinsichtlich der interparlamentarischen Zusammenarbeit.

Die wichtigsten Entwicklungen im Jahr 2022:

- Erzielung eines endgültigen Kompromisses zur Überarbeitung der IPEX-Leitlinien.
- Fertigstellung der Grundlagen-Folgestudie und des Fragebogens für die Nutzer.
- Annahme der Visual Identity Packs.

6.2. Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD)

Zu den Mitgliedern des vom Europäischen Parlament und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates gemeinsam geführten EZPWD zählen 64 parlamentarische Kammern (davon 39 in der Europäischen Union) aus 53 Ländern sowie die EU-Organe.

Der Beschluss des Europarates vom 16. März 2022, die Russische Föderation auszuschließen, hat zur Folge, dass die Duma und der Rat der Russischen Föderation nicht mehr Teil des EZPWD sind und sich nicht an dessen Aktivitäten beteiligen können. Infolgedessen wurde der Zugang der russischen Korrespondenten zum EZPWD-Netzwerk deaktiviert. Fast 119 Korrespondenten und stellvertretende Korrespondenten vertreten ihr jeweiliges Parlament innerhalb des Netzes und tragen zu den Hauptaktivitäten des EZPWD bei: der Förderung des Austausches von Informationen und bewährten Verfahren. Das EZPWD fördert die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedskammern, indem es vergleichende Anfragen des EZPWD initiiert und Seminare veranstaltet.



In Zeiten, in denen der Bedarf zum Austausch, zur Zusammenarbeit und zum gegenseitigem Lernen wächst, ist das EZPWD eine Erfolgsgeschichte, die zu einem großen Teil dem Engagement und der Professionalität der Korrespondenten der einzelnen nationalen Parlamenten zu verdanken ist.

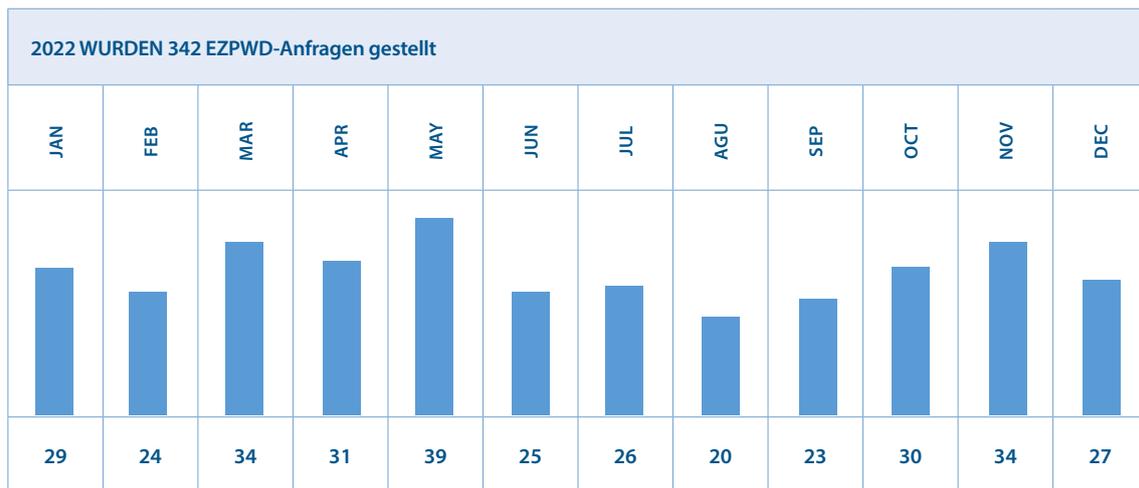
Die beiden Säulen der Aktivitäten des EZPWD sind nach wie vor vergleichende Anfragen einerseits und Seminare andererseits.

Im Jahr 2022 kehrte das EZPWD-Netzwerk allmählich zur Normalität zurück, nachdem die Pandemie zwei Jahre lang seine Funktionsweise stark beeinträchtigt hatte. Allerdings scheint sich in diesem Jahr bestätigt zu haben, dass die neuen Arbeitsmethoden, die zur Aufrechterhaltung der Aktivitäten während der COVID-19-Krise eingeführt wurden, eine lange Lebensdauer haben werden. Während die persönlichen Treffen langsam wieder aufgenommen wurden, insbesondere auf der Jahreskonferenz der Korrespondenten im November in Eriwan, Armenien, fand die Mehrzahl der Sitzungen weiterhin virtuell statt.

Die derzeitige Praxis scheint sich in Richtung eines Gleichgewichts zwischen virtuellen und persönlichen Sitzungen zu bewegen, um von den Vorteilen beider Optionen profitieren zu können: Organisation einer größeren Anzahl von Webinaren zu Themen von gemeinsamem Interesse, die die Teilnahme einer größeren Zahl von Kollegen aus den nationalen Parlamenten ermöglichen, und Beibehaltung regelmäßiger persönlicher Seminare, die den persönlichen Austausch ermöglichen, der für ein Netzwerk, welches auf die Förderung des Austauschs von Informationen und bewährten Verfahren ausgerichtet ist, von entscheidender Bedeutung ist.

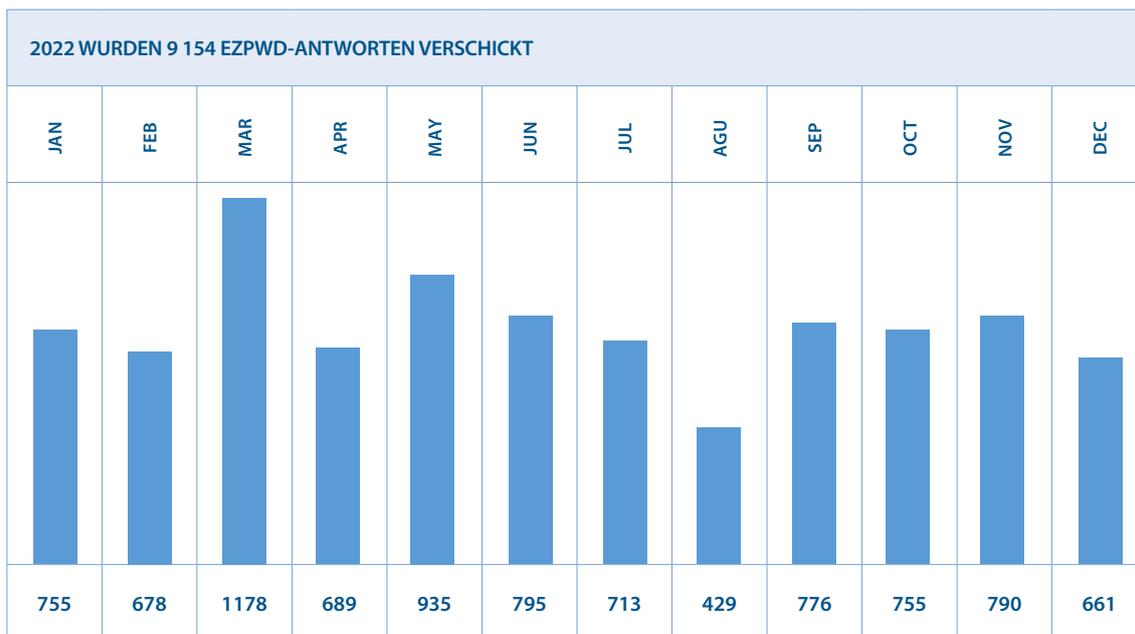
1. Vergleichende Anfragen

Die dem EZPWD-Netz angehörenden Parlamente richteten 2022 *342 vergleichende Anfragen* an das Netzwerk, die zu *9 154 Antworten* führten: Im Vergleich zum Jahr 2021 ist die Zahl der Anfragen leicht zurückgegangen (356 vergleichende Anfragen im Jahr 2021), aber die Zahl der Antworten ist gestiegen (8 928 Antworten im Jahr 2021).



Die Anfragen betrafen zahlreiche Bereiche, wobei der Schwerpunkt auf Themen aus den Bereichen *Soziales, Gesundheit und Migration* sowie auf der Organisation der Arbeit in einer *Parlamentsverwaltung* lag. Eine beträchtliche Anzahl von Anfragen wurde zu rechtlichen und finanziellen Fragen sowie zu parlamentarischen Themen im Allgemeinen gestellt. Die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten hat auch hier mehrere Dienststellen des *Europäischen Parlaments* unterstützt, indem sie ihre Anfragen gehandelt und an das EZPWD-Netz weitergeleitet hat. Insgesamt hat das Europäische Parlament im Jahr 2022 *16 Anfragen* an das EZPWD-Netz gerichtet. Dies stellt einen leichten Anstieg gegenüber 2021 und 2020 dar, als 14 beziehungsweise 12 Anfragen vom Europäischen Parlaments gestellt wurden.

Im Jahr 2022 beantwortete das Europäische Parlament 88 Anfragen anderer EZPWD-Parlamente, was einer Antwortquote von 94,2 % entspricht. Dies ist ein leichter Rückgang im Vergleich zu den 89 Antworten im Jahr 2021 mit einer Antwortquote von 97,8 %, aber mehr als die 79 Antworten im Jahr 2020 mit einer Antwortquote von 88,7 % und sogar mehr als die 27 Antworten im Jahr 2019 und die 30 Antworten im Jahr 2018.



2. Abschließende Zusammenfassungen

Abschließende Zusammenfassungen sind der beste Weg, um die enorme Anzahl und den Nutzen der EZPWD-Anfragen und -Antworten zu verdeutlichen. Seit einiger Zeit wird über Lösungen nachgedacht, um die Erarbeitung von endgültigen Zusammenfassungen zu fördern. Ziel der Überarbeitung der Website des EZPWD, die im Oktober 2020 mit Unterstützung der IT-Dienste des Europäischen Parlaments online gestellt wurde, ist es, das Dashboard der Korrespondenten so zu modifizieren, dass sie aufgefordert werden, ihre abschließenden Zusammenfassungen einzureichen, und die hochgeladenen Zusammenfassungen auf der Website des EZPWD sichtbar werden zu lassen. Im Anschluss an diese Überlegungen stieg die Zahl der abschließenden Zusammenfassungen des EZPWD im Jahr 2020 erheblich an, wobei 41 % der Anfragen zur Veröffentlichung einer Antwortanalyse führten (gegenüber 16 % im Jahr 2019 und 11,3 % im Jahr 2018). Leider ist diese Zahl im Jahr 2021 wieder auf 21 % gesunken; allerdings war im Jahr 2022 ein leichter Anstieg auf 27,5 % zu verzeichnen.



Wortwolke mit den wichtigsten EZPWD-bezogenen Schlüsselwörtern.

3. Satzungsgemäße Sitzungen

Die drei Sitzungen des Exekutivausschusses im Jahr 2022 wurden am 31. März, 9. Juni und 8. September vom Europäischen Parlament aus mit Fernteilnahme organisiert. Bei diesen Sitzungen ging es vor allem um die Vorbereitung der bevorstehenden Jahreskonferenz. Vor dem Hintergrund der schrittweisen Aufhebung der Beschränkungen für Sitzungen und Reisen wurde die EZPWD-Jahreskonferenz der Korrespondenten 2022 persönlich abgehalten, nachdem die Sitzungen aufgrund des COVID-19-Ausbruchs zwei Jahre lang virtuell stattgefunden hatten. Die Jahreskonferenz fand vom 10.–11. November 2022 auf Einladung der Nationalversammlung der Republik Armenien in Eriwan statt.

Die Vorkonferenzsitzung befasste sich mit dem Thema „Beobachtung und Forschung der Gesetzgebung als parlamentarisches Aufsichtsinstrument“. Die Konferenz selbst bot Gelegenheit, die neuen EZPWD-Korrespondenten zu begrüßen und anzuleiten, und befasste sich mit den Folgemaßnahmen zu den EZPWD-Leitlinien für Anfragen und Antworten, die von der Londoner Jahreskonferenz im Vorjahr angenommen worden waren. Darauf folgte eine Präsentation der neuen Online-Umfrage und der Funktionen für Anfragen und Antworten auf der EZPWD-Website.

4. Seminare

EZPW-Seminare bieten wichtige Gelegenheiten für einen sehr produktiven Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zwischen den Teilnehmern. Vor 2020 fanden alle Seminare bei persönlicher Anwesenheit statt und wurden von den nationalen Parlamenten ausgerichtet, die an den jeweiligen Themen interessiert waren. Der Ausbruch von COVID-19 hatte im Jahr 2022 noch immer Auswirkungen auf die Organisation der Seminare des EZPWD. Während persönliche Treffen langsam wieder aufgenommen wurden, insbesondere das Seminar in Berlin im Juli und das Seminar des EZPWD und des Europäischen Parlamentarischen Forschungsdienstes (EPRS), das im Juni in Brüssel in einem hybriden Format organisiert wurde, fand die Mehrzahl der Treffen weiterhin virtuell statt.



Die Startseite der Website des EZPWD-Netzwerks ist öffentlich, während der Zugang zu den Anfragen und den Antworten auf die IPEX-Korrespondenten der teilnehmenden Parlamente beschränkt ist.

Im Jahr 2022 war das EZPWD-Sekretariat an der Organisation von *acht EZPWD-Webinaren und -Seminaren* beteiligt. Eine ausführliche Statistik zu EZPWD-Veranstaltungen findet sich in Anhang VI. C.

1. Im Interessenbereich „IKT in den Parlamenten“ wurde *am 28. März 2022* von der Knesset in Jerusalem ein Webinar zum Thema „*IKT2022 – Fit für eine sich schnell ändernde IT-Umgebung – Wie man Mitarbeiter einbezieht*“ per Fernzugriff veranstaltet. Da die digitale Transformation von Mitgliedern und Mitarbeitern unterstützt werden muss, die sich mit den bestehenden Prozessen auskennen und über die Fähigkeiten zur Nutzung der neuen digitalen Tools verfügen, bot dieses Seminar die Gelegenheit, Gedanken auszutauschen und Projekte über die digitale Transformation, relevante Berufe, Wissensgemeinschaften und das Digitale Lernen vorzustellen.
2. Im Interessenbereich „Wirtschaft und Haushalt“ fand *am 18. Mai 2022 in Rom ein Webinar zum Thema „Parlamentarische Beteiligung an der Umsetzung der einzelstaatlichen Wiederaufbau- und Resilienzpläne“* statt, das von der Abgeordnetenkammer und dem Senat der Republik Italien im Remote-Format veranstaltet wurde. Es wurde in Zusammenarbeit mit dem Referat Unterstützung des wirtschaftspolitischen Handelns (EGOV) des Europäischen Parlaments organisiert. Es wurde als Folgeseminar zur EZPWD-Sitzung vom 23. April 2021 veranstaltet, das sich auf die Rolle der nationalen Parlamente bei der Gestaltung der oben genannten Pläne konzentrierte. Aufbauend auf der vorherigen Diskussion zielte das Webinar darauf ab, einen Informationsaustausch darüber zu fördern, wie die Parlamente ihre Tätigkeiten organisieren und ihre Funktionen ausüben, während die aktuelle Umsetzung der Pläne überwacht wird.

3. Ebenfalls im Interessenbereich „Wirtschaft und Haushalt“ fand am *30. Juni und 1. Juli 2022 in Berlin* ein vom Bundesrat in Zusammenarbeit mit dem Bundestag veranstaltetes *Seminar zum Thema „Haushaltsautonomie und Haushaltshoheit von Parlamenten“* statt. Nach mehr als zwei Jahren virtueller Sitzungen war dieses Seminar die erste Präsenzveranstaltung seit November 2019. Ziel des Seminars war es, zu analysieren, inwieweit Parlamente Einfluss auf die Aufstellung und Verabschiedung ihrer eigenen Haushalte nehmen können und inwieweit sie Haushaltsautonomie genießen. Weitere Themen waren die Finanzierung von Fraktionen und politischen Parteien durch den parlamentarischen Haushalt sowie die Überprüfung des parlamentarischen Haushaltes durch Gerichte, Prüfungsausschüsse und Rechnungshöfe.
4. Im Interessenbereich „Bibliotheken, Forschungsdienste und Archive“ veranstaltete das Europäische Parlament vom *23.–24. Juni 2022 in Brüssel* ein Seminar in hybrider Form zum Thema *„Parliamentary research enters a new age: Foresight, Strategy and Innovation“* (Parlamentarische Wissenschaft tritt in ein neues Zeitalter ein: Voraussicht, Strategie und Innovation) Dieses Seminar war das erste Seminar, das das EZPWD in einem hybriden Format organisierte. Es wurde gemeinsam vom EPRS und der Direktion des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten organisiert und bot ein Forum für den Austausch zwischen parlamentarischen wissenschaftlichen Diensten und Bibliotheken über die Strategien, die sie während der COVID-19-Krise entwickelt hatten, um für die Aufrechterhaltung der Geschäftstätigkeit zu sorgen und über die von ihnen gemachten Innovationen, damit solche Strategien effektiv umgesetzt werden können. Darüber hinaus konzentrierte sich das Seminar auf die Herausforderungen und Chancen dieses neuen Zeitalters sowie auf die wachsende Bedeutung der strategischen Vorausschau in der Forschung. Othmar Karas, Erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments, hielt eine Begrüßungsansprache.

Im Interessenbereich „Parlamentarische Gepflogenheiten und Verfahren“ fanden vier Webinare statt:

5. Ein Webinar zum Thema *„Mainstreaming EU Affairs in Parliamentary Administrations“ (Einbeziehung von EU-Angelegenheiten in parlamentarische Verwaltungen)* wurde am *21. Februar 2022* vom österreichischen Parlament in Wien im Remote-Format veranstaltet. Dieses Treffen war das zweite einer neuen Reihe von Webinaren, an denen führende Wissenschaftler auf dem Gebiet demokratischer und parlamentarischer Studien teilnahmen. Die Politikwissenschaftlerin Anna-Lena Högenauer (Universität Luxemburg) sprach zum Thema des Webinar-Titels und stellte ihre Studie vor, wie EU-Angelegenheiten von einer Vielzahl von Experten und Abteilungen in Parlamentsverwaltungen gehandhabt werden.
6. Ein weiteres *Webinar zum Thema „Parliaments and the whistleblowing directive“ (Parlamente und die Hinweisgeber-Richtlinie)* wurde am 6. Oktober 2022 von der belgischen Abgeordnetenversammlung *in Brüssel* im Remote-Format veranstaltet. Die Richtlinie (EU) 2019/1937 vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden, musste bis zum 17. Dezember 2021 in nationales Recht umgesetzt werden. Dennoch sind viele EU-Mitgliedstaaten im Allgemeinen und die Parlamente im Besonderen besorgt bezüglich ihrer Umsetzung und suchen nach einem Modell, das die Autonomie der Parlamente und die verschiedenen Konzepte der Gewaltenteilung respektiert. Das Webinar bot die Gelegenheit, Ansichten und Ansätze aus verschiedenen Blickwinkeln auszutauschen und zu erfahren, wie verschiedene Parlamente bisher den Umsetzungsprozess gehandhabt haben.
7. Ein Webinar zum Thema *„Parlamente und die Datenschutz-Grundverordnung“* wurde am 7. November 2022 vom österreichischen Parlament in Wien im Remote-Format veranstaltet. In diesem Webinar wurde die Anwendung von Artikel 15 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) im Rahmen von Ausschussverfahren, die Praxis des „Rechts auf Vergessenwerden“ in Parlamenten und die Anwendung von Einschränkungen gemäß Artikel 23 der DSGVO erörtert.
8. Das letzte Webinar in Jahr 2022 wurde am *12. Dezember 2022* vom österreichischen Parlament *in Wien zum Thema „Parliaments and Coordination Committees in Parliaments“* (Parlamente und Koordinierungsausschüsse in Parlamenten) veranstaltet. Professor Sieberer gab einen kurzen

Überblick über die jüngsten Entwicklungen im Bereich der Koordinierungsausschüsse in den Parlamenten und erörterte die Themen und Fragen, welche die Teilnehmer als am wichtigsten für ihre Praxis erachteten. Im Anschluss daran fand ein Gedankenaustausch mit Praktikern und Parlamentsexperten statt.

Die wichtigsten Entwicklungen im Jahr 2022:

- Verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem EGOV-Referat des Europäischen Parlaments und dem Interessenbereich Wirtschaft und Haushalt des EZPWD sowie zwischen dem EPRS und den parlamentarischen Bibliotheken, der Forschung und den Archiven des EZPWD in Bereichen von gemeinsamem Interesse und gemeinsamer Ermittlung.
- Verstärkte Organisation von persönlichen Treffen.
- gesteigerte Teilnahme an Webinaren.

6.3. Programm zur Unterstützung des Parlaments des Ratsvorsitzes

Das Europäische Parlament setzt sich kontinuierlich für eine enge Zusammenarbeit zwischen seiner eigenen Verwaltung und den Verwaltungen der nationalen Parlamente ein, insbesondere in der vorbereitenden Phase der parlamentarischen Dimension der einzelnen Ratsvorsitze der EU. Das Europäische Parlament bietet jedem Parlament, das als nächstes den rotierenden Ratsvorsitz übernehmen soll, Gelegenheit, an einem für die Mitarbeiter organisierten Programm in Brüssel teilzunehmen, um Tätigkeiten im Zusammenhang mit der parlamentarischen Dimension des Vorsitzes vorzubereiten. Das Europäische Parlament kann dem Parlament des Ratsvorsitzes ein maßgeschneidertes Unterstützungsprogramm auf der Grundlage spezifischer Anforderungen, Bedürfnisse und Prioritäten zur Verfügung stellen. Diese Initiative bietet die Gelegenheit, sich zu vernetzen und persönliche Kontakte mit allen Beteiligten aufzubauen, und ermöglicht eine effektive Weitergabe von Informationen und Fachwissen, wodurch die weitere Arbeit erleichtert und für Kohärenz gesorgt wird. Das Europäische Parlament kann zu den Kosten des Programms beitragen, die mit dem jeweiligen nationalen Parlament geteilt werden.

Das „Programm zur Unterstützung des Parlaments des Ratsvorsitzes“ des Europäischen Parlaments wurde ursprünglich geschaffen, um die Parlamente der EU-Mitgliedstaaten zu unterstützen, die zum ersten Mal die EU-Ratspräsidentschaft innehaben werden. Da sich das Programm zur Unterstützung des Parlaments des Ratsvorsitzes in der Vorbereitungsphase der Vorsitze jedoch als überaus hilfreich erwiesen hatte, beschloss die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten, das Programm auf alle künftigen Vorsitze auszudehnen, da sich die interparlamentarische Zusammenarbeit ständig weiterentwickelt. In den letzten Jahren wurde der parlamentarischen Dimension seitens der Ratsvorsitze mehr Gewicht verliehen und es wurde mehr in diesen Bereich investiert, um die Zahl der Veranstaltungen, Treffen und Initiativen während des Semesters des Ratsvorsitzes gegenüber der Zeit vor noch einem Jahrzehnt zu erhöhen.

Die Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten empfing 2022, nach mehr als zwei Jahren Pause, wieder die künftigen Parlamente des Ratsvorsitzes in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments in Brüssel. In den Jahren 2020 und 2021 war dies aufgrund der besonderen Umstände, unter denen Reisen und persönliche Treffen aufgrund der COVID-19-Pandemie eingeschränkt waren, nicht möglich gewesen. Im Jahr 2022 organisierte die Direktion zwei Sitzungen: eine für das tschechische Parlament und eine für das schwedische Parlament..



Das Programm für die Beamten des tschechischen Senats und der tschechischen Abgeordnetenkammer fand am 12. Mai 2022 statt. Die Kollegen aus Prag tauschten sich mit einer Reihe von Kollegen des Sekretariats des Europäischen Parlaments aus, die ihre Erfahrungen bei der Organisation der gesamten Bandbreite interparlamentarischer Veranstaltungen und Aktivitäten weitergaben: die Konferenz der Präsidenten der EU-Parlamente. Zu den behandelten Veranstaltungen gehörten der Besuch der Konferenz der Präsidenten in der Hauptstadt des

Ratsvorsitzes, die IPK zu Stabilität, wirtschaftspolitischer Zusammenarbeit und Steuerung, die COSAC-Tagungen, die IPK zur GASP/GSVP, der Gemeinsame Parlamentarische Kontrollausschuss zu Europol und die interparlamentarische Ausschusssitzung zu Eurojust.

Das Programm für die Beamten des schwedischen Riksdag bot den Kollegen des schwedischen Parlaments, die an den Vorbereitungen für die parlamentarische Dimension des schwedischen EU-Ratsvorsitzes beteiligt sind, ebenfalls die Gelegenheit, mit mehreren Kollegen des Sekretariats des Europäischen Parlaments zusammenzutreffen, die hauptsächlich in den Ausschussekskretariaten arbeiten.



Neben den Gesprächen über die standardmäßigen, traditionellen interparlamentarischen Treffen (Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Zusammenarbeit und Steuerung; Konferenz zur GASP/GSVP; der Gemeinsame parlamentarischer Kontrollausschuss für Europol; Besuch der Konferenz der Präsidenten in der Hauptstadt des Ratsvorsitzes) wurde auch eine Reihe von Gesprächen über Themen organisiert, die vom schwedischen Parlament in thematischen Konferenzen im Jahr 2023 behandelt werden sollen. Diese Konferenzen werden zu den Themen „Herausforderungen und Chancen für die künftige Energieversorgung der EU“ (challenges and opportunities for the future energy supply), „Demokratie in Europa (Rechtsstaatlichkeit, Transparenz usw.)“ (democracy in Europe (the rule of law, transparency, etc.)) und „Europäischer Green Deal mit Schwerpunkt auf der Kreislauf-Biowirtschaft“ (the European Green Deal with a focus on the circular bio-economy) stattfinden.

Ziel dieser Treffen war es, die notwendigen Kontakte zwischen den Beamten des Landes des Vorsitzes und den Mitarbeitern des Europäischen Parlaments herzustellen und einen ersten Informationsaustausch über Verfahren, Themen und Tagesordnungen für künftige Veranstaltungen und Aktivitäten zu ermöglichen.

Zusätzlich zu dem oben beschriebenen Hauptprogramm erleichterte die Direktion auch die Organisation von bilateralen Treffen, die für eine begrenzte Anzahl von Besuchern aus den Parlamenten des Ratsvorsitzes beantragt worden waren. Zu den Themen der bilateralen Treffen gehörten:

- die Organisation von Sitzungen im Remote-Format und in hybrider Form, insbesondere bei Sitzungen mit einer großen Anzahl von Verbindungen und Teilnehmern sowie bei der Verwendung einer großen Anzahl von Sprachen;
- Protokollverfahren und hochrangige Besuche;
- Kommunikation und Sicherheit;

Die wichtigsten Entwicklungen im Jahr 2022:

- Das Unterstützungsprogramm für den Ratsvorsitz wurde nach zwei Jahren zum ersten Mal als persönliches Treffen in Brüssel angeboten. Begrenzte Remote-Verbindungen ermöglichten in einigen Fällen die Teilnahme von Kollegen, die nicht nach Brüssel reisen konnten.
- Im ersten Halbjahr 2022 wurde ein Unterstützungsprogramm für das tschechische Parlament entwickelt und angeboten, um es auf den Vorsitz im zweiten Halbjahr 2022 vorzubereiten;
- Im zweiten Halbjahr 2022 wurde ein Unterstützungsprogramm für das schwedische Parlament entwickelt und angeboten, um es auf den Vorsitz im ersten Halbjahr 2023 vorzubereiten.

6.4. Netzwerk der Vertreter der nationalen Parlamente der EU in Brüssel

Die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten empfängt die von den nationalen Parlamenten/Kammern der EU benannten Vertreter der Verwaltung im Europäischen Parlament. Im Interesse einer Stärkung der interparlamentarischen Zusammenarbeit in der EU stellt das Europäische Parlament den Vertretern seit 1991 auf Anfrage in seinen Räumlichkeiten in Brüssel und Straßburg kostenlos Büroräume und andere hauseigene Einrichtungen bereit.

Die nationalen Parlamente der EU entsenden nationale Beamte nach Brüssel, um die Beziehungen zur EU zu pflegen. Derzeit sind 55 Mitarbeiter aus den 27 nationalen Parlamenten der EU in 43 Büros in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments untergebracht¹⁵. Diese Vertreter sind nationale Beamten, die neben Verwaltungsaufgaben auch für den Austausch von Informationen (als wechselseitiger Informationsfluss zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten der EU) zuständig sind, was ein wichtiger Faktor für EU-Angelegenheiten ist.

Die Vertreter arbeiten in demselben Gebäude, in dem auch die Direktion untergebracht ist. Das trägt zur Entstehung zahlreicher Synergien bei und fördert einen einfacheren Austausch. Im Jahr 2022 wurden die Kontakte erleichtert, da die Beschränkungen, die aufgrund der COVID-19-Pandemie verhängt worden waren, schrittweise aufgehoben wurden und es wieder möglich wurde, gesellschaftliche Veranstaltungen und persönliche Treffen abzuhalten.

[Eine Liste der Vertreter der nationalen Parlamente ist abrufbar unter:](http://www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/networks/representatives-of-national-parliaments.html)

<http://www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/networks/representatives-of-national-parliaments.html>

Die wichtigsten Entwicklungen im Jahr 2022:

- Treffen am 10. Februar 2022 zwischen den Vertretern der nationalen Parlamente und Othmar Karas, dem neu gewählten Ersten Vizepräsidenten für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und zur COSAC.
- Treffen am 16. November 2022 zwischen den Vertretern der nationalen Parlamente und Klaus Welle, dem Generalsekretär des Europäischen Parlaments, vor dem Ende seiner Amtszeit.

6.5. Seminare für Mitarbeiter

Wie vom Europäischen Parlament in seiner Entschließung von 2018 zu der Anwendung der die nationalen Parlamente¹⁶ betreffenden Bestimmungen des Vertrags, in der vorgeschlagen wird, dass „ein besseres Zusammenwirken und ein besserer Informationsaustausch zwischen den Mitgliedern des Europäischen Parlaments und den Abgeordneten der nationalen Parlamente sowie mit den Beamten der nationalen Parlamente dazu beitragen könnte, die Kontrolle der Diskussionen über europapolitische Fragen auf nationaler Ebene zu verbessern und somit eine wirklich europäische parlamentarische und politische Kultur zu fördern“. 2019 veranstaltete die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten eine Reihe von Seminaren für Mitarbeiter der nationalen Parlamente/Kammern der EU. Dabei sollten Mitarbeiter der nationalen Parlamente und des EP zusammenkommen, um relevante europäische Themen vorzustellen und zu diskutieren, voneinander zu lernen und bewährte Verfahren auszutauschen.

¹⁵Stand: 17. Januar 2020; einschließlich des Sekretariats der COSAC und des IPEX-Informationsbeauftragten.

¹⁶Entschließung des Europäischen Parlaments vom 19. April 2018 zu der Anwendung der die nationalen Parlamente betreffenden Bestimmungen des Vertrags (ABl. C 390 vom 18.11.2019, S. 121).

Neben der interparlamentarischen Zusammenarbeit auf politischer Ebene war eine weitere wichtige Entwicklung in den letzten Jahren die Organisation von Seminaren für Mitarbeiter, um den technischen Austausch auf Mitarbeitererebene zu erleichtern. Die Seminare für Mitarbeiter stellen eine wichtige Plattform für die Verwaltungen der Parlamente dar, um einen konkreteren und zielgerichteteren Austausch über Bereiche von gemeinsamem Interesse zu führen. Sie sind ein dynamisches Element der Arbeit sowohl des Europäischen Parlaments als auch der nationalen Parlamente der EU.

6.5.1 Mitarbeiterseminar zum Thema Gleichstellung und Vielfalt am 16. Juni 2022:

Ein gutes Beispiel für den Erfolg von Mitarbeiterseminaren mit den nationalen Parlamenten der EU war die gemeinsam von der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und den Kollegen des Referats für Gleichstellung, Integration und Vielfalt in der GD Personal organisierte Veranstaltung. Auf Wunsch der Hochrangigen Gruppe des Europäischen Parlaments für die Gleichstellung der Geschlechter und Vielfalt fand am 16. Juni 2022 in Brüssel ein interparlamentarisches Mitarbeiterseminar statt. Die Veranstaltung ermöglichte es den zuständigen Dienststellen des Europäischen Parlaments und mehrerer nationaler Parlamente, bewährte Praktiken für Inklusion und Vielfalt in ihrer internen Personalpolitik zu prüfen.

6.5.2 Mitarbeiterseminar mit den medizinischen Diensten am 29. und 30. September 2022:

Im Jahr 2022 gab es eine wichtige neue Entwicklung, als ein Personalseminar im Remote-Format organisiert wurde, um Kollegen aus dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamentsverwaltungen zusammenzubringen, die für die medizinische Versorgung und Notfallmaßnahmen für Mitglieder und Mitarbeiter zuständig sind. Der Medizinische Dienst des Europäischen Parlaments veranstaltete das Seminar. Die Planung der Veranstaltung hatte ursprünglich Anfang 2020 begonnen, verzögerte sich jedoch mit Einführung von Beschränkungen für Reisen und persönliche Treffen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie. Das Seminar wurde schließlich am 29. und 30. September 2022 als persönliche Veranstaltung abgehalten. Um sicherzustellen, dass alle Teilnehmer einen aktiven Beitrag leisten konnten, wurden Workshops in das Programm aufgenommen, und das Seminar führte zu einem wertvollen Austausch bewährter Verfahren.

6.5.3 Mitarbeiterseminare Europäisches Semester:

Das Referat Unterstützung des wirtschaftspolitischen Handelns organisierte in Zusammenarbeit mit der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten weiterhin Mitarbeiterseminare zum Austausch der neuesten Informationen über das Europäische Semester. Dazu gehörten Themen wie wirtschaftliche Prioritäten und die Stärkung der Zusammenarbeit und des Verständnisses des Zyklus des Europäischen Semesters durch Wissensaustausch und den Austausch bewährter Verfahren. Im Jahr 2022 wurden sechs Seminare dieser Art organisiert, von denen zwei bei persönlicher Anwesenheit in Berlin und Prag stattfanden und vier virtuell, darunter ein Webinar zum Krieg in der Ukraine.

Erwähnenswert ist ferner, dass der interparlamentarische Mitarbeiteraustausch in bestimmten Bereichen des Verwaltungslebens, der in der Vergangenheit mit Mitarbeiterseminaren begonnen hatte, fortgesetzt wurde. Ein Beispiel für ein solches Netzwerk, das im Jahr 2022 eine Veranstaltung abhielt, war das parlamentarische Personal, das sich mit dem ökologischen Fußabdruck der Arbeit der Parlamente befasst und in dem das Europäische Parlament durch das Referat des Systems für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) vertreten war.

Die wichtigsten Entwicklungen im Jahr 2022:

- Organisation des Mitarbeiterseminars zum Thema Gleichstellung und Vielfalt am 16. Juni 2022 und des Mitarbeiterseminars mit den medizinischen Diensten am 29. und 30. September 2022.

- Fortsetzung der Aktivitäten der bei früheren Mitarbeiterseminaren eingerichteten Netzwerke, wie zum Beispiel des Netzwerks für Mitarbeiter, die sich mit dem ökologischen Fußabdruck der Arbeit der Parlamente befassen.
- Virtuelle Treffen haben sich als nützliches Instrument erwiesen, um den Austausch bewährter Verfahren zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten im Bereich der wirtschaftspolitischen Steuerung zu stärken.

7. INSTRUMENTE UND UNTERSTÜTZENDE MASSNAHMEN

7.1. Organisation von Treffen und Sitzungen per Videokonferenz

Das Europäische Parlament hatte bereits vor einigen Jahren damit begonnen, Videokonferenzen als Instrument zur Erleichterung der interparlamentarischen Zusammenarbeit einzusetzen. Das Europäische Parlament hat schon vor langer Zeit technische Lösungen etabliert, mit denen Videokonferenzen mit sehr hoher Bild- und Tonqualität sowie die Verdolmetschung in mehreren Sprachen ermöglicht werden. Allerdings wurde vor 2020 selten auf die Möglichkeit der Videokonferenz zurückgegriffen. Zu Beginn der Gesundheitskrise im Jahr 2020 führte die Notwendigkeit, die neuen Arbeitsweisen und die Zusammenarbeit ohne physische Präsenz anzupassen und zu verbessern, zu einem großen digitalen und technischen Sprung bei der Organisation von parlamentarischen Sitzungen mit Fernteilnahme. Im Jahr 2022 wurden weiterhin Videokonferenzen eingesetzt, obwohl die massive Gesundheitskrise überwunden war und die Arbeitsmethoden allmählich zur Realität vor dem Ausbruch von COVID-19 zurückkehrten. Der Einsatz von Videokonferenzen ist zu einem festen Bestandteil der Arbeit im Europäischen Parlament geworden.

Das Europäische Parlament, das sich aus Abgeordneten aus 27 verschiedenen Ländern zusammensetzt, ist sich seit langem der Vorteile des Einsatzes von Videokonferenzen bewusst, die beispielsweise regelmäßige Kontakte zwischen den Parlamentariern ermöglichen und gleichzeitig die Reisezeit, die Kosten und den ökologischen Fußabdruck verringern. Vor allen Dingen sind Videokonferenzen ein kostengünstiges und umweltfreundliches Werkzeug für Sitzungen, sodass angemessene Ressourcen in die Ausweitung dieser Methode investiert wurden. In den letzten Jahren und insbesondere aufgrund des Ausbruchs der COVID-19-Pandemie wurden erhebliche Fortschritte bei den digitalen Technologien und ihrem Einsatz am Arbeitsplatz erzielt.

Die epidemiologische Situation hat sich 2022 so weit verbessert, dass eine allgemeine Wiederaufnahme des Reiseverkehrs und die Organisation großer Präsenzveranstaltungen möglich war. Bei der interparlamentarischen Zusammenarbeit waren jedoch Fernsitzungen nach wie vor das am häufigsten genutzte Format, insbesondere in der ersten Jahreshälfte. Im Jahr 2022 nutzte das Europäische Parlament weiterhin eine Plattform – Interactio – für mehrsprachige Sitzungen mit Dolmetschern für Ausschusssitzungen und interparlamentarische Konferenzen. Diese neue Art der Organisation des Austauschs wurde für viele der organisierten Sitzungen und Aktivitäten fortgesetzt.

In den Jahren der Beschränkungen im Zusammenhang mit der öffentlichen Gesundheit, in denen Ferndebatten und hybride Sitzungen in großem Umfang genutzt wurden, vermissten die Mitglieder sowohl der nationalen Parlamente als auch des Europäischen Parlaments den interaktiveren persönlichen Austausch und die persönlichen Kontakte. Die Wiederaufnahme der persönlichen Treffen in der zweiten Jahreshälfte wurde mit Begeisterung und Zufriedenheit begrüßt.

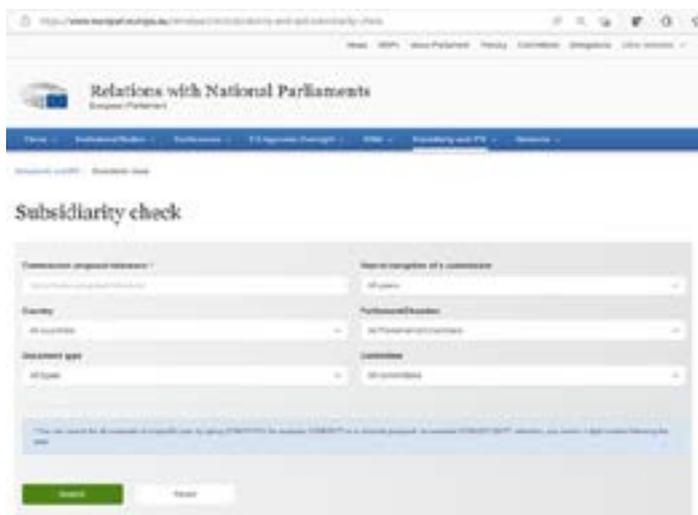
Die wichtigsten Entwicklungen im Jahr 2022:

- Wie in früheren Jahren waren auch im ersten Halbjahr 2022 Sitzungen mit Fernteilnahme per Videokonferenz noch immer der bevorzugte Kanal für den interparlamentarischen Austausch. Die Bandbreite reichte von informellen bilateralen Sitzungen mit Fernteilnahme bis hin zu komplexen hochrangigen Konferenzen mit zahlreichen Teilnehmern. Sitzungen im Remote-Format oder hybride Sitzungen wurden zur Alternative zu den persönlichen Sitzungen im Europäischen Parlament.
- Die Teilnahme von Abgeordneten der nationalen Parlamente, Mitgliedern des Europäischen Parlaments und hochrangigen Rednern an Fernsitzungen ist nach wie vor hoch, wobei letztere anscheinend eher bereit sind, an Videokonferenzen teilzunehmen als an Präsenzveranstaltungen.

7.2. CONNECT – die Datenbank des Europäischen Parlaments der Dokumente nationaler Parlamente

CONNECT

Die Direktion Beziehungen mit den nationalen Parlamenten stellt den Mitgliedern des Europäischen Parlaments (insbesondere den Berichterstattern), den politischen Gremien und den Dienststellen des Europäischen Parlaments während des gesamten Gesetzgebungszyklus Fachwissen zu den Ausführungen nationaler Parlamente gemäß den Protokollen Nr. 1 und Nr. 2 zur Verfügung. In diesem Zusammenhang pflegt die Direktion die CONNECT-Datenbank, die alle Dokumente enthält, die seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon von den nationalen Parlamenten gemäß den Protokollen Nr. 1 und Nr. 2 übermittelt wurden. Die begründeten Stellungnahmen in Verbindung mit dem Frühwarnsystem stehen in allen Amtssprachen der EU zur Verfügung.



Die Seite für die Subsidiaritätsprüfung auf der CONNECT-Website, auf der nach Dokumenten gesucht werden kann, die dem Europäischen Parlament gemäß Protokoll Nr. 2 AEUV übermittelt wurden.

Seit 2017 kann die CONNECT-Datenbank auf der Website der Direktion konsultiert werden. Alle Informationen in CONNECT, einschließlich der von den nationalen Parlamenten eingegangenen begründeten Stellungnahmen und Beiträge, sind in eCommittee, dem gemeinsamen Arbeitsraum der GD IPOL und der GD EXPO, im Zusammenhang mit dem Verfahren, auf das sie sich beziehen, direkt verfügbar. Dies gilt nicht nur für begründete Stellungnahmen, sondern auch für alle Beiträge, die von den nationalen Parlamenten der EU gemäß den Protokollen 1 und 2 eingehen.

CONNECT ermöglicht es Berichterstattern, Mitgliedern, Assistenten und Mitarbeitern der Ausschussesekretariate sowie allen externen Interessenträgern zu jedem Zeitpunkt eines Gesetzgebungsverfahrens, eine aktuelle und vollständige Übersicht über alle Ausführungen der nationalen Parlamente zu erhalten. Im Jahr 2022¹⁷ sind insgesamt 394 Dokumente eingegangen: 250 (63 %) wurden im Rahmen der Prüfungen der Verhältnismäßigkeit gemäß dem Protokoll Nr. 2 eingereicht, während 144 (37 %) Beiträge im Rahmen des informellen politischen Dialogs (Protokoll Nr. 1) waren.

¹⁷Die Gesamtzahl der Einsendungen kann (innerhalb der statistischen Fehlermarge) von der in CONNECT angegebenen Zahl abweichen. Dies liegt an der technischen Wartung der Datenbank und an Fehlern im System.

Am 1. Januar 2022 konnten in der CONNECT-Datenbank insgesamt 6 740 Dokumente (begründete Stellungnahmen und Beiträge) der nationalen Parlamente der EU abgerufen werden. 3 930 (58 %) wurden im Rahmen der Prüfungen der Verhältnismäßigkeit gemäß dem Protokoll Nr. 2 eingereicht, während 2 810 (42 %) Beiträge im Rahmen des informellen politischen Dialogs waren.

Wichtigste Entwicklung im Jahr 2022:

- Die CONNECT-Datenbank wird derzeit aktualisiert, um sie mit dem automatischen Empfang von Dokumenten über die neue NPS-Plattform der nationalen Parlamente kompatibel zu machen.

7.3. Verzeichnis der entsprechenden Ausschüsse (CorCom)

CORCOM

Das Verzeichnis der korrespondierenden Ausschüsse (CorCom) ist eine Informationsquelle zu den Ausschüssen der nationalen Parlamente, die den Ausschüssen des Europäischen Parlaments entsprechen. Darüber hinaus enthält es Informationen über die verschiedenen Ausschussesekretariate der nationalen Parlamente der EU und des EP. Die im Verzeichnis enthaltenen Informationen werden von den in Brüssel ansässigen ständigen Vertretern der nationalen Parlamente bereitgestellt.

Das CorCom ist ein nützliches Instrument, um Verbindungen zwischen den Ausschüssen des Europäischen Parlaments und den entsprechenden Ausschüssen der nationalen Parlamente herzustellen. Es dient auch dazu, den Vorsitzenden und das Sekretariat der Ausschüsse zu bestimmen, was immer besonders nützlich ist, um die Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten zu verbessern.

Nach der Annahme einer Entschließung im Mai 2009¹⁸ zu der Entwicklung der Beziehungen zwischen den nationalen Parlamenten in der EU und dem Europäischen Parlament im Rahmen des Vertrags von Lissabon (Berichterstatter: Elmar Brok), wurde die Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments entsprechend überarbeitet. Dort heißt es nun: „Ein Ausschuss kann unmittelbar auf Ausschussebene in einen Dialog mit den nationalen Parlamenten im Rahmen der für diesen Zweck vorgesehenen Haushaltsmittel eintreten. Dies kann geeignete Formen der prä- und postlegislativen Zusammenarbeit einschließen.“ (Artikel 150 Absatz 3 GO).

Die CorCom-Anwendung wird kontinuierlich verbessert, um den sich ändernden Anforderungen der Nutzer gerecht zu werden. In den letzten paar Jahren wurde sie in eine webbasierte Anwendung umgewandelt, die nur für den internen Gebrauch bestimmt ist und mit einem eingeschränkten Zugang für die Nutzer. Die Anwendung ist im Intranet des Europäischen Parlaments zugänglich. Die Anwendung ist wesentlich benutzerfreundlicher geworden und verfügt über eine ganze Reihe neuer Funktionen. Im Jahr 2022 wurde die Anwendung 436 Mal aufgerufen, bei 420 643 Anwendungszugriffen und 118 276 individuellen Zugriffen auf ihre Webseiten.

¹⁸Entschließung des Europäischen Parlaments vom 7. Mai 2009 zu der Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten im Rahmen des Vertrags von Lissabon (ABl. C 212E vom 5.8.2010, S. 94).

7.4. Submission Tool der nationalen Parlamente (NPS-Tool)

Das Submission Tool der nationalen Parlamente (NPS-Tool) ist eine benutzerfreundliche Online-Plattform des Europäischen Parlaments, die speziell für die Übermittlung der Beiträge der nationalen Parlamente zu den Protokollen Nr. 1 und Nr. 2 eingerichtet wurde.

Es soll das Verfahren zur Übermittlung von Dokumenten an das Europäische Parlament durch jedes nationale Parlament sichern, vereinfachen und amtlich machen.

Die Entwicklung des NPS-Tool-Projekts begann 2019 im Rahmen des Parlamentarischen Projektportfolios des Europäischen Parlaments. Nach der Pilot- und Testphase sowie einer Reihe von Schulungen, die 2022 unter Beteiligung von Kollegen der nationalen Parlamente organisiert wurden, sollte das Tool in der ersten Hälfte des Jahres 2023 eingeführt werden.

Ziel des Projekts war die Schaffung eines automatisierten, benutzerfreundlichen Online-Registrierungs-Tools für die Einreichung von begründeten Stellungnahmen und Beiträgen der nationalen Parlamente der EU. Durch das Ausfüllen eines Online-Formulars würden die nationalen Parlamente in der Lage sein, Informationen über die Einreichung zu liefern (Ausfüllen der erforderlichen Daten) und diese hochzuladen. Es würde dann automatisch an die zuständigen Dienststellen des Europäischen Parlaments gesendet, zugeordnet und an eine interne, vordefinierte Verteilerliste weitergeleitet werden.

Der Vorteil des NPS-Tools besteht darin, dass es sich um ein benutzerfreundliches, schnelles und sicheres System für die Übersendung der Dokumente der nationalen Parlamente zu Protokoll Nr. 1 und Protokoll Nr. 2 handelt. Es ist sicherer im Hinblick auf Hackerangriffe und Datenphishing.

Diese Entwicklung trägt dazu bei, korrekte und genaue Daten über die eingereichten Dokumente zu erhalten. Es wird eine sofortige Bestätigung des offiziellen Empfangs der Dokumente durch das Europäische Parlament bieten. Durch die Beschleunigung des Prozesses werden die eingereichten Dokumente den zuständigen Ausschuss des Europäischen Parlaments und den Berichterstatter rechtzeitig erreichen, wenn das Dossier noch auf der Tagesordnung des Ausschusses steht. Dies wird die Effizienz des legislativen Dialogs zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten der EU erhöhen und die interparlamentarische Zusammenarbeit intensivieren.

7.5. Veröffentlichungen der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten

Die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten erstellt eine Reihe von Veröffentlichungen.

Der Jahresbericht über die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten der EU enthält alle Aktivitäten und Entwicklungen der interparlamentarischen Zusammenarbeit in der EU in einem bestimmten Jahr mit detaillierten Statistiken. Im „Spotlight on Parliaments in Europe“ werden Informationen über bestimmte aktuelle Themen, die zwischen den Parlamenten des EZPWD-Netzwerks ausgetauscht wurden, zusammengefasst. Die „Weekly Agenda“ enthält Informationen über Maßnahmen, an denen die nationalen Parlamente beteiligt sind, um die Transparenz und Sichtbarkeit der zahlreichen interparlamentarischen Tätigkeiten zu erhöhen. Die „State of Play Note“ enthält Informationen über die Ausführungen der nationalen Parlamente. Der Kalender der interparlamentarischen Aktivitäten wird jedes Halbjahr veröffentlicht. Das Factsheet über jedes nationale EU-Parlament ist ein kurzes Dokument mit einer Beschreibung des jeweiligen Parlaments. Die Website der Direktion ist der Online-Bereich, in dem alle aktuellen Informationen zu finden sind.

7.5.1 Jahresbericht über die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten der EU

Berichte über die interparlamentarischen Beziehungen der EU sind ab 2010 verfügbar. Außerdem sind die Jahresberichte ab 2017 auf der folgenden [Website der Direktion für Beziehungen zu den nationalen Parlamenten verfügbar](#):

<https://www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/home/annual-reports>

7.5.2 Spotlight on Parliaments in Europe – Schlaglicht auf Parlamente in Europa

Die Spotlight-Veröffentlichung fasst Informationen zu bestimmten aktuellen Themen zusammen. Sie wird unter den Parlamenten im EZPWD-Netzwerk verbreitet.

2022 hat die Direktion eine Ausgabe herausgebracht:

[Spotlight Nr. 37 – Februar 2022 – „Governmental obligation to provide adequate information on draft bills“ \(Staatliche Verpflichtung zur Bereitstellung angemessener Informationen über Gesetzesentwürfe\)](#).

Diese Veröffentlichung sowie auch frühere Veröffentlichungen sind auf der [Website der Direktion](#) verfügbar

7.5.3 Weekly Agenda

Die „[Weekly Agenda](#)“ wird allen Mitgliedern und Dienststellen des Europäischen Parlaments freitags zugesandt. Im Jahr 2022 wurden 39 Ausgaben der „Weekly Agenda“ verschickt. Die Veröffentlichung deckt interparlamentarische Veranstaltungen der nächsten zwei Wochen ab, darunter bilaterale Besuche, interparlamentarische Konferenzen, interparlamentarische Ausschusssitzungen usw. Es werden Informationen in Bezug auf Datum, Ort und beteiligte Dienststellen des Europäischen Parlaments veröffentlicht.

7.5.4 Aufzeichnung zum aktuellen Stand

Die Direktion erstellt eine monatliche [Aufzeichnung zum aktuellen Stand](#) über die begründeten Stellungnahmen und Beiträge der nationalen Parlamente. Weitere Informationen über die Aufzeichnung zum aktuellen Stand finden sich in Kapitel 5.1.3.

7.5.5 KALENDER DER INTERPARLAMENTARISCHEN AKTIVITÄTEN

Der Kalender der interparlamentarischen Aktivitäten wird jedes Halbjahr veröffentlicht. Er umfasst interparlamentarische Veranstaltungen, die vom Parlament des Ratsvorsitzes und vom Europäischen Parlament organisiert werden, wie interparlamentarische Konferenzen, hochrangige Konferenzen und interparlamentarische Ausschusssitzungen.

7.5.6 Factsheets über nationale Parlamente der EU

Alle 39 [Factsheets der nationalen Parlamente/Kammern der EU](#) sind auf der Website der Direktion verfügbar. Jedes Factsheet ist ein kurzes Dokument mit einer Beschreibung des jeweiligen Parlaments / der jeweiligen Kammer.

7.5.7 Website

Die [Direktion betreibt auch ihre eigene Website](#), auf der sie über ihre kommenden Aktivitäten und Veröffentlichungen informiert: <https://www.europarl.europa.eu/relnatparl>

8. DIREKTION BEZIEHUNGEN ZU DEN NATIONALEN PARLAMENTEN



Das Jahr 2022 war das erste Jahr nach COVID-19, in dem sich das Leben und die Aktivitäten Schritt für Schritt wieder normalisierten. Die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten war bemüht, zur normalen Tagesordnung zurückzukehren, um die Mitglieder des Europäischen Parlaments und seine verschiedenen Partner auf hohem Niveau zu unterstützen, die institutionelle Zusammenarbeit und den legislativen Dialog mit den nationalen Parlamenten der EU fortzusetzen und bei zahlreichen interparlamentarischen Veranstaltungen unterstützend einzugreifen.

Die Direktion organisiert und unterstützt interparlamentarische Tätigkeiten, trägt zur Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags über die interparlamentarische Zusammenarbeit bei und fungiert als Wissenszentrum für Informationen über die nationalen Parlamente der EU. Sie vertritt das Europäische Parlament in den Verwaltungsnetzen der interparlamentarischen Zusammenarbeit. Sie ist zuständig für die Beziehungen zu den Beamten, die die nationalen Parlamente der EU in

Brüssel vertreten, und pflegt enge Kontakte mit ihren Verwaltungen.

Die Direktion dankt dem Generalsekretär und dem stellvertretenden Generalsekretär sowie allen Dienststellen der Generaldirektionen des Europäischen Parlaments, mit denen sie zusammenarbeitet, für ihre kontinuierliche Unterstützung.

Am 1. November 2022 wurde nach einer internen Umstrukturierung der Verwaltungsstruktur des Europäischen Parlaments eine neue Generaldirektion geschaffen: Die Generaldirektion Partnerschaften für die parlamentarische Demokratie, mit Saanaleena Lepola-Honig als Generaldirektorin. Die Direktion für Beziehungen zu den nationalen Parlamenten wurde zu einer der Direktionen dieser neuen Generaldirektion. Dadurch wurden neue Möglichkeiten geschaffen, um Synergien aufzubauen und die Zusammenarbeit in einer Vielzahl von Bereichen zu verstärken.

Die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten

Direktorin: Katrin Ruhrmann

Die Direktion besteht aus zwei Referaten:

1. Referat Legislativer Dialog

Das Referat Legislativer Dialog ist in erster Linie für den politischen und legislativen Dialog mit den nationalen Parlamenten zuständig. Es plant, koordiniert und organisiert interparlamentarische Treffen auf Ausschussebene, einschließlich der interparlamentarischen Ausschusssitzungen, der Europäischen Parlamentarischen Woche und des GPKA für Europol. Es sorgt ferner für die Überwachung der Subsidiaritätsprüfung und die Folgemaßnahmen mit den Berichterstattern und Ausschüssen bezüglich der Umsetzung des Protokolls Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit. Das Referat organisiert auch thematische Seminare, an denen die Verwaltungen des Europäischen Parlaments und der Mitgliedstaaten beteiligt sind, und ist für die Datenbanken CONNECT und CorCom zuständig.

Referatsleiter: Jesús Gómez

2. Referat Institutionelle Zusammenarbeit

Zu den Zuständigkeitsbereichen des Referats Institutionelle Zusammenarbeit gehören die multilaterale geregelte Zusammenarbeit, d. h. die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU, die Sitzungen der Generalsekretäre der Parlamente der EU und die COSAC. Das Referat befasst

sich auch mit den bestehenden Netzwerken, insbesondere IPEX und EZPWD, sowie mit der Zusammenarbeit mit der GD EXPO und mit der Koordinierung des Programms zur Unterstützung des Parlaments des Ratsvorsitzes und mit Besuchen zum Kapazitätsaufbau.

Referatsleiter: Anne Louise McLauchlan

Dieser Bericht und weitere Informationen zu den Beziehungen des Europäischen Parlaments zu den nationalen Parlamenten der EU sind auf der [Website des Europäischen Parlaments](https://www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/home/annual-reports.html) abrufbar:

<https://www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/home/annual-reports.html>

ANNEXES

ANHANG I – Tagungen der COSAC – Themen und Hauptreferenten 2022

Detailliertere Informationen zu den Tagesordnungen der COSAC-Tagungen werden von den Ratsvorsitzen auf der IPEX-Website veröffentlicht: www.ipex.eu

COSAC Veranstaltung	Ort und Datum	Themen	EHauptreferenten/Podiumsredner des Europäischen Parlaments
Außerordentliche Tagung der Vorsitz-Troika der COSAC	Videokonferenz, 10. Januar 2022	I. Vorstellung der beiden vom Vorsitz vorgesehenen Arbeitsgruppen II. Diskussion über die Abstimmungsmodalitäten bei der Sitzung der COSAC-Vorsitzenden	
Sitzung der Vorsitzenden der COSAC	Paris, 13.–23. Januar 2022	I. Erläuterung der Prioritäten des französischen Ratsvorsitzes II. Neue Arbeitsmethoden bei der COSAC III. 20. Jahrestag des Euro: Errungenschaften und Zukunft des Euro	
Plenartagung der LXVII. COSAC	Paris, 3.–5. März 2022	I. Erste Bewertung des französischen Vorsitzes im Rat der Europäischen Union II. Aufbauplan für Europa und das Ende der Krise III. Klimawandel und Energiewende IV. Konferenz über die Zukunft Europas V. Fortschrittsberichte der Arbeitsgruppen VI. Debatte über die Ukraine	Othmar Karas, Erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments Guy Verhofstadt, Mitglied des Europäischen Parlaments, Ko-Vorsitzender des Exekutivrats der Konferenz zur Zukunft Europas
Sitzung der Vorsitzenden der COSAC	Prag, 10.–11. Juli 2022	I. Erläuterung der Prioritäten des tschechischen Ratsvorsitzes: II. Medien und Demokratie: Aktuelle Herausforderungen	Othmar Karas, Erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments
Besuch einer Gruppe von Vorsitzenden der Ausschüsse für europäische Angelegenheiten der nationalen Parlamente der EU und des Europäischen Parlaments im Parlament der Ukraine	Kiew, 30. September 2022	Die Lage in der Ukraine vor dem Hintergrund des anhaltenden russischen Angriffskrieges	Das Europäische Parlament wurde durch den Ersten Vizepräsidenten, Othmar Karas, vertreten.
Meinungsaustausch zwischen Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission für ein Europa für das digitale Zeitalter, und die Vorsitzenden der Ausschüsse für europäische Angelegenheiten der nationalen Parlamente der EU und des Europäischen Parlaments	Videokonferenz, 6. Oktober 2022	Ein Europa für das digitale Zeitalter	
Meinungsaustausch zwischen Věra Jourová, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission für Werte und Transparenz, und den Vorsitzenden der Ausschüsse für europäische Angelegenheiten der nationalen Parlamente der EU und des Europäischen Parlaments	Videokonferenz, 27. Oktober 2022	Bericht über die Rechtsstaatlichkeit und Rechtsakt zur Medienfreiheit	

COSAC Veranstaltung	Ort und Datum	Themen	EHauptreferenten/Podiumsredner des Europäischen Parlaments
Meinungsaustausch zwischen Maroš Šefčovič, Vizepräsident der Europäischen Kommission für interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau, und den Vorsitzenden der Ausschüsse für europäische Angelegenheiten der nationalen Parlamente der EU und des Europäischen Parlaments	Videokonferenz, 24. November 2022	Aktueller Stand der Beziehungen EU-UK und der Rolle der nationalen Parlamente	
LXVI. Plenartagung der COSAC	Prag, 13.–15. November 2022	I. Der tschechische Vorsitz im Rat der EU II. Die Zukunft der EU III. Die strategische Autonomie der EU IV. Ukraine – aktueller Stand, Wiederaufbau, Migration; V. Europäische Perspektive der westlichen Balkanstaaten und der Länder der Östlichen Partnerschaft	Othmar Karas, Erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments Salvatore De Meo, Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments

Sitzungen der COSAC-Arbeitsgruppe zur Rolle der nationalen Parlamente in der EU		Sitzungen der Sitzungen der COSAC-Arbeitsgruppe zum Platz der Werte im Herzen des Zugehörigkeitsgefühls zur EU	
8. Februar 2022	Videokonferenz	8. Februar 2022	Videokonferenz
24. Februar 2022	Videokonferenz	25. Februar 2022	Videokonferenz
9. März 2022	Videokonferenz	8. März 2022	Videokonferenz
30. März 2022	Videokonferenz	22. März 2022	Videokonferenz
27. April 2022	Videokonferenz	12. April 2022	Videokonferenz
16. Mai 2022	Videokonferenz	26. April 2022	Videokonferenz
31. Mai 2022	Videokonferenz	24. Mai 2022	Videokonferenz
14. Juni 2022	Hybrid – Paris und Videokonferenz	31. Mai 2022	Videokonferenz
		1. Juni 2022	Hybrid – Persönlicher Besuch beim Gerichtshof der Europäischen Union und Meinungsaustausch mit seinem Präsidenten, Koen Lenaerts, in Luxemburg sowie Videokonferenz
		9. Juni 2022	Videokonferenz
		14. Juni 2022	Hybrid – Paris und Videokonferenz

ANHANG II – Vom Europäischen Parlament in Brüssel organisierte Interparlamentarische Ausschusssitzungen und Konferenzen Im Jahr 2022

Datum	Ausschuss des Europäischen Parlaments	Vorgang		Nationale Parlamente			EP
		Art der Sitzung	Titel der Sitzung	Mitglieder	Parlamente	Kammern	Mitglieder
1. Februar 2022	LIEBE	Interparlamentari-sche Ausschuss-sitzung	Bewertung der Aktivitäten von Eurojust	48	21	26	19
3. März 2022	FEMM	Interparlamentari-sche Ausschuss-sitzung	Internationaler Frauentag 2022 eine anspruchsvolle Zukunft für Europas Frauen nach COVID-19	51	17	24	50
4. März 2022	PRES CABINET	Interparlamentari-sche Ausschuss-sitzung	Treffen der Präsidenten der nationalen Parlamente der EU mit dem Vorsitzenden des Parlaments der Ukraine, organisiert mit Präsidentin Metsola	24	20	23	1
15. März 2022	ECON-BUDG-EMPL	Europäische Par-lamentarische Woche: Interpar-lamentarische Ausschusssitzung	Interparlamentarische Kon-ferenz über Stabilität, wirt-schaftspolitische Koordi-nierung und Steuerung in der Europäischen Union	92	24	30	68
16. März 2022	ECON-BUDG-EMPL	Europäische Par-lamentarische Woche: Interpar-lamentarische Ausschusssitzung	Hochrangige Konferenz über die Aufbau- und Resi-lienzfähigkeit: Lehren für die Zukunft				
21. April 2022	DROI-JURI	Interparlamentari-sche Ausschuss-sitzung	Soziale Verantwortung der Unternehmen für schwere Menschenrechtsverletzun-gen in Drittländern	28	16	20	96
25. April 2022	JURI	Interparlamentari-sche Ausschuss-sitzung	Der Subsidiaritätsmecha-nismus der EU	30	15	18	48
17. Mai 2022	AFCO	Interparlamentari-sche Ausschuss-sitzung	Erste Ergebnisse der Konfe-renz zur Zukunft der Euro-päischen Union	63	21	30	28
14. Juni 2022	DEVE	Interparlamentari-sche Ausschuss-sitzung	Die Schuldenkrise in Ent-wicklungsländern	25	12	14	11
16. Juni 2022	CONT	Interparlamentari-sche Ausschuss-sitzung	Gemeinsame Erfahrungen und Herausforderungen bei der Wahrnehmung von Haushaltskontrollfunktio-nen	7	4	5	2
27. Juni 2022	AFET	Interparlamentari-sche Ausschuss-sitzung	EU-Erweiterungspolitik nach dem Einmarsch Russ-lands in die Ukraine	49	20	26	28
12. Juli 2022	FEMM-LIBE-EMPL	Interparlamentari-sche Ausschuss-sitzung	Die Rechte ukrainischer Frauen, die sich auf der Flucht vor dem Krieg be-finden	29	13	15	19
24–25. Oktober 2022	LIBE	Gemeinsamer par-lamentarischer Kontrollausschuss	Gemeinsamer parlamentari-scher Kontrollausschuss für die Agentur der Europä-ischen Union für die Zu-sammenarbeit auf dem Ge-biet der Strafverfolgung (Europol)	48	21	25	20
26. Oktober 2022	AFCO	Interparlamentari-sche Ausschuss-sitzung	Schlussfolgerungen der Konferenz zur Zukunft Eu-ropas und die Rolle der nationalen Parlamente	34	18	23	15
28. November 2022	DROI	Interparlamentari-sche Ausschuss-sitzung	Universelle Gerichtsbarkeit – Verbesserung der Rechen-schaftspflicht bei schweren internationalen Verbrechen	33	18	21	16
30. November 2022	AFET	Interparlamentari-sche Ausschuss-sitzung	Europa in der Welt – Un-terstützung für die Ukraine	47	20	24	15
30. November 2022	LIBE	Interparlamentari-sche Ausschuss-sitzung	Bewertung der Tätigkeiten von Eurojust	24	13	14	6
1. Dezember 2022	LIBE	Interparlamentari-sche Ausschuss-sitzung	Lage der Rechtsstaatlich-keit in der EU	36	16	17	13
1. Dezember 2022	INGE	Interparlamentari-sche Ausschuss-sitzung	Resilienz der Legislative, Wahlgesetze und Informationsmanipula-tionskampagnen	24	8	8	7
1. Dezember 2022	FEMM	Interparlamentari-sche Ausschuss-sitzung	Durchgängige Berücksichti-gung des Gleichstellungs-aspekts	28	15	17	1
Gesamtzahl der Teilnehmer				720			352

ANHANG III – Besuche der nationalen Parlamente der EU im Europäischen Parlament im Jahr 2022 (einschließlich der von der Direktion organisierten Videokonferenzen)

Datum/ Daten	Land und Kammer	Besucher	Gesprächspartner des Besuchers im Europäischen Parlament	Art des Beuchs	Zahl der teilnehmenden Abgeordneten	Zahl der teilneh- menden Mitarbeiter
6-8.4.2022	UNGARN – Országgyűlés	Personal	Directorate for Relations with National Parliaments (DG PRES)	Staff	0	6
19.5.2022	NORWEGEN Stortinget	Ausschuss für auswärtige Angelegenhei-ten	Urmars Paet, MdEP, Stellvertretender Vor- sitzender des Ausschus- ses für auswärtige An- gelegenheiten.	Abgeordnete nationaler Parlamente	13	2
19.5.2022	FRANKREICH Assemblée Nationale	Seminar für Beamte	Mitarbeiter der Verwal-tung des Europäischen Parlaments	Personal	0	11
13-14.6.2022	DEUTSCHLAND Bundestag	Bildungsaus-schuss	MdEP Cristian-Silviu Buşoi MdEP Christian Ehler MdEP Dan Nica MdEP Sabine Verheyen MdEP Petra Kammerevert MdEP Monica Semedo MdEP Niyazi Kizilyürek MdEPChristine Andersoni	Abgeordnete nationaler Parlamente	8	1
17.6.2022	FRANKREICH Séjnat	Commission des Affaires européennes	Mitarbeiter der Verwaltung des Europäischen Parlaments	Staff	0	14
22.6.2022	NORWEGEN Stortinget	Energie- und Umweltaus-schuss	MEP Cristian-Silviu BUŞOI, ITRE Chair MEP Jerzy Buzek MEP Łukasz Kohut MEP Christophe Grudler MEP Ladislav Ilčić MEP Henna Virkkunen	Abgeordnete nationaler Parlamente	16	1
23.6.2022	NIEDERLANDE Zweite Kammer	Ausschuss für Handel und Entwicklung	Mitglieder des Ausschusses für internationalen Handel (INTA)	Abgeordnete nationaler Parlamente	5	2
27-28.6.2022	DEUTSCHLAND Bundestag	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenhei-ten	MEP Axel Voss MEP Barry Andrews MEP Heidi Hautala MEP Manon Aubry MEP René Repasi MEP Samira Rafaela MEP Kira Marie Peter-Hansen MEP Marc Angel MEP Helmut Geuking MEP Dennis Radtke MEP Katrin Langensiepen MEP Özlem Demirel MEP Klára Dobrev	Abgeordnete nationaler Parlamente	8	11
27.6.2022	NIEDERLANDE Zweite Kammer	Ausschuss für Wirtschaft und Klima	Mitglieder des Aus- schusses für Umwelt- fragen, öffentliche Ge-sundheit und Lebens- mittelsicherheit sowie des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie	Abgeordnete nationaler Parlamente	5	2

Datum/ Daten	Land und Kammer	Besucher	Gesprächspartner des Besuchers im Europäischen Parlament	Art des Beuchs	Zahl der teilnehmenden Abgeordneten	Zahl der teilneh- menden Mitarbeiter
27-28.6.2022	ITALIEN Senato	Comitato COPASIR	MEP Raphael Glucksmann MEP Javier Zarzalejos MEP Morten Løkkegaard MEP Dace Melbārde MEP Włodzimierz Cimoszewicz MEP Pina Picierno	Abgeordnete nationaler Parlamente	7	2
6.9.2022	NORWEGEN Stortinget	Sekretäre der ständigen Ausschüsse	Asger Christensen, MdEP, Mitglied des Ausschusses für Landwirtschaft.	Staff	0	14
14.9.2022	FRANKREICH Assemblée Nationale	Commission des Affaires européennes	MdEP Fabienne Keller MdEP Anne Sander MdEP Pierre Karleskind MdEP Nathalie Loiseau MdEP Raphaël Glucksmann MdEP François- Xavier Bellamy MdEP Sylvie Guillaume MdEP David Cormand MdEP Antonio Tajani MdEP Guy Verhofstadt	Abgeordnete nationaler Parlamente	31	2
22-23.9.2022	SCHWEDEN Riksdagen	Mitarbeiter des schwedischen Parlaments, die mit der Vorbereitung auf den Rats-vorsitz betraut sind	Vertreter des nationalen Parlaments	Staff	0	4
26-27.9.2022	FINNLAND Eduskunta	Großer Aus-schuss	MdEP Daniel Freund MdEP Damien Boeselager MdEP Miapetra Kumpula-Natri MdEP Eero Heinäluoma, MdEP Heidi Hautala, MdEP Silvia Modig	Abgeordnete nationaler Parlamente	15	3
27-28.9.2022	DÄNEMARK Folketinget	Mitarbeiter	MdEP Kira Marie Peter-Hansen	Staff	0	19
28.9.2022	ESTLAND Riigikogu	Mitglieder des Parlaments	Jüri Laas, Sprecher der Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola	Abgeordnete nationaler Parlamente	16	6
28-29.9.2022	NORWEGEN Norwegisches Parlament Stortinget	Besuch politi- scher Fraktio-nen	MEP Niklas Herbst MEP Łukasz Kohut MEP Marc Angel MEP Christel Schaldemose MEP Eero Heinäluoma MEP Erik Bergkvist MEP Mauro Pekkarinen MEP Peter Lundgren MEP Robert Roos MEP Kira Marie Peter-Hansen	Staff	11	3
29.9.2022	NIEDERLANDE Zweite Kammer	Ausschuss für Europa- Angelegenhei-ten (EAC)	GD Präsidentschaft (PRES)	Staff	0	5
11.10.2022	IRELAND – House of the Oireachtas	Oireachtas Mitarbeiter-Besuch	Mitarbeiter der Verwal-tung des Europäischen Parlaments	Staff	0	12
21.10.2022	NORWEGEN Norwegisches Parlament Stortinget	Mitarbeiter der norwegischen Vertretung bei der EU	Vertreter des nationalen Parlaments	Staff	0	3
7-8.11.2022	SPANIEN Cortes Generales	Gemeinsamer Ausschuss für europäische Angelegenhei-ten	Generaldirektion Part- nerschaften für die par- lamentarische Demokra-tie (GD PART), GD IPOL	Abgeordnete nationaler Parlamente	6	2

Datum/ Daten	Land und Kammer	Besucher	Gesprächspartner des Besuchers im Europäischen Parlament	Art des Beuchs	Zahl der teilnehmenden Abgeordneten	Zahl der teilneh- menden Mitarbeiter
8.11.2022	NORWEGEN Norwegisches Parlament Stortinget	Staatssekretär des Finanzmi- nisteriums, drei Mitarbei- ter des Minis-teriums, zwei Berater der Vertretung Norwegens bei der EU	Vertreter des nationalen Parlaments	Staff	0	!
8-10.11.2022	NIEDERLANDE Zweite Kammer	Berater der EU zur Migration	MdEP Malik Azmani, LIBE- Ausschuss, Mit-glieder des Europäi-schen Parlaments	Staff	0	1
14.11.2022	TSCHECHIEN Abgeordnetenhaus	Haushaltsaus-schuss	Mitglieder des Unter- ausschusses für Steuer- fragen (FISC)	Abgeordnete nationaler Parlamente	3	2
28.11.2022	NIEDERLANDE Zweite Kammer	Präsident(in)	GD Präsidentschaft (PRES)	Abgeordnete nationaler Parlamente	1	1
5-6.12.2022	IRELAND – House of the Oireachtas	Office of the Superintendent House of the Oireachtas	Mitarbeiter der Verwal-tung des Europäischen Parlaments	Staff	0	3

ANHANG IV – Daten über das Frühwarnsystem

Der Rechtsausschuss, der für Fragen in Zusammenhang mit der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips im Europäischen Parlament verantwortlich ist, hat folgende Begriffsbestimmungen für Dokumente ausgearbeitet, die von nationalen Parlamenten eingehen:

- „Begründete Stellungnahmen“ sind Dokumente, aus denen hervorgeht, dass ein Entwurf eines Rechtssetzungsaktes nicht mit dem Subsidiaritätsgrundsatz vereinbar ist, und die beim Europäischen Parlament unter Einhaltung der Frist von acht Wochen gemäß Protokoll Nr. 2 Artikel 6 zu den Verträgen eingegangen sind.
- „Beiträge“ sind alle anderen Dokumente, die die Kriterien für begründete Stellungnahmen nicht erfüllen.

Von nationalen Parlamenten im Jahr 2022 eingegangene Dokumente

Mitgliedstaat	Parlament/Kammer	Begründete Stellungnahmen	Beiträge
Österreich	Nationalrat	0	0
Österreich	Bundesrat	0	3
Belgien	Chambre des Représentants	0	0
Belgien	Sénat	0	1
Bulgarien	Narodno Sabranie	1	1
Kroatien	Hrvatski Sabor	0	0
Zypern	Vouli ton Antiprosópon	0	0
Tschechien	Poslanecká sněmovna	5	21
Tschechien	Senát	2	56
Dänemark	Folketing	2	2
Estland	Riigikogu	0	0
Finnland	Eduskunta	1	1
Frankreich	Assemblée Nationale	0	2
Frankreich	Sénat	4	6
Deutschland	Bundestag	0	0
Deutschland	Bundesrat	1	17
Griechenland	Vouli ton Ellinon	0	0
Ungarn	Országgyűlés	1	1
Irland	Seanad Éireann	1	0
Irland	Dáil Éireann	1	0
Irland	Irishes Parlament	0	5
Italien	Camera dei deputati	0	9
Italien	Senato	0	6
Litauen	Seimas	0	0
Luxemburg	Chambre des Députés	0	0
Lettland	Saeima	0	0
Malta	Kamra tad-Deputati	0	0
Niederlande	Zweite Kammer	1	0
Niederlande	Erste Kammer	1	13
Polen	Sejm	0	0
Polen	Senat	0	0
Portugal	Assembleia da República	0	16

Mitgliedstaat	Parlament/Kammer	Begründete Stellungnahmen	Beiträge
Rumänien	Camera Deputaților	0	2
Rumänien	Senat	0	11
Spanien	Congreso / Senado	0	58
Schweden	Riksdag	13	1
Slowenien	Državni Zbor	0	0
Slowenien	Državni Svet	0	0
Slowakei	Národná rada	0	0
Insgesamt		34	231

ANHANG V – Gemäß Protokoll Nr. 1 eingereichte Beiträge – informeller politischer Dialog

In dieser Tabelle sind die Dokumente aufgeführt, die die nationalen Parlamente der EU als Reaktion auf Entwürfe von Rechtsakten, die in die ausschließliche Zuständigkeit der EU fallen, sowie als Reaktion auf eine Vielzahl von nichtlegislativen Dokumenten wie Grün-/Weißbücher oder Mitteilungen der Kommission, die unter das Protokoll Nr. 1 zum AEUV fallen, übermittelt haben.

Von nationalen Parlamenten im Jahr 2022 eingegangene Beiträge

Mitgliedstaat	Parlament/Kammer	Beiträge
Österreich	Nationalrat	2
Österreich	Bundesrat	0
Belgien	Chambre des Représentants	0
Belgien	Sénat	5
Bulgarien	Narodno Sabranie	0
Kroatien	Hrvatski Sabor	0
Zypern	Vouli ton Antiprosópon	0
Tschechien	Poslanecká sněmovna	17
Tschechien	Senát	35
Dänemark	Folketinget	0
Estland	Riigikogu	0
Finnland	Eduskunta	0
Frankreich	Assemblée Nationale	6
Frankreich	Sénat	8
Deutschland	Bundestag	1
Deutschland	Bundesrat	12
Griechenland	Vouli ton Ellinon	0
Ungarn	Országgyűlés	2
Irland	Houses of Oireachtas	0
Italien	Camera dei deputati	3
Italien	Senato	0
Litauen	Seimas	1
Luxemburg	Chambre des Députés	1
Lettland	Saeima	0
Malta	Kamra tar-Rappreżentanti	0
Niederlande	Tweede Kamer	3
Niederlande	Eerste Kamer	2
Polen	Sejm	1
Polen	Senat	2
Portugal	Assembleia da República	4
Rumänien	Camera Deputaţilor	34
Rumänien	Senat	6
Spanien	Congreso de los Diputados / Senado	0
Schweden	Riksdag	0
Slowenien	Državni Zbor	0
Slowenien	Državni Svet	0
Slowakei	Národná rada	1
TOTAL		146

ANHANG VI – Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD)

A. Anliegen, zu denen politische Gremien und Verwaltungsdienststellen des Europäischen Parlaments im Jahr 2022 mittels vergleichender Anfragen das EZPWD-Netz konsultiert haben:

Datum	Titel der Anfrage	Nummer des An-trags
18.1.2022	Fragestunde in der französischen Assemblée Nationale	4965
28.1.2022	Biometrische Identifizierung im Parlament	4979
9.2.2022	Fragebogen zur Umsetzung der Programme NextGenerationEU (NGEU) und der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF)	4986
14.3.2022	Vergabe von Führungspositionen in Parlamenten	5029
7.4.2022	Eilige Anfragen: Fernabstimmung	5048
24.5.2022	Maßnahmen gegen finanzielle Unregelmäßigkeiten, Betrug, Korruption und Interessenkonflikte im Zusammenhang mit den Haushaltsmitteln, welche den Mitgliedern des Parlaments zugewiesen werden	5100
15.6.2022	Die Rolle der Amtsdienere in nationalen Parlamenten	5124
21.6.2022	Auswirkungen der Gesetzesinitiative zu den Europawahlen auf die Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten	5129
22.6.2022	Reduzierung von Plastikmüll in Parlamenten	5130
29.6.2022	Parlamentarische Kontrolle der Reaktion der Regierungen auf die COVID-19-Pandemie: von den nationalen Parlamenten ausgearbeitete Grundsatzpapiere	5134
14.7.2022	Übersicht über die Befugnisse und Zuständigkeiten der Ausschüsse der nationalen Parlamente – derzeitige Arbeitsweise und jüngste Änderungen	5144
18.7.2022	Einführungsveranstaltungen für neue Mitglieder des Parlaments – EZPWD-Aktualisierung der Anfrage 3916	5148
19.9.2022	Parlamentarische Aufsicht über die Reaktion der Regierungen auf die COVID-19-Pandemie – Ausweitung der EZPWD-Anfrage 5134 auf die Parlamente von Kanada, der Schweiz, des Vereinigten Königreichs und der USA	5195
13.10.2022	Einsatz von Pegasus und ähnlicher Überwachungs- und Spähsoftware	5218
21.12.2022	Beendigung/Entzug und Aussetzung des Mandats der Mitglieder des Europäischen Parlaments und der Mitglieder der nationalen Parlamente	5289
21.12.2022	Beendigung/Entzug und Aussetzung des Mandats von Mitgliedern nationaler Parlamente in Nicht-EU-Ländern	5290

B. Das Europäische Parlament hat Anfragen anderer EZPWD-Parlamente zu folgenden Themen beantwortet:

Titel der Anfrage	Nr. der Anfrage	Anmerkungen
Dokumente zur Sportpolitik der Gemeinden	5287	
Finanzierung politischer Fraktionen im Parlament	5280	Aktuelle Informationen zur Anfrage 5203
Doppelbeschäftigung bei Beschäftigten im Gesundheitswesen	5279	

Titel der Anfrage	Nr. der Anfrage	Anmerkungen
Vorschriften für die Nutzung der Fassade des Parlamentsgebäudes	5267	
Berichterstattung über Plenar- und Ausschusssitzungen	5263	
Die Wahl von Parteivorsitzenden oder Kandidaten zu Mitgliedern des Parlaments	5255	
PACE-Fragebogen zu bewährten Verfahren bei der Bewertung von Maßnahmen im Rahmen der öffentlichen Ordnung	5248	
Parlamentarische Vereinigungen	5247	
Sachlicher Anwendungsbereich der DSGVO und zusätzliche Fragen	5241	Aktuelle Informationen zur Anfrage 4673
Verfahren zur Abstimmung über Gesetzesinitiativen von Abgeordneten	5227	
Fragebogen für EZPWD-Mitglieder zur Datenanalyse und Datenvisualisierung	5223	
Unterstützung für die Rückkehr ehemaliger Abgeordneter ins Berufsleben	5217	
Kleiderordnung für Abgeordnete im Plenarsaal	5216	
Fragebogen des Präsidenten der Nationalversammlung: Die Beziehungen zwischen Bürgerinnen und Bürgern und ihrem Parlament	5204	
Finanzierung politischer Fraktionen im Parlament	5203	
Regulierung von Zucht und Aussaat	5202	
Organisation des Empfangs von Besuchern im Parlament	5201	
Wie kommen Bildungseinrichtungen mit der Energiekrise zurecht?	5200	
Status von Parlamentsabgeordneten	5199	Dringend – Aktuelle Informationen zur Anfrage 4508
Vorabinformationen für Journalisten zu Gerichtsentscheidungen	5198	
Betrieb/Nutzung der Pressekonferenzräume	5196	
Maßnahmen zur Förderung der Rückkehr ehemaliger Parlamentarier ins Berufsleben	5194	
Berufliche Entwicklung von Mandatsträgern in Parlament und Justiz	5191	
Ausschüsse und Fragen des sozialen Zusammenhalts	5190	
Abgeordnete, gegen die wegen sexuellen Fehlverhaltens ermittelt wird, die deswegen angeklagt oder verurteilt werden	5186	
Inflationsbedingte Erhöhung der Bezüge des Parlamentspersonals	5182	Dringend
Gehälter, Spesen und sonstige Vorteile der Abgeordneten	5179	
Parlamentarische Kontrolle	5176	
Elektronische Fernabstimmung	5163	
Zweisprachige Ausbildung	5161	
Finanzierung und Verwaltung des parlamentarischen Personals	5153	
Im Parlament eingesetzte Media-Asset-Management-Systeme	5152	
Vereidigung und ihre rechtlichen Folgen	5149	
Einführungsveranstaltungen für neue Mitglieder des Parlaments	5148	Aktuelle Informationen zur Anfrage 3916
Abstimmungen in Plenarsitzungen	5147	

Titel der Anfrage	Nr. der Anfrage	Anmerkungen
Verwendung neutraler Sprache in den Geschäftsordnungen der Regionalparlamente	5140	
Zurechnung der Urheberschaft von Forschungspublikationen	5138	
Verfassungsmäßiger Schutz des Rechts auf freiwilligen Abbruch der Schwangerschaft	5136	
Unterstützung für eine Vereinigung ehemaliger Abgeordneter	5133	
Reduzierung von Plastikmüll in Parlamenten	5130	
Drogentests für hochrangige Beamte	5125	Aktuelle Informationen zur Anfrage 2968
Die Rolle der Amtsdienere in nationalen Parlamenten	5124	
Notwendigkeit der erneuten Signatur von elektronischen Akten in den parlamentarischen Verwaltungen	5112	
Interaktion zwischen dem Parlament und den Organisationen der Zivilgesellschaft	5104	
Staatliche Politik im Bereich der mehrsprachigen Bildung	5099	
Regulierung der Breitbandpreise	5098	
Oberster Justizrat – Struktur, Zusammensetzung, Funktion, Befugnisse	5094	
Einsatz von Sprache-zu-Text-Lösungen	5092	Aktuelle Informationen zur Anfrage 5016
Parlamentarische Auszeichnungen, Preise und Ehrungen	5089	
Schreiben des Finanzausschusses des Parlaments der Ukraine	5086	
Rechtsakt zur Organisation des Parlaments	5081	
Verbot für russische Fischereifahrzeuge, EU-Häfen anzulaufen	5079	
Befugnis von Abgeordneten zur Befragung staatlicher Stellen	5074	
Konferenz- und Abstimmungssysteme im Parlament – Plenar- und Ausschusssäle	5072	
Beschlagnahme von Gewinnen aus dem Verkauf von unsicheren/gesundheitsschädlichen Lebensmitteln	5070	
Haushaltssouveränität der Parlamente	5066	
Fragebogen zur Gebäudeversicherung des Parlaments	5065	
Überwachung der beruflichen Tätigkeit von Parlamentariern nach Beendigung ihres Mandats	5064	
Test – Nächste Wahlen	5055	
Eigentumsrechte von Kindern und Verantwortung der Eltern	5043	
Online-Umfrage: Solidarität der Parlamente mit der Ukraine	5038	
Sprache auf Polizei- und Militäruniformen	5032	
Elektronische Abstimmung in parlamentarischen Ausschüssen	5025	Aktuelle Informationen zur Anfrage 4123
EDI-Initiativen im Parlament	5024	
Zweisprachige Parlamente	5017	
Von Parlamenten verliehene Auszeichnungen/Ehrungen/Ehrenzeichen	5013	
Indexierung von Unterlagen	5012	
Öffentliches Engagement im Parlament und effektive Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern	5011	
Anbringen von Flaggen auf dem Gelände des Parlaments und im Plenarsaal	5010	

Titel der Anfrage	Nr. der Anfrage	Anmerkungen
Wie besuchen die Bürgerinnen und Bürger von Ländern ohne diplomatische Beziehungen die Länder der jeweils anderen Seite?	5008	
Regulierung des Arzneimittelmarktes	5007	
Zahlungsfähigkeit von Bauunternehmen und Modalitäten für die Einreichung von Meldungen	5006	
Zugang der Abgeordneten zu vertraulichen Informationen nationaler Banken	5001	
Lizenz/Genehmigung für Extremsportarten	5000	
Sicherheitsdienst des Parlaments	4994	Dringend
Status der Ehepartnerin / des Ehepartners der Parlamentspräsidentin / des Parlamentspräsidenten und der Staatspräsidentin / des Staatspräsidenten	4985	
Plan für die Freizeitgestaltung	4972	
Tagegeld (Tagessatz) für Abgeordnete, Beamte, Angestellte und Dritte, die an parlamentarischen Dienstreisen im In- und Ausland teilnehmen	4969	
Anstellung und Beendigung des Arbeitsverhältnisses von Staatsbediensteten	4966	
Entlastungsverfahren für die Quellensteuer	4963	
Status der Mitglieder des Parlaments, die ihre Amtszeit beendet haben	4961	
Bekämpfung von Falschinformationen (Desinformation)	4953	
Generalsekretär des Parlaments – Aufgaben und Ernennung	4952	
Einreichung von Kandidatenlisten für politische Wahlen und Maßnahmen zur Förderung der Wahlbeteiligung	4951	
Präsent für ausscheidende Mitglieder; Materialien und Schulungen für neu gewählte Abgeordnete	4950	
Transkription der Protokolle der Plenarsitzung und der parlamentarischen Ausschüsse	4338	

C. ECPRD seminars and statutory meetings in 2022

Datum	Art der Sitzung	Veranstaltung	Interessenbereich	Ort	Modus
31. März 2022	Satzungsgemäße Sitzung	Exekutivausschuss		Brüssel Europäisches Parlament	Fernteilnahme
21. Februar 2022	Webinar	Einbeziehung von EU-Angelegenheiten in parlamentarische Verwaltungen	Parlamentarische Gepflogenheiten und Verfahren	Wien Österreichisches Parlament	Fernteilnahme
28. März 2022	Webinar	Fit für eine sich schnell ändernde IT-Umgebung – Wie man Mitarbeiter einbezieht	IKT in Parlamenten	Jerusalem Knesset	Fernteilnahme
18. Mai 2022	Webinar	Parlamentarische Beteiligung an der Umsetzung der einzelstaatlichen Wiederaufbau- und Resilienzpläne	Wirtschaft und Haushalt	Rom Camera dei deputati	Fernteilnahme

Datum	Art der Sitzung	Veranstaltung	Interessenbereich	Ort	Modus
23.–24. Juni 2022	Seminar	Parlamentarische Wissenschaft tritt in ein neues Zeitalter ein: Voraussicht, Strategie und Innovation	Bibliotheken, Forschungsdienste und Archive	Brüssel Europäisches Parlament	Hybrid
30. Juni–1. Juli 2022	Seminar	Haushaltsautonomie Haushaltssouveränität der Parlamente	Wirtschaft und Haushalt	Berlin Bundesrat in cooperation with Bundestag	Präsenz
10. Juni 2022	Satzungsgemäße Sitzung	Exekutivausschuss		Brüssel Europäisches Parlament	Fernteilnahme
8. September 2022	Satzungsgemäße Sitzung	Exekutivausschuss		Brüssel Europäisches Parlament	Fernteilnahme
6. Oktober 2022	Webinar	Umsetzung der Hinweisgeber-Richtlinie in den Parlamenten	Parlamentarische Gepflogenheiten und Verfahren	Brüssel/Wien Belgische Abgeordnetenkammer, Österreichisches Parlament	Fernteilnahme
7. November 2022	Webinar	Über Datenschutz und Parlamente	Parlamentarische Gepflogenheiten und Verfahren	Wien Österreichisches Parlament	Fernteilnahme
10.–11. November 2022	Satzungsgemäße Sitzung	Jahreskonferenz der Korrespondenten		Jerewan Nationalversammlung der Republik Armenien	Präsenz
12. Dezember 2022	Webinar	Über parlamentarische Koordinierungsausschüsse	Parlamentarische Gepflogenheiten und Verfahren	Wien Österreichisches Parlament	Fernteilnahme

Glossar und Akronyme

AFCO: Ausschuss für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments.

AFET: Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments.

BUDG: Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments.

Konferenz zur Zukunft Europas: Dabei handelte es sich um eine von Bürgerinnen und Bürgern geführte Reihe von Debatten und Diskussionen, die von April 2021 bis Mai 2022 stattfand und es Menschen aus ganz Europa ermöglichte, ihre Ideen mitzuteilen und ihre gemeinsame Zukunft mitzugestalten.

CONT: Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments

CORCOM: Verzeichnis der korrespondierenden Ausschüsse. Informationsquelle zu den Ausschüssen der nationalen Parlamente, die den Ausschüssen des Europäischen Parlaments entsprechen. Es enthält Informationen über die verschiedenen Ausschusse sekretariate der nationalen Parlamente der EU und des Europäischen Parlaments.

COSAC: Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten. In den Verträgen verankerte Konferenz von Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Mitgliedern aus den für Unionsangelegenheiten zuständigen parlamentarischen Ausschüssen.

DEVE: Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments.

GD EXPO: Generaldirektion Externe Politikbereiche der Union des Sekretariats des Europäischen Parlaments.

GD IPOL: Generaldirektion Interne Politikbereiche der Union des Sekretariats des Europäischen Parlaments.

GD ITEC: Generaldirektion Innovation und technologische Unterstützung des Sekretariats des Europäischen Parlaments.

DROI: Unterausschuss Menschenrechte, Europäisches Parlament

EZPWD: Europäisches Zentrum für parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation. Netz zum Informationsaustausch für die Verwaltungen der Parlamente in Europa, das auf der Grundlage von vergleichenden Anfragen tätig wird.

ECON: Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments.

EIB: Europäische Investitionsbank.

EMPL: Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten: Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments.

EP: Europäisches Parlament

EPW: Europäische Parlamentarische Woche. In der interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union (IPK SWKS) und der Konferenz zum Europäischen Semester kommen Abgeordnete aus allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zusammen, um wirtschaftliche, haushaltsbezogene und soziale Fragen zu erörtern.

Eurojust: Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen.

Europol: Die Strafverfolgungsbehörde der Europäischen Union.

EU-PPK: Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten der EU und des Europäischen Parlaments. Jährliche Konferenz der Präsidenten der

Mitgliedstaaten der EU, organisiert vom Parlament des vorangegangenen Ratsvorsitzes im Herbst.

EWS: Frühwarnsystem. Überprüfungsverfahren, das im Protokoll Nr. 2 zu den Verträgen über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit festgelegt ist. Danach können die nationalen Parlamente eine begründete Stellungnahme an die Präsidenten der Organe richten.

FEMM: Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter

Interparlamentarische Ausschusssitzung: Sitzungen, die gemeinsam von dem/den Ausschusseksretariat(en) und dem Referat Legislativer Dialog der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten des Europäischen Parlaments organisiert werden. Diese Sitzungen fungieren als Forum für den Dialog zwischen den Mitgliedern der nationalen Parlamente und den Mitgliedern des Europäischen Parlaments.

INGE: Sonderausschuss zu Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation des Europäischen Parlaments. Sein Mandat endet am 23. März 2022.

INGE2 / ING2: Sonderausschuss zu Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation des Europäischen Parlaments. Er wurde am 24. März 2022 mit dem Auftrag geschaffen, den INGE-Bericht weiterzuverfolgen.

IPK GASP/GSVP: Interparlamentarische Konferenz zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Interparlamentarische Plattform für Debatten über die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Sie wird in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament zweimal im Jahr von dem Parlament desjenigen EU-Mitgliedstaats ausgerichtet, der den Ratsvorsitz innehat.

IPD: Informeller politischer Dialog. Beiträge der nationalen Parlamente der EU gemäß dem Protokoll Nr. 1 zu den Verträgen mit Kommentaren zu Gesetzgebungsakten, die in die ausschließliche Zuständigkeit der EU fallen, sowie zu Dokumenten nichtlegislativer Art wie Weißbüchern oder Mitteilungen der Europäischen Kommission.

IPEX: Interparlamentarischer EU-Informationstausch. Plattform für den gegenseitigen Austausch von Dokumenten und Informationen mit Unionsbezug zwischen nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament.

JPSG:emeinsamer parlamentarischer Kontrollausschuss: Interparlamentarischer Kontrollausschuss, der sicherstellt, dass Europol uneingeschränkt rechenschaftspflichtig und transparent ist. Der GPKA hält zwei Sitzungen pro Jahr ab: eine im Parlament des Landes, das den Ratsvorsitz innehat, und eine im Europäischen Parlament.

JURI: Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments.

LIBE: Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments.

Abgeordnete: Mitglieder der (nationalen) Parlamente.

MdEP: Mitglied des Europäischen Parlaments.

NextGenerationEU (NGEU): Das Paket der EU für den wirtschaftlichen Wiederaufbau in Höhe von 800 Mrd. EUR zur Unterstützung der EU-Mitgliedstaaten bei der Erholung von der COVID-19-Pandemie, insbesondere derjenigen, die besonders stark betroffen waren.

NPS: Submission Tool der nationalen Parlamente. Eine Online-Plattform, über welche die nationalen EU-Parlamente begründete Stellungnahmen und Beiträge an das Europäische Parlament übermitteln können.

SSZ: Ständige Strukturierte Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik,

an der sich 25 Mitgliedstaaten beteiligen und die durch einen Beschluss des Rates vom 11. Dezember 2017 eingerichtet wurde. Sie bietet einen rechtlichen Rahmen, um gemeinsame Projekte zu organisieren und umzusetzen und in gemeinsame Fähigkeitenprojekte zu investieren sowie die Einsatzbereitschaft und den Beitrag der Streitkräfte zu erhöhen.

REPowerEU: EU-Plan zur raschen Reduzierung der Abhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen bis 2027 und zur Beschleunigung des grünen Wandels.

ARF: Aufbau- und Resilienzfazilität, eine EU-Flaggschiff-Initiative, die zum Ziel hat, die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der COVID-19-Krise abzumildern und die europäischen Volkswirtschaften und Gesellschaften nachhaltiger und resilienter zu machen und besser auf die Herausforderungen und Chancen des grünen und digitalen Wandels vorzubereiten.

SEDE: Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung.

Spotlight: Veröffentlichungen im Zusammenhang mit Zusammenfassungen über parlamentarische Verfahren und Abläufe und auf der Grundlage von Antworten auf Anfragen, die an das EZPWD-Netz übermittelt wurden.

EUV: Vertrag über die Europäische Union.

AEUV: Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

NATIONAL PARLIAMENTS OF THE EU MEMBER STATES

December 2022



directly elected



indirectly elected / appointed / other

 Belgique/België/ Belgien BELGIUM Kamer van volksvertegenwoordigers/ Chambre des représentants/ Abgeordnetenversammlung 150  Senaat/ Sénat/ Senat 60 	 България BULGARIA Народно събрание (Narodno sabranie) 240 	 Česká republika CZECH REPUBLIC Poslanecká sněmovna 200  Senát 81 	 Danmark DENMARK Folketinget 179 
 Deutschland GERMANY Deutscher Bundestag 736  Bundesrat 69 	 Eesti ESTONIA Riigikogu 101 	 Éire/Ireland IRELAND Dáil Éireann 160  Seanad Éireann 60 	 Ελλάδα GREECE Βουλή των Ελλήνων (Vouli ton Ellinon) 300 
 España SPAIN Congreso de los Diputados 349  Senado 207  57 	 France FRANCE Assemblée nationale 577  Sénat 348 	 Hrvatska CROATIA Hrvatski sabor 151 	 Italia ITALY Camera dei Deputati 400  Senato della Repubblica 200  6 
 Κύπρος CYPRUS Βουλή των Αντιπροσώπων (Vouli ton Antiprosopon) 56 	 Latvija LATVIA Saeima 100 	 Lietuva LITHUANIA Seimas 141 	 Luxembourg LUXEMBOURG Chambre des Députés 60 
 Magyarország HUNGARY Országgyűlés 199 	 Malta MALTA Il-Kamra Tad-Deputati 79 	 Nederland THE NETHERLANDS Tweede Kamer 150  Eerste Kamer 75 	 Österreich AUSTRIA Nationalrat 183  Bundesrat 61 
 Polska POLAND Sejm 460  Senat 100 	 Portugal PORTUGAL Assembleia da República 230 	 România ROMANIA Camera Deputatilor 330  Senat 136 	 Slovenija SLOVENIA Državni zbor 90  Državni svet 40 
 Slovensko SLOVAKIA Národná Rada 150 	 Suomi/ Finland FINLAND Eduskunta 200 	 Sverige SWEDEN Riksdagen 349 	



RELNATPARL@EP.EUROPA.EU

WWW.EUROPARL.EUROPA.EU/RELNATPARL

